

ZUKUNFT MIT PLAN



LUXEMBURG

GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS

ZUKUNFT

MIT

»Failing to plan is
planning to fail.«

Benjamin Franklin

PLAN

»Die Wirtschaft zu demokratisieren heißt nicht, einfach einen Hahn von Zentralisierung und Partizipation aufzudrehen. Es ist Teil eines viel umfassenderen, komplexeren Prozesses, die Demokratie in eine Lebensform zu verwandeln.«

César Rendueles

»Planwirtschaft ist nicht nur möglich, sondern bereits überall um uns herum da, wenn auch in hierarchischer und undemokratischer Form.«

Leigh Phillips & Michal Rozworski

EDITORIAL

Planwirtschaft ist ein Reizwort, ein rotes Tuch. In der breiten Öffentlichkeit ist sie der Inbegriff für das Scheitern des Realsozialismus: autoritär, ineffizient und weltfremd.

Doch auch die kapitalistische Marktwirtschaft kann ihr Scheitern nicht länger verbergen: Weder gelingt der »unsichtbaren Hand« eine optimale Verteilung der Ressourcen noch befördert sie auf magische Art das Gemeinwohl. Im Gegenteil: Profit und Wachstum um jeden Preis treiben die Welt an den Abgrund. Um der Klimakrise zu begegnen, wäre radikales Umsteuern nötig. Doch das scheint nur gegen die Interessen des Kapitals möglich.

Genau deshalb geht das Gespenst der Planwirtschaft wieder um in linken Debatten: vom Vorschlag einer »ökologischen Kriegswirtschaft« bis zu neuen Ansätzen des Ökosozialismus. Ein gigantischer klimagerechter Umbau erscheint nur machbar, wenn er geplant wird, und zwar entlang der Interessen der Mehrheit. Längst werden in der kritischen Wissenschaft neue Modelle der Planung diskutiert, die die Schwächen der realsozialistischen Kommandowirtschaft überwinden sollen. Zentral ist die Demokratiefrage: Wer entscheidet, was produziert wird? Welche Bedürfnisse zählen? Wie lässt sich autoritäre Erstarrung ebenso verhindern wie endlose zermürende Aushandlungen?

Die demokratische Planwirtschaft antwortet auf die Fehler des Realsozialismus und wirft neue Fragen auf, die wir uns als Linke heute stellen: Wie entkommen wir dem Wachstumszwang? Würden wir dann alle weniger arbeiten oder eher mehr? Kann man Wohnungsbau und Krankenhäuser von unten planen? Und sind wir bereit für echte Demokratie? Unser Heft blickt auf die neue Debatte um Wirtschaftsplanung und sucht Wege in eine ZUKUNFT MIT PLAN. Es zeigt: Den einen Masterplan gibt es nicht – aber viele gute Ideen.

RETTET UNS DIE PLANWIRTSCHAFT?

Wie der Exit aus dem Krisenkapitalismus aussehen kann

*Gespräch mit Sabine Nuss,
Ulrike Herrmann und Raul Zelik*

SOZIALISTISCHE SCHOCK- THERAPIE GEGEN DEN KLIMAKOLLAPS

Warum wir die Energiewende nicht dem Markt überlassen dürfen

Von Jakob Heyer

BAUEN, WOHNEN, MITENTSCHIEDEN

Wenn Wohnungen keine Ware wären

*Gespräch mit Andrej Holm
und Philipp Möller*

INHALT

ZUKUNFT
MIT PLAN

SCHWERPUNKT

6

GESPRÄCH

RETTET UNS DIE PLANWIRTSCHAFT?

Über grünes Schrumpfen, Eigentumsfragen und Verzichtdebatten
*Mit Sabine Nuss, Ulrike Herrmann
& Raul Zelik*

14

FÜR EINE LINKE MIT PLAN

*Von Rabea Berfelde, Justus Henze,
Samia Mohammed & Eva Völpel*

22

DEMOKRATISCH PLANEN, ABER WIE?

Von Christoph Sorg

30

GESPRÄCH

KEIN KINDERSPIEL

Wen die Planungsdebatte vergisst
Mit Heide Lutosch

34

COMEBACK DER PLANUNG?

Staatsinterventionen für das Kapital
Von Samuel Decker

40

GESPRÄCH

BAUEN, WOHNEN, MITENTSCHEIDEN?

Reale Utopien des öffentlichen Wohnungsbaus von Wien bis Belgrad

Mit Andrej Holm & Philipp Möller

44

REAL EXISTIERENDE WIDERSPRÜCHE

Ungelöste Probleme der sozialistischen Planwirtschaft

Von Lutz Brangsch

50

»IST DOCH ALLES INEFFIZIENT«

Welche Anreize und Zahlen braucht eine sozialistische Wirtschaft?

Von Simon Sutterlütti

56

BLICKWINKEL

In den Sand gesetzt

Von Markel Redondo

66

SOZIALISTISCHE SCOCKTHERAPIE GEGEN DEN KLIMAKOLLAPS

Warum wir die Energiewende nicht dem Markt überlassen dürfen

Von Jakob Heyer

72

FAHRPLAN: ÄNDERUNG

Wieso wir mit einer gemeinnützigen und demokratischen Bahn besser fahren

Von Bernhard Knierim

78

GESPRÄCH

DEMOKRATIE AUF DEM TROCKENEN

Wer entscheidet über knappe Ressourcen?

Mit Katalin Gennburg

82

SCHWANKENDE BILANZ

Wie funktioniert Planung in der Stromwirtschaft?

Von Uwe Witt

88

VOM LEBEN HER PLANEN

Wie organisieren wir
neue Sorgeverhältnisse?

Von *Barbara Fried* &
Alex Wischnewski

GESPRÄCH

**KRANKENHAUSPLANUNG VON
UNTEN – (WIE) GEHT DAS?**

94

Mit *Kalle Kunkel*

98

MIT PLANIFICATION AUS DER KRISE

Wie Frankreich nach dem Zweiten
Weltkrieg seine Wirtschaft lenkte

Von *Dominique Plihon*

104

VORBILD KRIEGSWIRTSCHAFT?

Kontroversen um
den ökologischen Umbau

Von *Judith Dellheim* & *Helge Peukert*

110

WER ENTSCHEIDET, WAS ICH ARBEITE?

Demokratische Planung und
freie Kooperation

Von *Alex Demirović*

116

KONFLIKTE OHNE ENDE?

Was wir lernen müssen, um
demokratisch zu planen

Von *Jenny Stupka*

122

ROSALUX KOMPAKT

128

IMPRESSUM



LUXEMBURG ONLINE

SYSTEMWECHSEL GLOBAL?

Utopien demokratischer Planung
und ihre Grenzen

*Von Mathieu Dufour, Sophie Elias-
Pinsonnault & Simon Tremblay-Pepin*

SOLIDARWIRTSCHAFT MIT HINDERNISSEN

Eine Bilanz des Munizipalismus
in Barcelona

*Von Silke van Dyk, Luzie Gerstenhöfer
& Markus Kip*

WER REGIERT DIE DIGITALE STADT IN DER KLIMAKRISE?

Von Tobias Gralke

PLANUNG STATT PLÜNDERUNG

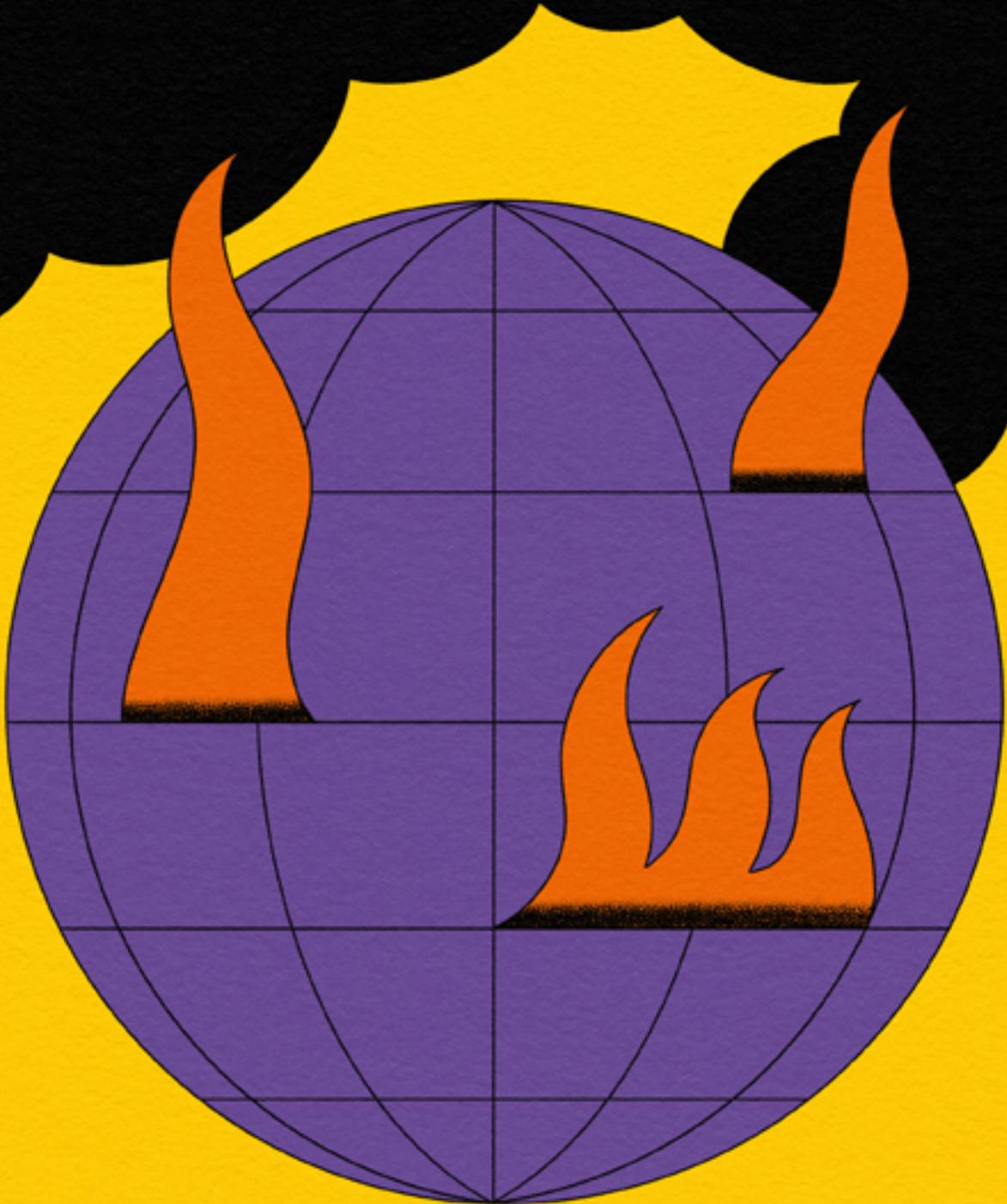
Tesla und der Kampf um
Ressourcengerechtigkeit

Von Karolina Drzewo

DER MYTHOS DER CHINESISCHEN INDUSTRIEPOLITIK

Von Lea Shih

GESPRÄCH MIT ULRIKE HERRMANN, SABINE NUSS UND RAUL ZELIK



RETTET UNS DIE PLAN-? WIRTSCHAFT

ÜBER GRÜNES SCHRUMPFEN,
EIGENTUMSFRAGEN
UND VERZICHTSDEBATTEN

Ihr seid euch einig, dass angesichts der Klimakrise der Energie- und Ressourcenverbrauch radikal runtergefahren werden müssen – und zwar geplant. Aber ihr habt Differenzen, wie das geschehen soll. Ulrike, du nennst die britische Kriegswirtschaft im Zweiten Weltkrieg als Vorbild. Warum dieses Modell?

ULRIKE HERRMANN: Wir haben nur noch sehr wenig Zeit, um grünes Schrumpfen zu organisieren. Deshalb brauchen wir Modelle, die bereits funktioniert haben. Die Briten mussten im Zweiten Weltkrieg ihre zivile Wirtschaft schrumpfen, um in den Fabriken genug Kapazitäten zu haben, Waffen für den Kampf gegen Hitler zu produzieren. Heraus kam eine demokratische private Planwirtschaft. Das Eigentum an den Fabriken blieb erhalten. Manager und Eigentümer konnten in ihren Fabriken machen, was sie wollten, aber sie mussten die Zielvorgaben des Staates erfüllen. Die knappen Güter, die so entstanden, wurden rationiert. Arme und Reiche bekamen das Gleiche, das war sehr wichtig für die gesellschaftliche Akzeptanz. Die Kriegswirtschaft nutze ich als eine Analogie, das muss man nicht alles so kopieren. Das heißt, Planwirtschaft und Kapitalismus schließen sich nicht aus?

ULRIKE HERRMANN: Nein. Im Kapitalismus wird auch staatlich geplant. Die Idee der Marktwirtschaftler, dass der Staat nur stört, während auf einem freien Markt freie Individuen großartige Leistungen vollbringen und Preise alles regeln, ist falsch.

»Es geht um eine ganz andere Art der Planung, mit anderer Zwecksetzung, mit anderen sozialen Beziehungen und ohne Ausbeutungsverhältnisse.«

Sabine Nuss

RAUL ZELIK: Ja, auch im Kapitalismus wird geplant, und zwar mittlerweile viel umfassender, als es in jedem sozialistischen Staat getan wurde. Wir müssen uns nur ansehen, wie Amazon seine Produktions- und Lieferketten aufeinander abstimmt. Entscheidend ist also nicht die Frage, ob geplant wird, sondern zu wessen Gunsten. Die existierende Planung muss demokratisiert werden. Sie darf nicht mehr ausschließlich der Steigerung von Profiten und nationalstaatlicher Macht dienen, sondern muss sich an den Interessen der globalen Mehrheit orientieren.

Und wir brauchen eine wirtschaftliche Planung zur Bekämpfung der Klimakrise.

RAUL ZELIK: Genau. Wobei die Klimakrise nur eine von mehreren ökologischen Großkrisen ist. Der Stoffwechsel des Kapitalismus mit der Natur ist viel zu groß. Wenn man das ändern will, muss man Geschäftsbereiche schließen, etwa fossile Industrien. Was wir brauchen, ist eine politische Einschränkung der Macht des Kapitals.

»Rationierung ist eine Form von Sozialisierung, die gleichzeitig privates Eigentum erhält. Das finde ich die elegantere Lösung.«

Ulrike Herrmann

Das scheint mir etwas ganz Anderes zu sein als die Kriegswirtschaft, von der Ulrike spricht.

SABINE NUSS: Ich kann mich Raul in Vielem anschließen, aber ich würde den Begriff der Planung nicht so starkmachen. Erstens ist der Begriff historisch besetzt, und man muss dann immer erst erklären: Nein, ich meine nicht die zentrale Kommandowirtschaft wie in der DDR. Zweitens muss jede Gesellschaft ihre Produktion und Verteilung planen, das ist also nichts Spezifisches. Drittens, und das ist der wichtigste Punkt, klingt es so, als ginge es um eine stärkere Planung der Prozesse, die es jetzt schon gibt. Es geht aber um eine ganz andere Art der Planung mit anderer Zwecksetzung, mit anderen sozialen Beziehungen, ohne Ausbeutungsverhältnisse. Das geht im Planungsbegriff unter.

Ulrike, in deinem Modell werden Eigentumsverhältnisse nicht angetastet. Damit können einige Wenige mit ihren Investitionsentscheidungen weiterhin der Allgemeinheit schaden. Auch die Frage der Demokratisierung tritt damit in den Hintergrund.

ULRIKE HERRMANN: Ich bin keine Ökosozialistin, und zwar aus mehreren Gründen. Wir haben, wie gesagt, kaum noch Zeit, schon deshalb bin ich nicht für einen riesigen sozialistischen Umbau. Zudem hat der Sozialismus zu gigantischer Umweltzerstörung geführt. Auch gab es nie einen demokratischen Sozialismus, sondern nur Diktaturen. Das macht mich skeptisch. Umgekehrt ist es eine Tatsache, dass die allermeisten Menschen Eigentum haben wollen. Damit muss man umgehen. Und die Rationierungen, die ich vorschlage, wären auch eine Form von Enteignung. Ein Beispiel: Die grüne Energie wird nicht reichen, damit jeder ein privates

E-Auto fährt. Zugleich wird die Klimakrise dafür sorgen, dass wir sehr häufig Wasser rationieren müssen. Susanne Klatten, die heute als BMW-Erbin die reichste Frau Deutschlands ist, hätte dann zwar noch ihre Autofabrik, die wäre aber weit weniger wert, weil sie damit vielleicht noch Windräder produzieren könnte. Sie hätte weiterhin ihre Villa, aber kein Wasser, um den Garten zu sprengen oder den Pool zu befüllen. Rationierung ist also eine Form von Sozialisierung, die privates Eigentum erhält. Das finde ich die elegantere Lösung. Es gibt extreme Widerstände, sobald die Leute das Gefühl haben, dass ihr Eigentum in Gefahr ist. Ich weiß, es geht eigentlich darum, Produktionsmittel zu sozialisieren. Aber die Debatte dreht sich trotzdem sofort um Omegas Häuschen. Darum bin ich für privates Eigentum, staatliche Planung und Rationierung.

RAUL ZELIK: Da stellt sich sofort die Frage, warum Frau Klatten akzeptieren sollte, dass ihr die Autofabrik entwertet wird. Oder anders formuliert: Wir halten nicht deshalb am Sozialismusbegriff fest, weil wir nostalgische Erinnerungen an den Ostblock hätten. Uns Linke interessiert am Sozialismus, dass er die historische Gegenbewegung zum Kapital war, die Kraft, die sich der Macht der großen Eigentümer entgegengestellt hat. Und das brauchen wir auch heute, denn die ökologischen Probleme lassen sich nicht im Einvernehmen mit den großen Privatvermögen lösen. Pragmatismus, wie ihn Ulrike einfordert, ist mir sehr sympathisch. Aber die Vorstellung, dass wir die BMW-Eigentümer*innen davon überzeugen können, ihre Macht zu schrumpfen, ist ebenso naiv wie der Traum von einer anarchistischen Weltkommune. Wer die Klimakrise bearbeiten will, muss die Macht der

»Wer die Klimakrise bearbeiten will, muss die Macht der besitzenden Klasse beschneiden.«

Raul Zelik

besitzenden Klasse beschneiden. Darum sollte unser Pragmatismus bei der Frage ansetzen, wie wir die Kräfteverhältnisse verschieben können und welche Strategien die Macht der fossilen Konzerne, der großen Aktieninhaber brechen können.

SABINE NUSS: Ich spreche auch nicht gern von Ökosozialismus, sondern lieber von kooperativer Ökonomie, in Abgrenzung zur Konkurrenzökonomie des Kapitalismus. Denn die Konkurrenz bestimmt die wesentlichen Handlungsstrukturen zwischen den Unternehmen und drückt der ganzen Gesellschaft den Stempel auf. Sie verursacht den Druck, Profite zu machen. Insofern muss man die Konkurrenz umwandeln in kooperative, gebrauchswertorientierte Beziehungen. Dann wäre die Frage, wie sich die Handlungsrationitäten von Unternehmen verändern würden und wie sich Belegschaften in den Unternehmen und auch zueinander neu aufstellen könnten, im internationalen Maßstab. Man muss dann auch über die Kategorie Nationalstaat hinausgehen.



ULRIKE HERRMANN: Ich möchte noch mal festhalten, worin wir trotz allem übereinstimmen: dass Klimaschutz grünes Schrumpfen bedeuten muss. Viele Leute haben noch die Illusion, dass es der technologische Fortschritt oder die E-Autos richten werden. Aber die grüne Energie aus Solaranlagen und Windrädern wird nicht reichen, um diesen riesigen Kapitalismus mit seinem Wachstum zu befeuern. Für mich ist grünes Schrumpfen das Ende des Kapitalismus. Denn der Kapitalismus braucht Wachstum, um stabil zu sein.

Ulrike, wie soll in deinem Modell die Zustimmung der Kapitalist*innen organisiert werden, die im Schrumpfungsprozess große Abschreibungen hinnehmen müssten?

ULRIKE HERRMANN: Warum die Reichen das unterstützen sollen? Weil die Klimakrise mit einem Krieg zu vergleichen ist. Etwas platt gesagt:

Auch im Zweiten Weltkrieg war dem Adel in England klar, dass es nicht mehr schön ist, Lord zu sein, wenn Hitler Großbritannien erobert. Deswegen hat der Adel seine Söhne in den Krieg gegen Hitler geschickt. In einer ähnlichen Situation sind die Reichen heute. Es ist inzwischen eine reale Möglichkeit, dass große Dürren in den USA, in Europa und Russland ausbrechen und die weltweite Getreideernte wegbricht. Dann ist hier Armageddon. Dann hat jeder noch sein Auto, sein Handy und sein Haus, aber nicht mehr viel zu essen. Das erschüttert auch Reiche in ihrer Sicherheit und ihrem Selbstverständnis existenziell. Und deswegen würden sie am Ende auch mitmachen.

RAUL ZELIK: Ich teile die Analyse, dass der Kapitalismus zu einem nachhaltigen Stoffwechsel unfähig ist und es deswegen keinen grünen Kapitalismus geben wird. Genau aus diesen strukturellen Gründen gibt es aber auch einen grundlegenden Unterschied zwischen der englischen Kriegsökonomie der 1940er-Jahre und den Herausforderungen heute. Ein Sieg im Krieg war für die mächtigen Klassen notwendig, um oben zu bleiben. Eine ökologische Transformation, die das Eigentumsrecht des Kapitals auf Naturzerstörung beschneidet, würde die Machtverhältnisse hingegen grundlegend infrage stellen. Zudem wird die ökologische Krise nicht alle gleich treffen. Wenn Ernten kollabieren, bedeutet das unter Marktbedingungen, dass die Ärmsten ihre Lebensmittel nicht mehr bezahlen können. Für die oberen 20 Prozent hingegen sind Preissteigerungen nicht bedrohlich. Mit wachsender Ressourcenknappheit wird es sogar noch attraktiver, zu den Eliten zu gehören. Deshalb: Wer die Klassenverhältnisse ausblendet, wird die ökologische Krise weder verstehen noch stoppen können.

Wenn man ganze Wirtschaftszweige schließen will, muss man nicht nur die Macht des Kapitals, sondern auch die Belegschaften mitdenken. Wie nimmt man sie mit?

RAUL ZELIK: Jede emanzipatorische Industrietransformation muss von den Beschäftigten ausgehen. In Großbritannien gab es in den 1970er-Jahren eine Gewerkschaftsdiskussion über die Konversion von Rüstungsbetrieben,



seit 2021 gibt es die besetzte Fabrik des Autozulieferers GKN in Italien. An solche Erfahrungen müssen wir anknüpfen. Die meisten Beschäftigten möchten sicherlich lieber Gegenstände herstellen, die keine verheerenden Umweltschäden verursachen. Sie sind auch nicht unbedingt scharf darauf, im Schichtsystem am Band zu stehen. Sie wollen gesellschaftliche und materielle Teilhabe. Und sie fordern zu Recht ein, dass die Industriekonversion nicht auf ihrem Rücken durchgesetzt wird. Was die gesamtgesellschaftliche Debatte angeht, halte ich Klaus Dörres Vorschlag der Transformationsräte für richtig. Die Debatte darüber, wie sich die Gesellschaft verändern soll, muss auf die Erfahrungen von Arbeitenden und Konsumierenden zurückgreifen.

SABINE NUSS: Es gibt in den Unternehmen sehr unterschiedliche Interessen. Die Aktionäre wollen, dass ihr Kapital sich verwertet, das Management will, dass in diesem Sinne der Laden läuft, und die Belegschaft hat eigene Interessen und Expertisen. Hans-Jürgen Urban sagte vor Kurzem aus Sicht der IG Metall: Wir wissen, wie der Umbau technologisch möglich wäre, aber das Problem ist: Er ist nicht rentabel. Darum ist es wichtig, über die Klassenverhältnisse und Hierarchien in den Unternehmen zu sprechen: Wer entscheidet, was dort produziert wird und zu welchem Zweck? Da haben die Belegschaften oft das bessere Wissen, aber ihnen fehlt die Entscheidungsmacht. Im bürgerlichen Recht sind die Beschäftigten die Besitztöchter und die Eigentümer der Produktionsmittel die Besitzherren. Das stellt die Welt auf den Kopf, denn eigentlich sind die »Besitztöchter« die Besitzer der Produktionsmittel, weil sie haptisch und physisch mit ihnen arbeiten. Sie stehen aber

unter dem Kommando der Chefs, der Aktionäre, der Kapitalverwertung und können nicht im Sinne des Gebrauchswerts kooperieren. Man müsste untersuchen, ob man das bürgerliche Recht nicht auch auf diesem Gebiet als Hebel nutzen kann, so wie die Kampagne Deutsche Wohnen & Co enteignen, die den Vergesellschaftungsartikel des Grundgesetzes wieder hochgeholt hat.

ULRIKE HERRMANN: Natürlich muss ein Umbau der Gesellschaft demokratisch passieren. Aber auf welcher Ebene wollen wir Demokratie? Wenn man eine ganze Wirtschaft klimaneutral umbauen will, dann gehen Millionen von Arbeitsplätzen verloren: in der Autoindustrie, in der Chemie, bei den Banken. Das muss man auf der staatlichen Gesamtebene steuern, damit sind Transformationsräte in einzelnen Betrieben völlig überfordert. Trotzdem wären Gewerkschaften, Arbeiter*innen oder Kund*innen bei der Planung dabei, nicht nur Unternehmer*innen. Aber wichtig ist, dass es eine makroökonomische Planung ist, also auf der Ebene der Regierung. Es ist ein weit verbreitetes Missverständnis in der Klimadebatte, dass viele Nischen von selbst das Ganze ergeben.

In der antikapitalistischen Linken gibt es wenig Modelle oder Ansätze, die auf der makroökonomischen Ebene eine umfassende Alternative zum Kapitalismus aufzeigen. Brauchen wir mehr davon?

SABINE NUSS: Ich bin nicht per se gegen Planung auf der Makroebene, wenn man sie als kooperative Planung denkt. Ich würde staatliche Makroplanung aber nicht unbedingt als demokratische Wirtschaftsplanung bezeichnen, weil der Staat ein sehr ambivalenter Akteur ist. In der langen Geschichte der sozialistischen Arbeiter*innenbewegung gab es

immer wieder Versuche, die Sozialisierung der Produktionsmittel einzufordern. Dafür sind die Menschen 1918 in Massen auf die Straßen gegangen. Was hatten sie dabei im Kopf und was können wir daraus lernen? Schließlich sind sie damals mit ihren Forderungen gescheitert. Ihre Erfahrungen zeigen, dass der Staat eben nicht der Ansprechpartner ist für ein Anliegen, das für alle Menschen gut sein soll.

RAUL ZELIK: Ich würde die Frage anders beantworten. Ich denke, wir brauchen unbedingt eine staatliche Makropolitik. Transformationsräte bedeuten ja nicht, dass alles in Vollversammlungen gelöst werden sollte – und könnte. Selbstverständlich ist der Staat dazu da, bestehende Herrschaftsverhältnisse abzusichern. Aber die historische Erfahrung zeigt auch, dass er eine Verdichtung von Kräfteverhältnissen ist und begrenzt demokratisiert werden kann. Die Aufgabe von Linken ist es, die repressiven Funktionen im Staat durch Kämpfe zu schwächen und soziale Funktionen zu stärken. Mit Blick auf die großen sozialen Verwerfungen, die die ökologische Krise mit sich bringen wird, müssen soziale Sicherungssysteme auf- und ausgebaut werden. Es muss, wenn es hart auf hart kommt, Lebensmittel- und Wasserversorgung für alle geben, es muss Institutionen geben, die solidarische Antworten organisieren. Damit wir eben keine allgemeine Bürgerkriegssituation erleben, wie sie in Konkurrenzgesellschaften als natürlich erscheint. **Wirtschaftsplanung und grünes Schrumpfen sind große, teils abstrakte Themen: Wie gelingt es, dafür Mehrheiten zu gewinnen? Wie führen wir eine Debatte, in der es nicht primär um Verzicht geht?**

RAUL ZELIK: Verzicht? Ich glaube, dass der durchschnittliche Mensch in Deutschland viel

zu gewinnen hätte in einer Gesellschaft, in der sich nicht mehr alles um das Kapital dreht. Weniger Konsumgüter, aber dafür nur noch 20 Stunden Lohnarbeit in der Woche. Ich finde, das ist ein positives Zukunftsversprechen.

SABINE NUSS: Ich bin kein großer Fan davon, von Schrumpfung oder Verzicht zu sprechen. Man kann Dinge so produzieren, dass sie lange halten und sich reparieren lassen. Es gibt genug solcher Ideen, die aber in Schubladen liegen, weil sie sich nicht rechnen. Wir müssen qualitativ anders produzieren. Wenn man nicht alle zwei Jahre ein neues Handy haben kann, muss man das nicht als Verzicht framen, es ist ein Gewinn, wenn Dinge länger halten. Ich glaube, dass die Leute mit dem Verzichtsdiskurs wenig anfangen können, weil viele ein Leben in der permanenten Überlastung führen und keine Lust auf weitere Zumutungen haben. Wenn aber nicht mehr so viel produziert werden müsste, wäre eine riesige Umverteilung von Arbeit möglich, die zu einer Arbeitszeitverkürzung führen könnte. Das wäre für etliche vielleicht erstrebenswerter als permanent materielle Dinge zu konsumieren.

ULRIKE HERRMANN: Wenn man nicht mehr fliegen kann, kein privates Auto mehr haben darf, seinen Arbeitsplatz verändern muss, dann ist das durchaus ein großer Verzicht. Das ahnen die Leute und deswegen wollen sie es nicht. Wir müssen ehrlich sein und sagen: Das, was wir hatten, fossile Energie im Überfluss, war sehr bequem, aber es ist vorbei. Dafür können wir aber überleben. Ob wir die Arbeitszeit am Ende verkürzen können, das weiß niemand, das ist alles noch nicht durchge-



rechnet. Wir müssen zum Beispiel weg von der industriellen Landwirtschaft und Ökolandbau im großen Stil betreiben. Ich überspitze, aber Millionen, die gerade bequem an ihren Computern sitzen, müssten raus in die Natur. Das ist nicht nur nett. Generell gilt: In dem Moment, wo man keine fossile Energie mehr hat, sinkt die Effizienz der Volkswirtschaft. Also muss man pro Produkt mehr Arbeit aufwenden. Deswegen halte ich das Versprechen einer Arbeitszeitverkürzung für kühn.

Was sind für euch gute Einstiegsprojekte, wo beispielhaft dafür gekämpft werden kann, demokratische Wirtschaftsplanung im Zeichen der Klimakrise voranzubringen?

ULRIKE HERRMANN: Es gibt einen Bereich, wo man ohne Riesenplanung anfangen kann: beim Fleisch. Die Landwirtschaft produziert enorme Schäden, vor allem durch die Fleischproduktion. 60 Prozent der Ernte in der EU landet in Tiermägen. Alle kennen die Probleme: Lachgas, Gülle, Grundwasserverseuchung, Pestizide, Herbizide, Artensterben und so weiter. Man muss nicht Vegetarier werden, aber sehr viel weniger Fleisch konsumieren. Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie würde das nicht gefährden: Wenn die Leute kein Fleisch mehr essen, essen sie etwas anderes.

Menschen, die nach meinen makroökonomischen Vorträgen etwas tun wollen, sich aber sehr ohnmächtig fühlen, denen sage ich: Esst weniger Fleisch!

RAUL ZELIK: Mein Beispiel wäre der Ausbau öffentlicher Infrastrukturen, die uns in den anstehenden Krisen allen gleichermaßen zugutekommen. In der Schweiz betreibt ein Staatsunternehmen ein öffentliches Bahnnetz, bei

dem die Züge und Busse verlässlich fahren und pünktlich ankommen. Manchmal ist die Utopie sehr klein und sehr konkret.

SABINE NUSS: Wir müssen uns verabschieden von der Idee, dass es die eine Strategie der Veränderung gibt, deren Auswirkung man im Voraus komplett beurteilen kann. Gesellschaftliche Veränderung ist ein hochdynamischer, teilweise unvorhersehbarer Prozess. Ich bringe deswegen die vielen kleinen Graswurzelbewegungen ins Spiel. Ich sehe sie als Teil eines Zusammenspiels von einem Kooperationsprozess von unten und einer möglichen Planung von oben. Initiativen von Kooperativen, für freie Software oder SuperCoops werden oft belächelt. Aber diese alternativen Praxen sind Hoffnungsschimmer, auch wenn sie in vielen Fällen deutlich stärker politisiert werden müssten. Erik Olin Wright nannte sie reale Utopien, denen wir folgen können, wenn wir gemeinsam den Kapitalismus und seinen Wachstumszwang überwinden wollen.

Das Gespräch führten Justus Henze und Eva Völpel.

SABINE NUSS ist Politologin und Publizistin und veröffentlicht insbesondere zu Eigentum, Naturverhältnissen und Digitalisierung im Kapitalismus. Sie hat 2021 mit Timo Daum den Sammelband »Die unsichtbare Hand des Plans« im Karl Dietz Verlag herausgegeben.

ULRIKE HERRMANN ist Wirtschaftsredakteurin der *tageszeitung* und Autorin, sie beschäftigt sich insbesondere mit Wirtschaftspolitik. 2022 erschien ihr Buch »Das Ende des Kapitalismus« im Piper Verlag.

RAUL ZELIK ist Schriftsteller, Übersetzer und Sozialwissenschaftler und schreibt unter anderem zu sozialen Bewegungen und Ökosozialismus. Zuletzt erschien 2018 »Wir Untoten des Kapitals« im Suhrkamp Verlag.

FÜR EINE LINKE MIT PLAN

**RABEA BERFELDE, JUSTUS HENZE,
SAMIA MOHAMMED & EVA VÖLPEL**



Eine demokratische und sozialistische Wirtschaft weist den Weg aus dem Krisenkapitalismus. Höchste Zeit für eine neue Debatte um Planwirtschaft.

Der Kapitalismus muss überwunden werden, da sind sich viele Linke einig. Doch welche konkrete ökonomische Alternative können wir als Sozialist*innen anbieten, die der Komplexität moderner Gesellschaften gerecht wird? Seit einiger Zeit diskutieren linke Gruppen und Akteure wieder stärker diese Frage und entdecken Stück für Stück eine vermeintlich angestaubte Idee wieder: die demokratisch-sozialistische Wirtschaftsplanung.

Ökonomische Planung drängt sich angesichts der Reichweite der kapitalistischen Krisen auf. Das globale Ausmaß und die existenzielle Dimension der ökologischen Krise verlangen nach einem alternativen Mechanismus der ökonomischen Koordination. Die Idee der demokratischen Wirtschaftsplanung markiert die Suchbewegung nach einer solchen Form der Koordination, die Unsicherheit nicht individualisiert und mehr Gestaltungsmöglichkeiten für alle bereithält als eine marktbaute Wirtschaft.

Bereits in der heutigen Marktwirtschaft wird umfänglich geplant, jedoch unter kapitalistischen Vorzeichen. Unternehmen nutzen aufwendige Planungsinfrastrukturen, um interne Risiken zu reduzieren. Und auch Staaten müssen fortwährend planen, um die Bedingungen neoliberal-kapitalistischen Wirtschaftens herzustellen. Daran zeigt sich, dass die Dichotomie von Markt und Plan Ideologie ist.

Aktuell setzen verschiedene Akteure Planungsfragen wieder auf die Agenda. Die »Planwirtschaftsdebatte 2.0« ist aber bislang vor allem eine akademische, zum Teil populärwissenschaftliche Diskussion, die in vielen progressiven Kreisen nicht aufgegriffen wird. Auch weist sie Leerstellen auf, etwa bei der

EVA VÖLPEL ist Referentin für Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

RABEA BERFELDE ist Postdoc-Fellow am Centre for Social Critique, Humboldt-Universität zu Berlin.

JUSTUS HENZE ist in der Berliner Mietenbewegung aktiv und Referent für Vergesellschaftung im Energiesektor bei communia.

SAMIA MOHAMMED ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Bremen.

Verarbeitung der realsozialistischen Erfahrung und der Entwicklung konkreter Transformationsstrategien. Wir wollen die Diskussion ausweiten und vertiefen – und schlagen einen dezidiert demokratischen und sozialistischen Planungsbegriff vor.

KEINE PLANUNG IST AUCH KEINE LÖSUNG

Die multiplen Krisen unserer Zeit erfordern einen grundlegenden Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft, doch dieser kann und wird unter kapitalistischen Vorzeichen, mit atomistischer Wirtschaftskonkurrenz und Profitzwang, nicht gelingen. Statt den CO₂-Ausstoß und die drastische Zerstörung von Ressourcen und Biodiversität zu reduzieren, wird an alten Produktionsmodellen festgehalten. Soziale und ökologische Kosten werden in großem Stil und im globalen Maßstab externalisiert. Die kapitalistische Produktionsweise verschärft die ökologische Krise sowie die Krise der sozialen Reproduktion, sie befeuert soziale Ungleichheit, Nationalismus und Rassismus. Kurzum: Sie untergräbt unsere Lebensgrundlagen und die Demokratie.

Im Zuge einer eskalierenden Klima- und Biodiversitätskrise, wachsender geopolitischer Spannungen sowie entfesselter Finanzmärkte werden wir auch hierzulande mit Wirtschafts- und Finanzkrisen, Preisschocks und Einkommensverlusten sowie mit zunehmendem Wassermangel und Extremwetterereignissen konfrontiert sein. Allein aus diesen Gründen werden vorausschauend geplante und sozial gerechte Präventions- oder Nothilfemaßnahmen jenseits dysfunktionaler Marktsteuerung für das gesellschaftliche Überleben immer wichtiger – und für viele Menschen auch plausibler. Zugleich erleben wir, wie im Zuge zunehmender geopolitischer Konfrontationen und weltwirtschaftlicher Konkurrenz staatliche Planung und Steuerung verstärkt auf die politische Agenda kommen. Die USA setzen in der Konkurrenz mit dem staatskapitalistischen China auf weitreichende Marktinterventionen für den Auf- und Ausbau strategisch bedeutsamer Industrien und Infrastrukturen. Gezielte staatliche Interventionen und Planung gelangen zur Anwendung, um die ökonomische Hegemonie des kapitalistischen Westens zu stabilisieren. Mit der möglichen Herausbildung eines grünen Kapitalismus als neuem Akkumulationsregime werden diese Politiken zunehmen, ökonomische Planung innerhalb des Kapitalismus wird voraussichtlich an Bedeutung gewinnen.

Kapitalismus ist Markt, alles andere ist Planung – dieses hartnäckige Vorurteil ist schon lange nicht mehr haltbar. Staatliche Interventionspolitiken im Kapitalismus sind jedoch kein positiver Bezugsrahmen für einen sozialistischen Begriff von Steuerung, Regulation und vor allem Wirtschaftsplanung. Sie können aber Räume öffnen, in denen diese Ansätze wieder denk- und sprech-

bar werden, und die mächtige Chiffre von der Überlegenheit der unsichtbaren Hand des Marktes ins Wanken bringen.

WIRTSCHAFTSPLANUNG 2.0 – DIE AKADEMISCHE DEBATTE

Die Annahme, dass Planung dem Kapitalismus vollkommen fremd ist, wurde 2019 in dem Buch »The People’s Republic of Walmart. How the World’s Biggest Corporations are Laying the Foundations for Socialism« prominent infrage gestellt. Die Autoren Phillips und Rozworski zeigen, dass neben Staaten auch multinationale Konzerne intern umfängliche Planungsprozesse nutzen: Logistische Abläufe werden technologiegestützt optimiert, um Risiken innerhalb von Lieferketten zu minimieren und so Profite zu maximieren. Wenn also nicht nur in der DDR geplant wurde, sondern auch in den Firmenzentralen von Amazon, Walmart und Co., dann drängt sich die Frage auf: Wer plant welche Kenngrößen in welchem Interesse?

Im Anschluss an Phillips und Rozworski beschäftigt sich ein Strang der neuen Debatte um demokratische Wirtschaftsplanung mit digitalen Technologien, Algorithmen und Künstlicher Intelligenz und sucht darin nach neuen Lösungen für das klassische Problem der sozialistischen Kalkulation (Groos 2021; Morozov 2019). Georg Jochum und Simon Schaupp (2019, 99) argumentieren, dass durch eine potenzielle Aneignung der neuen »Steuerungskräfte« eine »radikaldemokratische Deliberation über komplexe ökonomische Fragen technisch in den Bereich des Möglichen rückt«.

Die »erste« Debatte um ökonomische Planung ist als *Socialist* oder *Economic Calculation Debate* bekannt geworden und wurde in den 1920er- bis 1940er-Jahren zwischen liberalen und sozialistischen Ökonomen geführt. Während Sozialisten wie Otto Neurath für die Überlegenheit und Rationalität sozialistischen Wirtschaftens argumentierten, hielten Vertreter der österreichischen Schule wie Ludwig von Mises oder Friedrich August von Hayek den Koordinationsmechanismus des Markts gegenüber der angeblich dysfunktionalen sozialistisch-planerischen Wirtschaftsrechnung hoch.

Gegen diese Behauptung einer prinzipiellen und praktischen Unmöglichkeit demokratisch organisierter sozialistischer Wirtschaftsplanung richtet sich ein neuer Debattenstrang. Hier werden konkrete ökonomische Modelle entwickelt, die ausbuchstabieren sollen, inwiefern eine geplante Produktionsweise in komplexen Gesellschaften technisch realisierbar ist (Hahnel 2021; Cockshott/Cottrell 1993). Innerhalb der Modelldiskussion bilden sich zunehmend Ansätze heraus, die explizit Visionen einer ökosozialistischen Zukunft entwerfen (Durand u. a. 2023; Vettese/Pendergrass 2022). Eine geplante Reduktion des Wirtschaftswachstums bei gleichzeitiger Ausrichtung auf eine gemeinwohlori-

enterte Bedürfnisbefriedigung könnte, so die Hoffnung, die sozialistische und sozial-ökologische Transformation einleiten.

Es gibt einige Ansätze und Kämpfe im Hier und Jetzt, die sich konkret mit der Frage nach den Wegen und Möglichkeiten der Transformation befassen – damit, wie eine Demokratisierung der Wirtschaftsplanung nicht nur gefordert, sondern auch politisch durchgesetzt werden kann. In Frankreich hat das Linksbündnis NUPES die ökologische Planung in den Mittelpunkt seines politischen Programms gestellt. In Deutschland hat das Volksbegehren Deutsche Wohnen & Co enteignen in Berlin Furore gemacht. Es ist nur das bekannteste Beispiel zahlreicher Initiativen, die für die Rekommunalisierung und Demokratisierung von privatisierten Dienstleistungen eintreten. Hier liegen Anknüpfungspunkte, um Konzepte einer demokratisch geplanten Daseinsvorsorge mit der Eigentumsfrage zu verbinden und diese Diskussionen zu popularisieren.

AUF DEM WEG ZU EINEM EMANZIPATORISCHEN PLANUNGSBEGRIFF

Wenn wir sozialistische Planwirtschaftsdebatten wieder aufgreifen und ihr Potenzial für eine freiere und gleichere Zukunft für alle freilegen, sollten wir über eine reine Machbarkeitsdiskussion hinausgehen: Zwar müssen wir auch heute beantworten, inwieweit eine funktionsfähige Wirtschaftsweise ohne Markt und Preissignal denk- und umsetzbar wäre. Darüber hinaus müssen wir jedoch die politischen Modalitäten und Bedingungen ökonomischer Planung in den Blick nehmen.

Denn angesichts gegenwärtiger Planungspraxen erscheint diese Form der Koordination keineswegs als ein Schritt in eine sozialistische Zukunft: Kapitalistische Planung, ob von staatlicher oder privatwirtschaftlicher Seite, ist heute top-down organisiert und dem Zweck der Profitmaximierung und Kapitalakkumulation unterworfen. Von welcher Form der Planung sprechen wir also, wenn wir uns positiv auf Wirtschaftsplanung beziehen und konkrete Vorschläge dafür entwickeln?

In der Planungsdebatte kristallisieren sich aus unserer Sicht vor allem zwei Elemente heraus, die einen emanzipatorischen Planungsbegriff kennzeichnen. Sie ermöglichen eine kritische Auseinandersetzung mit den autoritären Formen der Wirtschaftsplanung im Realsozialismus und grenzen sich von technokratischer Planung ebenso ab wie von einer im Sinne des Kapitals mobilisierten Planung.

1 // Linke Wirtschaftsplanung muss in radikaler Weise *demokratisch* sein und auf einer substanziellen Form kollektiver demokratischer Gestaltung der Ökonomie beruhen. Die Planungsdebatte von reinen Machbarkeitsspekulationen zu lösen, trägt bereits zu ihrer Politisierung bei. Wenn wir die Frage nach den Subjekten der Planung – also: Wer plant? – ins Zentrum stellen, kann disku-

tiert werden, wie eine umfängliche Partizipation und demokratische Kontrolle auf unterschiedlichen Ebenen der Ökonomie aussehen müssten. Ein Blick zurück kann dabei helfen, diesen Anspruch genauer zu bestimmen: Die politische Forderung nach kollektiver Kontrolle ökonomischer Abläufe spiegelt das historische Ziel der Arbeiter*innenbewegung wider, die Produktion gemeinsam und nach eigenen Bedürfnissen zu regeln. Heute müssen wir uns konkrete Formen der Umsetzung und Institutionalisierung dieser Forderungen vorstellen und sie mit Blick auf die neuen technologischen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen aktualisieren.

2 // Linke Wirtschaftsplanung muss in *sozialistischer* Tradition stehen. Denn die Demokratisierung des Planungsprozesses muss zwingend verbunden sein mit der Frage nach der Verfügungsmacht über gesellschaftliche Produktionsmittel, also: Wer verfügt darüber? Wem gehören sie? Der wirtschaftliche Koordinationsmechanismus und die Eigentumsverhältnisse bedingen sich schließlich gegenseitig, das Privateigentum an Produktionsmitteln verhindert eine effektive, demokratische Wirtschaftsplanung im Einklang mit den Bedürfnissen aller. Hier zeigt sich eine Verbindung zur wiederbelebten Debatte um demokratische Wirtschaftsplanung und zu den gegenwärtigen Auseinandersetzungen um Vergesellschaftung, denen es um die kollektive Aneignung von Infrastrukturen wie Wohnraum, Energie und öffentlicher Daseinsvorsorge geht – mit dem Ziel, sie dem Profitzwang zu entziehen und künftig gemeinwohlorientiert zu bewirtschaften.

Diese Beispiele zeigen bereits, dass ein substanziell sozialistischer und demokratischer Planungsbezug heute die historische Verengung der Vergesellschaftung auf Betriebe und Sektoren der Industrieproduktion aufbrechen kann. Eine emanzipatorische Wirtschaftsplanung kann die kapitalistische Trennung der Sphären von Produktion und Reproduktion und die damit zusammenhängende patriarchale Arbeitsteilung sowie Geschlechterordnung infrage stellen. Denn das Ziel ist die kollektive Reproduktion und ein gutes Leben für alle. Unter demokratischer Wirtschaftsplanung verstehen wir daher nicht nur die Ausweitung der Demokratie auf den Bereich der Produktion, sondern auch die kollektive Gestaltung der Infrastrukturen der Sorge, ihre demokratische Umgestaltung sowie die Umverteilung der darin anfallenden Arbeitslasten.

Einem progressiven Begriff von Planung und den mit ihm verbundenen Forderungen geht es also *ums Ganze*, um eine umfassende Umwälzung der Verhältnisse. Dieser Horizont ist wichtig, damit wir in unserer Analyse und Politik im Hier und Jetzt an konkreten Projekten und Handlungsoptionen ansetzen können, ohne in die Falle des Reformismus zu tappen. Einen dezidiert demokratischen und sozialistischen Planungsbezug zu entwickeln, erscheint

uns als notwendige Vor- und beständige Begleitarbeit, um die aktuelle Auseinandersetzung um demokratische Wirtschaftsplanung voranzubringen. Gleichzeitig ist innerhalb dieser Leitplanken viel Platz für Streit und eine genauere Ausgestaltung dessen, was emanzipatorische Planung heißen könnte.

DIE ZEIT IST REIF

Wir wollen die Debatte um ökonomische Planung und sozialistische Ökonomie auch deshalb stärken, weil wir meinen, dass die ökonomischen Forderungen der gesellschaftlichen Linken in den letzten Jahren (oder gar Jahrzehnten) eklatante programmatische Leerstellen aufwiesen. Im Zuge des Zusammenbruchs des Realsozialismus und der Verfestigung des Neoliberalismus haben sich viele Linke im Parlament und in Bewegungen entweder auf die Kritik der politischen Ökonomie zurückgezogen oder sich einem reformistischen Links-Keynesianismus verschrieben, mit etwas mehr expansiver Fiskalpolitik hier und ein bisschen stärkerer Umverteilung dort. Teilweise strickte die Linkspartei in Landesparlamenten und -regierungen sogar aktiv an Privatisierungen oder Politiken zur Stärkung des deutschen Wirtschaftsstandorts mit. Die Lösung der Krise linker Wirtschaftspolitik kann augenscheinlich nicht darin bestehen, einfach eine noch »bessere« bürgerliche Ökonomie auszuarbeiten – sonst handelt es sich nicht um sozialistische, sondern sozialdemokratische Politik, die erfolglos versucht, die Verwerfungen der kapitalistischen Akkumulation abzumildern.

Aber auch die gesellschaftliche Linke, die nicht in Parteien organisiert ist, verharret in der Anklage dessen, *wogegen* sie kämpft und was abgeschafft werden muss, anstatt sich gemeinsam vorzustellen, was an die Stelle des Kapitalismus treten könnte. Es ist der Nachhall des weit verbreiteten »Bilderverbots« in der kritischen Sozialwissenschaft, also des Dogmas, keine utopischen Gegenbilder zum Kapitalismus zu zeichnen (vgl. Adamczak 2020). Dies hat nicht nur verhindert, gemeinsam konkrete Utopien zu entwickeln, sondern auch eine Orientierungs- und Strategielosigkeit in Bewegungen und Kämpfen nach sich gezogen. Ein überzeugendes sozialistisches Wirtschaftskonzept, das die gesellschaftliche Linke in einen klaren Antagonismus zu den herrschenden Verhältnissen stellt und über den Kapitalismus hinausweist, fehlt also. Wir glauben, dass die Kombination von Vergesellschaftung und demokratischer Planung den Kompass für ein antikapitalistisches Gegenprojekt und damit für eine sozialistische Ökonomie liefern kann. Die Zeit dafür ist reif.

FÜR EINE LINKE MIT PLAN

Ein zeitgemäßes Verständnis von Wirtschaftsplanung müsste diese konkrete Zukunftsvision mit Antworten darauf verbinden, wie und warum sich das all-

tägliche Leben der heterogenen Arbeiter*innenklasse dadurch verbessern würde: ihre Arbeitsbedingungen, ihre Gesundheits-, Wohnungs- und Energieversorgung, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie etc. Es geht um ein linkes Verständnis von Bedürfnissen und Bedürfnisbefriedigung, das nicht nur auf die Warenproduktion fokussiert und das planetare Grenzen anerkennt. Solche Vorstellungen kann niemand allein entwickeln, wir müssen unsere Programmatik als gesellschaftliche Linke kollektiv und im kritisch-solidarischen Austausch voranbringen. Begriff und Programm demokratischer Wirtschaftsplanung, die in der politischen Auseinandersetzung bestehen will, müssen zudem aus der Arbeit und Intervention in politische Praxis entstehen und sich von dieser befragen lassen.

Daher rufen wir alle Mitstreiter*innen, Genoss*innen, Bekannte und Freund*innen dazu auf, sich im Laufe dieses Jahres verstärkt mit Fragen demokratischer Wirtschaftsplanung auseinanderzusetzen und Beiträge zur Planungsdebatte einzubringen.¹ Lasst uns Wirtschaftsplanung als Forderung und Zielbestimmung der sozialistischen Bewegungen neu entdecken und zum Thema einer breiteren Debatte machen. Wenden wir uns verstärkt Modellen und Ideen einer sozialistischen Wirtschaftsplanung zu. Trauen wir uns noch mehr, eine grundlegend andere, eine befreite Gesellschaft zu entwerfen, und legen wir dafür ein überzeugendes sozialistisches Wirtschaftsmodell vor, das Antworten auch auf die großen Fragen gibt.

LITERATUR

- Adamczak, Bini, 2020: Vom Widerstand zur Utopie, in: ak 644, www.akweb.de/bewegung/bini-adamczak-vom-widerstand-zur-utopie
- Cockshott, Paul/Cottrell, Allin, 1993: *Towards a New Socialism*, Nottingham
- Durand, Cédric/Hofferberth, Elena/Schmelzer, Matthias, 2023: Planning beyond growth: The case for economic democracy within ecological limits, *Political Economy Working Papers*, Université de Genève, Genf
- Groos, Jan, 2021: Distributed planned economies in the age of their technical feasibility, in: *Behemoth. A Journal on Civilisation* 2/2021, 75–87
- Grünberg, Max, 2023: The planning daemon: Future desire and communal production, in: *Historical Materialism* 31, 115–159
- Hahnel, Robin, 2021: *Democratic Economic Planning*, London/New York
- Jochum, Georg/Schaupp, Simon, 2019: Die Steuerungswende. Wirtschaftsplanung im digitalen Zeitalter, in: *LuXemburg* 3/2019, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/die-steuerungswende>
- Morozov, Evgeny, 2019: Digital socialism. The calculation debate in the age of big data, in: *New Left Review* 116/117, 33–67
- Phillips, Leigh/Rozworski, Michal, 2019: *The People's Republic of Walmart. How the World's Biggest Corporations are Laying the Foundations for Socialism*, London
- Vettese, Troy/Pendergrass, Drew, 2022: *Half-Earth Socialism: A Plan to Save the Future from Extinction, Climate Change, and Pandemics*, London/New York

1 Die vorliegende Ausgabe der Zeitschrift *LuXemburg* soll den Auftakt für eine Planungsdebatte 2024 bilden. Wir freuen uns, dass bereits in der *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaften* Beiträge zur Planungsdebatte angekündigt sind, und hoffen auf weitere kritisch-solidarische Beiträge.

DEMOKRATISCH PLANEN, ABER WIE?

CHRISTOPH SORG

Die neue Planungsdebatte will eine Ökonomie jenseits des Marktes vorstellbar machen – konkrete Modelle zeigen, wo die Knackpunkte liegen.

Die neu entfachte Debatte um Planung und Planwirtschaft zeigt konkrete Alternativen zum Kapitalismus auf. Es geht ihr aber weder um einen Masterplan noch um ein »Auspinseln« von Utopien, deren Vorgaben reale Bewegungen dann zu befolgen hätten. Stattdessen geht es darum, postkapitalistische Alternativen jenseits der Marktwirtschaft wieder denkbar zu machen und dem weit verbreiteten kapitalistischen Realismus konkrete Modelle gegenüberzustellen. Eine solche Debatte bietet zudem die Möglichkeit, kritisch von den autoritären Verwerfungen der sowjetischen Zentralplanung zu lernen.

WAS HEISST EIGENTLICH »DEMOKRATISCHE PLANUNG«?

Die Begriffe »demokratische Planung« oder »demokratische Planwirtschaft« werden in

der Debatte teils unterschiedlich verwendet. Viele meinen damit eine systematische Alternative zur Marktwirtschaft, während andere Planung als ein einzelnes Element des Postkapitalismus neben vielen anderen verstehen, etwa der Demokratie am Arbeitsplatz, der Abschaffung des Arbeitszwangs oder der Überwindung der Trennung zwischen Produktion und Reproduktion. Gemeinsam ist beiden Vorstellungen die systematische, radikal demokratische Überwindung von zwei kapitalistischen Grundprinzipien: der Atomisierung der Betriebe und der Trennung der Wirtschaft vom demokratischen Gemeinwesen. Das heißt, den Zustand zu überwinden, dass Unternehmen in Konkurrenz zueinander rein profitorientierte Entscheidungen treffen, obwohl sie allseits voneinander abhängig sind. In der Markt-



wirtschaft verheimlichen Unternehmen Informationen und Innovationen voneinander oder lassen sie patentieren, Produkte haben eine bewusst kurze Lebensdauer und Sektoren arbeiten nicht aufeinander abgestimmt. Anstatt bewusst miteinander zu planen, müssen Unternehmen getrennt voneinander produzieren. Sie müssen die Nachfrage und Dynamiken in Lieferketten schätzen, ohne zu wissen, was die Konkurrenz produziert und wie sie investiert.

Dieser chaotische Prozess und die ihm zugrunde liegenden privaten Produktions- und Investitionsentscheidungen einiger weniger Unternehmen bestimmen dabei auch (undemokratisch) über grundlegende gesellschaftliche Fragen: Was wollen wir wie produzieren? Welche Sektoren sollen wachsen, welche schrumpfen? Wollen wir in der Summe überhaupt Wachstum? Zudem ist der Prozess ineffizient: Wenn zu viel investiert wurde, kommt es zu Stillstand und Verschwendung – Gebäude und Maschinen wurden umsonst gebaut und Arbeiter*innen umsonst ausgebildet. Wenn zu wenig investiert wurde, können Bedürfnisse längere Zeit nicht befriedigt werden. Auch kommt es

CHRISTOPH SORG ist Sozialwissenschaftler an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er forscht zu Theorien des Kapitalismus und Postkapitalismus mit einem Fokus auf wirtschaftliche Planung.

zwangsläufig zu zyklischen Krisen, Monopolstellungen und großer Ungleichheit. Die Illusion, dass sich die Marktwirtschaft durch besondere Effizienz auszeichnet, lässt sich nur aufrechterhalten, wenn man zusätzlich die vielen externalisierten Kosten ausklammert: die unvergütete Sorgearbeit, globale Enteignungsprozesse, die Unterfinanzierung öffentlicher Güter und Infrastrukturen und die Zerstörung nicht-menschlicher Natur.

Die Alternative wäre, dass Unternehmen sich anders aufeinander beziehen, ihre Pläne aufeinander und auf gesellschaftliche Ziele ausrichten anstatt auf geschätzte Profitabilität und dass sie Informationen und Innovationen frei teilen sowie ihre Produktion generell an sozialen und ökologischen Bedürfnissen orientieren. Über zentrale Fragen von Produktion und Reproduktion wird dann demokratisch entschieden. Das bedeutet, dass es Mechanismen der kollekt-

tiven Entscheidungsfindung braucht, mit denen gesellschaftliche Bedürfnisse ermittelt und entsprechende Planungsentscheidungen getroffen werden.

Ob eine solche Art der nicht-marktförmigen Vermittlung möglich sei, wurde das gesamte 20. Jahrhundert über unter dem Label *socialist calculation debate* heiß diskutiert. Ausgangspunkt der jüngeren Debatte ist die wiederkehrende Beobachtung, dass auch im Kapitalismus bereits relativ viel geplant wird und diese Formen der Planung historisch qualitativ und quantitativ zugenommen

»Wie entscheiden wir in unserem begrenzten ökologischen Spielraum über gesellschaftliche Prioritäten und stellen dabei eine gleiche Verteilung sicher?«

haben. Als neuer Strang der Debatte stellt sich die Frage, ob digitale Technologien neue Formen der Planung ermöglichen. Supercomputer und lineare Programmierung könnten demzufolge eine Art digitale Zentralplanung ermöglichen. Verbreiteter ist aber der Ansatz, Modelle für eine Art kollektive Selbstverwaltung zu entwerfen, die von digitalen Netzwerktechnologien profitieren. Anfangs wurden dabei ökologische Fragen weitgehend ausgeklammert, wie auch in älteren Debatten um demokratische Wirtschaftsplanung. Vor dem Hintergrund der rapide eskalierenden Klimakrise hat sich der Schwerpunkt der Planungsdebatte aber hin zu ökologischen Themen verschoben: Wie entscheiden wir in unserem begrenzten ökologischen Spielraum über gesellschaftliche Prioritäten und stellen dabei eine gleiche Verteilung sicher? Wie schaffen wir

eine sichere Infrastruktur für erneuerbare Energien? Darauf suchen verschiedene neuere Ansätze Antworten, von einem geplanten Postwachstum über eine geplante Kreislaufwirtschaft bis hin zu dem in der Öffentlichkeit durch Andreas Malm, Ulrike Herrmann und Kohei Saito popularisierten Konzept einer ökologischen Kriegswirtschaft.

MODELLE: WIE KANN DEMOKRATISCHE PLANUNG KONKRET FUNKTIONIEREN?

Im Zuge des Niedergangs des Staatssozialismus wurden mehrere Planungsmodelle entworfen, als eine Art dritter Weg zwischen Marktwirtschaft und sowjetischer Zentralplanung. Es handelt sich um umfassende Entwürfe einer sozialistischen Gesellschaft, die ich im Folgenden vor allem im Hinblick auf ihr Verständnis von Koordination und Planung gegenüberstellen möchte.

1 // Participatory economics (Parecon): Die Parecon-Schule entstand 1991 durch Robin Hahnel und Michael Alberts. Die beiden schlagen vor, dass direktdemokratisch verwaltete und in sektoralen Föderationen organisierte Produktionsräte in einem Bottom-up-Planungsprozess das gesellschaftliche Angebot ermitteln (Albert/Hahnel 1991). Die jeweilige Nachfrage wird parallel dazu von Konsumräten bestimmt, die ebenfalls auf unterschiedlichen Ebenen, von den Haushalten bis hin zur Nationalökonomie, organisiert sind. Ein mit einem rein technischen Mandat ausgestattetes *facilitation board* vermittelt zwischen beiden Räten, indem es auf Basis der vorgeschlagenen Produktions- und Konsumpläne aktuelle Preise erhöht oder senkt. So erhalten die Räte Informationen über die

Bedürfnisse der jeweils anderen Seite und können ihre Pläne anpassen. Nach einigen wiederholten Durchläufen soll ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage entstehen und produziert werden können. Dieses Modell hat einen eher libertären Charakter und legt den Fokus auf die (Selbst-) Organisation »von unten nach oben« und Koordination durch Gleichgewichtspreise.

2 // Cyber-Sozialismus: Im starken Gegensatz zu diesem dezentralen Modell schlagen der Informatiker Paul Cockshott und der Ökonom Allin Cottrell (1993) eine Art computergestützte Zentralplanung vor, die gestiegene Rechenpower nutzt und Planung via linearer Programmierung »optimiert«. Die Vernetzung aller Arbeitsplätze ermöglicht in diesem Modell einem zentralen Planungsbüro, eine gesamtökonomische Input-Output-Tabelle zu erstellen und damit aktuelle Verfahren und Kapazitäten zu erfassen und zu bewerten. Es entwirft verschiedene Produktionspläne mit unterschiedlicher Gewichtung verschiedener Sektoren, über die dann abgestimmt wird. Die so genehmigten Pläne stellen rechtlich verbindliche zentrale Output-Vorgaben und Input-Zuweisungen für die Betriebe dar, die diese zu erfüllen haben. Das Modell hat also einen stark zentralistischen Charakter und es stellt sich die Frage, wie die Kooperation von Betrieben und die Motivation einzelner Arbeitskräfte demokratisch bewerkstelligt werden sollen.

3 // Ausgehandelte Koordination (*negotiated coordination*): Der sozialistische Ökonom Pat Devine (1988) hält Investitionen für

zentral, da sie über die Grundstruktur der Wirtschaft und die Produktion der Zukunft entscheiden. Sie beeinflussen das Wachstum, die regionale Verteilung und die Kapazitäten verschiedener wirtschaftlicher Sektoren. Im Gegensatz zum Cybersozialismus einigt sich die politische Gemeinschaft nicht auf einen detaillierten Zentralplan, sondern lediglich auf nationale Prioritäten, die Preise der wichtigsten Inputs (Arbeitskraft, Kapital und Naturressourcen) sowie die regionale und sektorale Verteilung von Investitionen. Letzteres soll eine Balance zwischen Konsum und Investition herstellen und bestimmen,

»Das Modell betont Autonomie und Dezentralität und legt den Fokus auf demokratische Verteilung der Investitionen.«

welche Sektoren grundlegend wachsen (zum Beispiel erneuerbare Energien, öffentlicher Verkehr) oder schrumpfen (zum Beispiel Individualverkehr) sollen. Über die Ausgabe von Investitionen entscheiden sogenannte *negotiated coordination bodies*, in denen Repräsentant*innen der von den Entscheidungen betroffenen Interessengruppen vertreten sein sollen: Arbeiter*innen, Konsument*innen, regionale Gemeinschaften, Unternehmen. Die Betriebe selbst sind relativ autonom, setzen selbst die Preise ihrer Produkte und konkurrieren um Absatzmärkte. Das Modell betont Autonomie und Dezentralität und legt den Fokus auf demokratische Verteilung der Investitionen. Das Ziel ist es, durch Marktaustausch Informationen für gesellschaftliche Planung zu generieren, ohne dass Letztere von den unpersönlichen Kräften des Marktes dominiert wird.

4 // Demokratisch-iterative Multi-Ebenen-Koordination (multi-level democratic iterative coordination): Beim marxistischen Ökonom David Laibman (1992; 2002) steht der kontinuierliche Feedback-Prozess zwischen dezentralen und zentralen Institutionen im Fokus. Die dezentrale Ebene hat Zugang zu lokal eingebettetem Wissen und die Zentrale den Überblick, wobei alle Ebenen demokratisch strukturiert sein sollen. Die Zentrale soll Informationen aggregieren und auf dieser Basis Preise zentral planen und nicht nur die Preise der grundlegenden Inputs wie im Modell von Pat Devine. Die »Dezentrale« soll durch die vom Zentrum geplanten Preise

»Die Stärken von zentralem Gesamtüberblick und lokalem Spezialwissen sollen fruchtbar verbunden werden.«

Informationen erhalten, die sie in die Lage versetzen, autonom zu planen und trotzdem gemäß dem gesellschaftlichen Gesamtinteresse zu handeln. So sollen die Stärken vom zentralen Gesamtüberblick und vom lokalen Spezialwissen fruchtbar verbunden werden.

Die vier oben vorgestellten Ansätze wurden bislang eher in kleinen Fachzeitschriften diskutiert. Der marktsozialistische Ansatz, der Demokratie und Gemeineigentum am Arbeitsplatz mit dem Wettbewerb zwischen Arbeitsplätzen verbindet, war in den letzten Jahrzehnten sicherlich der dominante kapitalismuskritische Ansatz. Mit dem Aufkommen der neuen Planungsdebatte werden die älteren Planungsansätze aber wieder beliebter. Zudem kamen zwei neue umfassende Ansätze dazu und der (eigentlich sehr viel

ältere) Ansatz der Arbeitszeitrechnung erlebt gerade ein Revival:

5 // Digitaler Sozialismus: Im Modell des Ökonomen Daniel Saros (2014) sollen Konsument*innen digitale Wunschlisten erstellen (in einer Art sozialistischem Amazon), auf deren Basis Betriebe Produktionspunkte erhalten, mit denen sie Ressourcen, Arbeitskräfte und Produktionsmittel »kaufen« können. Die von den Verbraucher*innen gewünschten Konsumprodukte müssen nicht zwangsläufig auch von ihnen gekauft werden, werden aber auf diese Weise billiger angeboten, was zu einer guten Planung der Konsumtion anregen soll. Arbeiter*innen erhalten für ihre Arbeit kein Geld, sondern Creditpoints, mit denen sie Konsumgüter und Dienstleistungen erwerben können. Der Ansatz war zunächst sehr populär, wohl auch weil er die Möglichkeit der dezentralen Vermittlung durch neue Technologien illustrierte. Inzwischen wird die Praktikabilität von digitalen Wunschlisten häufig angezweifelt, und Saros selbst hat sich inzwischen von seinem Ansatz distanziert und ist mittlerweile dem rechts-libertären Lager zuzurechnen.

6 // Common-ismus: Der Informatiker Stefan Meretz und der Soziologie Simon Sutterlütti (2018) entwickeln eine Utopie, in der das oft mit der lokalen Ebene und zwischenmenschlichem Kontakt verbundene Prinzip der Commons gesellschaftlich verallgemeinert werden soll. Es soll weder einen gesellschaftlichen Plan noch eine Zentralinstanz geben, sondern eine kollektive Selbstorganisation der Betriebe. Zur Vermittlung von Konflikten dienen

verschiedene Gremien, doch die Lösungen wählen die weitgehend autonomen Betriebe selbst. Eine zentrale Recheneinheit (wie etwa die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit) existiert nicht. Stattdessen entscheiden Betriebe anhand einer Vielzahl von Informationen wie der benötigten Arbeit(szeit), den notwendigen Produkten, ökologischen Faktoren Dezentrale Planung von unten soll horizontale Selbstorganisation stärken.

7 // Arbeitszeitrechnung (AZR): Der Ansatz, die durchschnittliche Arbeitszeit als grundlegende Recheneinheit der Planung zu verwenden, prägt die Debatte von Anfang an.

In Anlehnung an Ideen des holländischen Rätekommunismus versuchen Autor*innen rund um die Initiative Demokratische Arbeitszeitrechnung seit einigen Jahren, ihn neu zu beleben. Die Arbeitszeit als Rechnungseinheit soll es einer rätedemokratischen Gesellschaft ermöglichen, die Kosten verschiedener Produkte abzuschätzen. Räte sollen sich in verschiedenen Sektoren zusammenschließen, miteinander konkurrieren und selbstständig Produktionspläne erstellen. Diese müssen von einer selbstverwalteten öffentlichen Buchhaltung bewilligt werden, die dem Betrieb dann ein entsprechendes Kontingent an Arbeitszeit überweist.

KEINEN PLAN VON PLANUNG?

EIN NEUES WEBPROJEKT SCHAFFT ABHILFE

Um die Diskussion über Planwirtschaft voranzutreiben, ist das Webprojekt »Demokratische Planung« von einem Netzwerk kritischer Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen ins Leben gerufen worden. Die Website führt in Kontroversen, Fachliteratur und thematische Ansätze ein. Hier findet sich ein Überblick über die verschiedenen Modelle sowie weiterführende Literatur. Auch häufig gestellte Fragen wie »Wer macht dann die unbeliebte Arbeit?«, »Ist Planwirtschaft nicht unfrei?« oder »Ist Wirtschaft nicht zu komplex, um geplant zu werden?« werden in einem FAQ beantwortet. Sie sind dabei keine einfachen Erwidernungen, sondern dienen als Einstieg in die Debatte, indem sie wichtige Positionen und prägende Bücher und Paper einführen. Auch Hinweise auf neue Publikationen und kommende Events rund um das Thema sind hier zu finden. Geplant ist zudem eine kommentierte Literatur- und Materialliste und ein Artikel zu verschiedenen Kritiken der autoritären, realsozialistischen Planwirtschaft.

Weitere Infos unter: www.demokratische-planung.de

STREITPUNKTE UND LEERSTELLEN DER DEBATTE

Die Unterschiede zwischen den Modellen verweisen auf wichtige Diskussionspunkte, insbesondere mit Blick auf die historischen Erfahrungen der keynesianischen Planung, des jugoslawischen Marktsozialismus und der staatssozialistischen Zentralplanung. Es zeigen sich Differenzen zwischen eher dezentralen Ansätzen (Parecon, Saros, Commons und AZR), einem zentralistischen Ansatz (Cockshott/Cottrell) und zwei Mittelwegen (Devine und Laibman). Wenn zentrale Institutionen zu viele Entscheidungen treffen, geht dabei nicht nur lokalspezifisches Wissen verloren, sondern auch Möglichkeiten der Partizipation

»Deliberative Aushandlung ist für demokratische Planung zentral, denn es geht um eine politische Verständigung über die grundlegenden Fragen des Lebens.«

und Selbstbestimmung. Gleichzeitig braucht es vermittelnde Instanzen, sonst ist dezentrale Entscheidungsfindung blind für Makroprozesse und es entstehen Hierarchien zwischen den Einheiten.

Bei der Frage nach der konkreten Vermittlungsform zwischen den Ebenen und Akteuren zeigt sich eine Spannung zwischen denjenigen Ansätzen, die interpersonelle Aushandlung betonen (etwa Devine und Commons), und denen, die stark auf quantitative (»parametrische«) Vermittlung setzen (Parecon, Cockshott/Cottrell, Saros und AZR). Deliberative Aushandlung ist für demokratische Planung zentral, denn es geht um eine politische Verständigung über die grundlegenden Fragen des Lebens und

elementare Interessen, an der alle beteiligt werden müssen. Da das Zeit kostet und Komplexität reduziert werden muss, sind Verfahren und Techniken notwendig, mit denen sich Menschen ohne direkten Kontakt aufeinander beziehen können. Dazu gehören das Preissystem des Markts (Devine), aber auch andere, weniger bekannte Methoden wie Algorithmen (Cockshott/Cottrell und Saros), stigmergische Signale (Commons) und »parametrische Formeln« (Laibman).¹ Mit ihrer Hilfe kann sich die interpersonelle Aushandlung zwischen Personen innerhalb von demokratischen Gremien auf zentrale politische Fragen konzentrieren.

Auch die Basis, auf der lokale und zentrale Einheiten Entscheidungen treffen, ist in den Modellen sehr unterschiedlich. Eine grundlegende Differenz besteht zwischen Ansätzen, die zum Zweck der Kommensurabilität (Vergleichbarkeit) verschiedener Werte eine zentrale Recheneinheit vorschlagen, wie etwa die Arbeitszeitrechnung (AZR) oder Preissteuerung (Parecon und Saros). Andere Ansätze (Commons) folgen (implizit oder explizit) Otto Neuraths (1919) berühmter Kritik an der Pseudorationalität einer einzelnen Recheneinheit, die niemals in der Lage sei, die Wirklichkeit abzubilden. Sie schlagen eine Berechnung »in natura« vor, die direkt mit den physischen Größen verschiedener Güter arbeitet. Wieder andere verbinden Arbeitszeit (Cockshott/Cottrell) oder Preise (Devine und Laibman) mit einer solchen »In-natura«-Kalkulation.

Eng mit der Frage der Recheneinheiten ist das Thema der Bedürfniserfassung verbunden. Lassen sich Bedürfnisse dezentral erfassen und einfach aggregieren (Saros)? Braucht es Deliberation in Konsumräten

(Parecon)? Oder können Konsummärkte in das Planungssystem integriert werden, zum Beispiel in Kombination mit algorithmischer Vorhersage (Cockshott/Cottrell) oder mit der Deliberation verschiedener Interessengruppen (Devine)? Hier schließt unmittelbar die Frage an, wer seine Bedürfnisse wie befriedigen darf: Wird der Tausch von Arbeit gegen Lohn komplett abgeschafft (Commons-Modell) oder gibt es einen Arbeitszwang (alle anderen Modelle)? Gibt es einen Mittelweg, der alle Grundbedürfnisse unabhängig von der Arbeitsleistung deckt, etwa durch eine Mischung aus kostenlosen öffentlichen Leistungen und Grundeinkommen, und der die Übernahme unbeliebter Arbeiten mit dem Recht auf mehr Konsum belohnt? Widerspricht das Prinzip völliger Freiwilligkeit dem Bedarf an Verbindlichkeit?

Eine große Leerstelle der Debatte ist weiterhin die Frage der sozialen Reproduktion. Feministische Stimmen in der Planungsdiskussion haben etwa die Frage aufgeworfen, wie eine materiell gleichwertige Anerkennung von bezahlter wie unbezahlter Sorgearbeit sichergestellt werden kann. Dabei geht es auch darum, wie die Trennung zwischen »privater« und »öffentlicher Sphäre«, Produktions- und Reproduktionssphäre durch Vergesellschaftung überwunden werden kann, und damit um die Überwindung der (geschlechts- und klassenspezifischen) Arbeitsteilung zwischen sorgender, denkender, administrativer, kreativer und repetitiver Arbeit. In diesem Sinne wäre es auch Gegenstand demokratischer Planung, auszuhandeln, welche Arbeiten in Haushalten, Gemeinschaft oder Gesellschaft verrichtet werden oder wie Sorge- und Hausarbeit durch Vergesellschaftung und Tech-

nologie angenehmer gestaltet, reduziert oder besser verteilt werden könnte. Auch hier ist zentral, dass sich alle in diese Aushandlungen einbringen können. Neben einzelnen wertvol-

»Eine große Leerstelle der Debatte ist weiterhin die Frage der sozialen Reproduktion.«

len Interventionen in die Debatte (siehe z. B. Lutosch in diesem Heft) steht eine systematische Integration von feministischen Utopien noch aus. Darum ist offen, ob die bestehenden Ansätze feministisch erweitert werden können oder ob demokratische Planung von Grund auf anders gedacht werden muss.

LITERATUR

- Albert, Michael/Hahnel, Robin, 1991: *The Political Economy of Participatory Economics*, Princeton
- Cockshott, Paul W./Cottrell, Allin, 1993: *Towards a new socialism*, London
- Devine, Pat, 1988: *Democracy and Economic Planning: The Political Economy of a Self-Governing Society*, London
- Laibman, David, 1992: *Market and Plan: The Evolution of Socialist Social Structures in History and Theory*, in: *Science & Society* 1/1992, 60–91
- ders., 2002: *Democratic Coordination: Towards a Working Socialism for the New Century*, in: *Science & Society* 1/2002, 116–136
- Neurath, Otto, 1919: *Durch die Kriegswirtschaft zur Naturalwirtschaft*, Leipzig
- Saros, Daniel E., 2014: *Information Technology and Socialist Construction: The End of Capital and the Transition to Socialism*, Routledge
- Sutterlütti, Simon/Meretz, Stefan, 2018: *Kapitalismus aufheben*, Hamburg

1 Stigmergische Signale sind Spuren, die hinterlassen werden, um anschließende Tätigkeiten nahezulegen. Als Beispiel wird häufig der rote Wikipedia-Link gegeben, der anderen Autor*innen sagt, dass ein bestimmter Artikel erst noch geschrieben werden muss. Parametrische Formeln meinen die Koordination durch zentral geplante Preise und Anreizsysteme.

GESPRÄCH MIT HEIDE LUTOSCH

» Wenn wir über die Planung einer befreiten Gesellschaft nachdenken, müssen wir die Sorge an den Anfang stellen.«

KEIN KINDERSPIEL WENN DIE PLANUNGSDEBATTE VERGISST

Beim Ausmalen linker Utopien besteht breiter Konsens, dass sich die Dinge radikal ändern müssen. Für die Organisation von Familie und Sorgearbeit ist das nicht so klar. Warum müssen auch sie sich radikal ändern?

Ich bekomme in meinem Freundeskreis gerade mit, wie schwierig es wird, wenn die Eltern zu alt werden, um allein für sich zu sorgen. Es ist extrem schwer, ein Pflegeheim zu finden, das man ohne Bauchschmerzen empfehlen kann. Zwei Zimmer nebeneinander? Unmöglich. Das Ganze kostet ein Wahnsinnsgeld, das viele nicht aufbringen können. Kein Wunder, dass nur 16 Prozent der alten Menschen stationär gepflegt werden und in 84 Prozent der Familien jemand den Großteil des eigenen Lebens aufgibt, um eine*n Verwandte*n zu Hause zu pflegen. Meistens sind es Frauen, von denen viele gerade erst das Kindergroßziehen hinter sich haben. Das ist das Furchtbare daran, wie Care in kapitalistischen Gesellschaften organisiert ist: Dass die Sorge für andere immer Selbstaufopferung bedeutet und jede*r sich allein abstrampelt. Darum ist für mich klar: Nicht nur die Produktion muss

vergesellschaftet werden, sondern auch die Art, wie Menschen für Menschen sorgen.

Wie diese Veränderungen aussehen könnten, versuchst du entlang der Bedürfnisse der Kinder zu erkunden. Was ergibt sich daraus?

Es geht bei sehr kleinen Kindern erst mal ums Satt- und Sauberwerden und ums Schlafen, um den Kontakt. Halten, Streicheln, Sprechen, Wickeln – das braucht jedes Baby. Aber in welcher Reihenfolge und Lautstärke, mit welcher Art von Körperkontakt? Das ist total individuell, etwas Körperliches zwischen zwei Menschen, das in keine Gebrauchsanweisung passt. Kleinkinder lassen sich nicht einfach so abgeben. Sie brauchen ihre nahen Personen, um sich wohlfühlen und halbwegs zu funktionieren. Um diese materielle Voraussetzung kommt man nicht herum, will man die Bedürfnisse der Kinder nicht vernachlässigen. Doch das wird oft völlig übersehen. Das ist ein Grund, warum die Kinderbetreuung auch bei linken Veranstaltungen meiner Erfahrung nach so gut wie nie funktioniert. Wenn wir nicht hingucken, was Kinder brauchen, hat das unmittelbare Auswirkungen vor allem auf die Mütter, die dann doch mit dem Baby auf dem Arm halb in der Tür stehen, um niemanden zu stören, und nur die Hälfte der Sache mitkriegen.

Warum werden diese materiellen Voraussetzungen in der Regel nicht ernst genommen?

Der erste Grund: Es ist einfach zu banal. In diese Niederungen möchte man sich nicht begeben, wenn man über die befreite Gesellschaft redet. Zweitens: Es ist kompliziert. Es gibt keine einfache Lösung für die Kinderbetreuung im Hier und Jetzt, und schon gar nicht für die Frage, wie das Aufwachsen

von Kindern in einer befreiten Gesellschaft organisiert sein müsste. Wir müssen eine Form finden, in der die von mir beschriebene »Unkollektivierbarkeit der Kinder« trotzdem kollektiviert werden kann. Eine Kinderbetreuung, die nicht privat ist und trotzdem Geborgenheit ermöglicht. Der dritte Punkt ist eine vollkommen unkritische Haltung zur Familie, die auch in der Linken immer noch vorherrscht. Klar, die bürgerliche Kleinfamilie gilt als spießig und autoritär. Gleichzeitig wird aber an der Überzeugung festgehalten, dass das räumliche Zusammenleben zweier emotional eng verbundener Erwachsener die beste Lebensweise sei, um Kindern Sicherheit, Ruhe und individuelle Begleitung zu geben.

Du hältst die Familie für strukturell ungeeignet, diese Aufgaben zu erfüllen. Warum?

Die Familie verspricht Fürsorge, Geborgenheit und Zugehörigkeit. Das ist für Menschen so unentbehrlich, dass sie fast zwangsläufig die Augen davor verschließen, dass diese Institution ihren Mitgliedern diese Dinge nur spärlich und selektiv zukommen lässt und auf lange Sicht systematisch verweigert. Ich will nicht bestreiten, dass viele Eltern empathisch genug sind, um die filigranen Bedürfnisse ihrer Kinder zu erkennen und zu befriedigen. Sie tun das aber meist in einer Konstellation, in der die eine fast rund um die Uhr für das

HEIDE LUTOSCH lebt als Autorin und Übersetzerin in Leipzig. Ihr Buch »Kinderhaben« erschien 2023 bei Matthes & Seitz. Das Gespräch ist eine stark gekürzte und redaktionell bearbeitete Fassung des Interviews mit Jan Groos für den Podcast Future Histories (Folge S03E11 vom 28. April 2024).

Baby zuständig ist und der andere mindestens neun Stunden außer Haus arbeitet, bevor dann nach ein paar Monaten beide zusammen 60 Stunden die Woche Lohnarbeiten müssen, um über die Runden zu kommen. Das führt zu Stress und emotionalem Mangel. Im Treibhaus der auch räumlich isolierten Familienbeziehungen wird die Liebe häufig besitzergreifend und die Fürsorge grenzüberschreitend. Schuldgefühle verschärfen Stress und Wut bei allen Beteiligten. Der Mangel an Zeit, Schlaf, Geld und Platz kann zur seelischen Wunde werden, die wieder aufbricht, wenn die Kinder selbst Eltern werden und als Zweiergespann in einer kleinen, nach außen abgeschotteten Wohnung von Neuem den Spagat zwischen Lohnarbeit und Kinderversorgung versuchen.

Was du beschreibst, sind ja strukturelle Zwänge, die mit dem Leben im Kapitalismus zusammenhängen. Daraus folgt noch nicht zwingend, dass Familie in einer befreiten Gesellschaft komplett überflüssig wäre. Wäre es nicht auch möglich, dass die Menschen sich zwischen kollektivierten Varianten und Familienvarianten entscheiden? Oder ist die Privatisierung des Kindergroßziehens grundsätzlich ein Problem?

Ja. Das Problem ist, dass es eine kulturell gewachsene Form ist, in die sich die kapitalistische Erfahrung des Mangels eingeschrieben hat. Die Form Vater-Mutter-Kind ist nicht neutral. Ich glaube nicht, dass sie in eine neue Gesellschaft hinübergerettet werden kann, um dort ihre Stärken zu entfalten.

Ich muss an die Kategorie Arbeit denken, an der viele sozialistische Modelle als Form

der Subjektivierung festhalten. Bestimmte Zwangsstrukturen sind so stark mit dieser Idee verwoben, dass man sie eigentlich überwinden sollte. Die Frage ist, was an ihre Stelle rückt. Also wenn nicht die Kleinfamilie, was dann? Was wäre eine andere Form, die Sicherheit und Geborgenheit ermöglicht?

Es reicht nicht, das Ganze nur als Problem der Arbeitsverteilung zu verstehen. Bei der Sorge für Kinder gibt es keine Liste mit festen Aufgaben, die nur anders geplant, automatisiert, digitalisiert und anders unter den Geschlechtern aufgeteilt werden müssten. Es geht vielmehr darum, das Verhältnis von Kindern und Erwachsenen unter der Maßgabe von Herrschaftsfreiheit und Bedürfnisorientierung neu zu erfinden. Wie genau, ist schwer zu sagen. Eine Idee wäre vielleicht eine soziale Form, die ich »Vierer-Elternschaft« nenne. Aus meiner eigenen Erfahrung des Mangels und der Anstrengung in der Versorgung eines kleinen Babys habe ich den Eindruck gewonnen, dass Kinder mehr als zwei Eltern brauchen.

Wie sieht das konkret aus?

Gehen wir mal versuchsweise von vier Personen aus: Die vier Erwachsenen sollten einander freundschaftlich zugetan sein und sich im Idealfall lange kennen. Der Fokus müsste auf Stabilität und Unkompliziertheit liegen, weshalb romantische Beziehungen eher die Ausnahme als die Regel wären. Elternschaft wäre auch nicht mehr an die eigene Gebär- und Zeugungsfähigkeit geknüpft. Alle könnten in einer Zeitspanne, sagen wir mal willkürlich von 17 bis 67 Jahren, eine Elternrolle übernehmen. Weil die Verantwortung auf mehr Schultern verteilt wäre, gäbe

es echte Vereinbarkeit: Man müsste nicht mit allem fertig sein, bevor man Kinder hat. Man könnte seinen beruflichen Weg suchen, sein Liebesleben bunt halten, reisen. Wenn der notorische Mangel an Zeit, Kraft, Geld, Nerven, Liebe und Ruhe aus dem Kinder-großziehen verschwunden wäre, würden sich kindliche und erwachsene Bedürfnisse seltener gegenseitig ausschließen. All das wäre aus meiner Sicht nur in einer bedürfnis-orientierten Gesellschaft möglich, nicht unter den Bedingungen von Lohnarbeit und Kapitalismus.

Du bringst die Frage der Sorgearbeit mit der der Arbeitszeitrechnung zusammen, die in der Planungsdebatte viel diskutiert wird. Warum?

Wenn man sagt, dass Sorgearbeit Arbeit ist, die zählt, dann ist das hoffentlich nicht nur im Sinne einer ideellen »Anerkennung« gemeint, sondern ganz materiell: Das sind Ressourcen, die gesamtgesellschaftlich aufgebracht und eingeplant werden müssen. Und dazu muss man fragen, um wie viel Arbeit es hier geht.

Wie sieht eine solche Berechnung aus?

In seinem ersten Lebensjahr braucht ein Kind 24 Stunden und sieben Tage die Woche eine nahe Bezugsperson in unmittelbarer Nähe. Sehr häufig, etwa zwölf Stunden am Tag, ist das Baby auf direkten Körperkontakt angewiesen. In dieser Zeit kann eine sorgende Person eigentlich nichts anderes machen. In weiteren vier Stunden schläft das Baby, wenn auch mit Unterbrechungen, so fest, dass nebenbei etwas Hausarbeit oder andere leichte und störungstolerante Arbeit möglich ist. Das Baby schläft weitere acht Stunden, in denen die Bezugsperson ausruhen oder schlafen

kann, aber in Bereitschaft sein muss. Diese Stunden zähle ich als halbe Stunden. So bin ich darauf gekommen, dass die Sorge für ein Neugeborenes 20 Arbeitsstunden am Tag erfordert. Vier Elternteile könnten sich also im ersten Lebensjahr ihres Kindes pro Tag je fünf Arbeitsstunden aufschreiben. Das sind in der Woche 35 Stunden. Dann kann man weiter ausrechnen, wie viel Zeit für außerhäusliche berufliche Arbeit und andere Dinge bleibt.

Wie müsste sich die Debatte um demokratische Planung verändern, wenn man sie aus dieser Perspektive denkt?

Vor allen Dingen würde sich die Gesamtarbeitszeit, die man in einer solchen Gesellschaft als notwendig erachtet, verlängern. Die Hoffnung, dass alle viel weniger arbeiten müssen, wäre dahin, wenn man die Sorgearbeit mitzählt. Die reale Arbeitszeit von Männern würde sich im Vergleich zu heute wahrscheinlich sogar verlängern. Es geht aber nicht nur darum, die Arbeit besser zu verteilen und anzuerkennen. Es geht um die Einsicht, dass wir Sorge wirklich neu erfinden müssen. Man kann das Problem nicht einfach vom kapitalistischen Dreck befreien und den Rest behalten. In der Debatte herrscht zudem die Vorstellung, dass man Bedürfnisse einfach abfragen und ermitteln kann. Es geht aber um mehr: um die Prioritäten der Gesellschaft als ganzer. Wie der Prozess des kollektiven Nachdenkens darüber aussehen könnte, muss Teil der Planungsdebatte sein. Wenn wir über die Planung einer befreiten Gesellschaft nachdenken, müssen wir die Sorge an den Anfang stellen.

Das Gespräch führte Jan Groos.

**COMEBACK
DER PLANUNG?**
STAATSINTERVENTIONEN
FÜR DAS KAPITAL

SAMUEL DECKER



Der Neoliberalismus, wie wir ihn kannten, ist passé.
Doch es folgt kein sozial-ökologischer Aufbruch,
sondern militärische Aufrüstung und aggressive Standortpolitik.

Wenig symbolisiert das hinter uns liegende Zeitalter der unangefochtenen Globalisierung und des hegemonialen Neoliberalismus treffender als das von Francis Fukuyama ausgerufene »Ende der Geschichte«. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR prognostizierte der US-amerikanische Politikwissenschaftler bekanntermaßen den globalen und letztgültigen Siegeszug des westlichen Liberalismus und der freien Marktwirtschaft (Fukuyama 1989). Geschichte hörte 1989 natürlich nicht auf. Dennoch lässt sich eine im Rückblick beachtlich lang andauernde Phase der Hegemonie des neoliberalen Globalisierungsversprechens innerhalb der (alten) kapitalistischen Zentren konstatieren, die mit Ausbruch der globalen Finanzkrise 2008 endete.

Zukünftige Historiker*innen werden die Zeit seit 2008, wie Ingar Solty (2023) es ausdrückte, als »einzig, schwelende Krise« begreifen. Es handelt sich Antonio Gramsci folgend um eine *organische Krise* – um eine Übergangszeit, in der die etablierten politischen Kräfte die Krise mit ihren gewohnten Mitteln nicht in den Griff bekommen, alternative politische Kräfte jedoch noch zu schwach sind, um sich durchzusetzen. Diese Zeit

SAMUEL DECKER arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter für das Netzwerk Plurale Ökonomik und ist in verschiedenen sozialen Bewegungen aktiv.

ist – oder vielmehr: sie war – keine »offene« historische Situation, auch wenn Ereignisse wie der Wahlsieg der griechischen Syriza im Januar 2015 oder Donald Trumps Wahlerfolg im November 2016 vielen Zeitgenoss*innen als historische Brüche erschienen. Im Gegenteil: Weil die Institutionen der neoliberalen Epoche noch fortwirkten, waren tiefgreifenden politischen Veränderungen Grenzen gesetzt.

Begreifen wir die Krise seit 2008 als vierte große Krise des Kapitalismus, die auf die großen Krisen nach 1873, 1929 und 1973 folgt und wie diese einen jahrzehntelangen Prozess der Transformation in Gang setzt, lässt sich die Zeit von 2008 bis 2020 als erste Phase dieser Krise deuten: als Zeit des *Interregnums*, in der sich gesellschaftliche Umbrüche zwar andeuten, jedoch noch nicht durchsetzen (Decker/Sablowski 2017). Mit der Corona-Pandemie, dem Ukraine-Krieg und den zunehmenden Konflikten mit China kündigt sich eine neue Phase der Krise an: die Zeit der *beschleunigten*

Transformation. Diese zweite Phase zeichnet sich durch die wechselseitige Durchdringung und Verstärkung der verschiedenen Krisendimensionen sowie durch eine allgemeine Beschleunigung der Krise aus. Sie ist gekennzeichnet durch die zunehmende Materialisierung der Klimakatastrophe auch im Globalen Norden und die unumkehrbare Überschreitung planetarer Kippunkte. Auch vor dem Hintergrund von zur Neige gehender fossiler Energie und Rohstoffe zeichnen sich verstärkte geopolitische Konflikte und Blockbildungsprozesse ab, die wiederum die ökonomische Krise der Globalisierung und die politische Krise der liberalen Demokratie vorantreiben.

PARADIGMENWECHSEL UND ZEITENWENDE

Die Phase der beschleunigten Transformation schlägt sich in einem wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel nieder, der jedoch im Rahmen des kapitalistischen Systems verbleibt. Während der Corona-Pandemie wurden umfassende Soforthilfen und Konjunkturpakete auf den Weg gebracht, Deutschland akzeptierte sogar eine einmalige gemeinsame Verschuldung als Grundlage für den EU-Wiederaufbaufonds. Spätestens mit den beiden im August 2022 verabschiedeten US-Gesetzen »Inflation Reduction Act« und »Chips and Science Act« trat eine neue Industriepolitik in Erscheinung. Sie zielt darauf, Batterietechnik, Wasserstoff- und Halbleiterstrukturen innerhalb der USA durch massive Investitionsanreize zu fördern und zugleich die Chipproduktion in China zu schwächen. Die EU zog im Frühjahr 2023 mit ihrem »Industrial Plan« und einem eigenen »Chips Act« nach. Der wirtschaftspolitische Thinktank Forum for a New Economy sprach daher im Januar 2023 in einer Studie von einem »sozio-

ökonomischen Paradigmenwechsel« (Fricke u. a. 2023). Diese Bezeichnung ist fragwürdig, schließlich geht es nicht um weitreichende soziale Umverteilung zur Finanzierung einer sozial-ökologischen Transformation, sondern um eine neue Subventionspolitik für Industriezweige, die eine hervorgehobene Rolle in der geopolitischen und ökonomischen Konkurrenz spielen. Eine Politik der »inneren Abwertung«, die Subventionen für Unternehmen mit Sparpolitik für die Mehrheit kombiniert, ist damit kompatibel und zeichnet sich bereits ab.

Die Frage, ob der Neoliberalismus nun am Ende ist oder von seinen »neun Leben«, die ihm nach Ausbruch der Finanzkrise bescheinigt wurden (Peck 2010, 277), weiterlebt, ist in gewisser Weise überholt. Staatliche Wirtschaftspolitik als konkrete Form der Absicherung und gesellschaftlichen Vermittlung der Kapitalakkumulation ist fortdauerndem Anpassungsdruck ausgesetzt. So werden bestimmte Elemente des Neoliberalismus über Bord geworfen, andere können unter geänderten Vorzeichen fortbestehen – ganz nach dem Motto »Neue Segel, alter Kurs« (Bieling/Guntrum 2019). Der von der deutschen Bundesregierung in Stellung gebrachte Begriff der »Zeitenwende« versinnbildlicht das: Der von links lang ersehnte politische Stimmungswandel nach Jahrzehnten des Neoliberalismus ist kein sozial-ökologisches Projekt, sondern läutet eine neue Phase der militärischen Aufrüstung und postneoliberalen Standortpolitik ein. Ähnlich wie bei der rot-grün geführten Regierung ab 1998, die die Vermögensteuer aussetzte und die Agenda 2010 einführte, entspricht auch die heutige Politik im Wesentlichen den Interessen der dominanten Kapitalfraktionen. Ging es damals darum, Investitions- und Han-

delshemmnisse aus dem Weg zu räumen, geht es heute um Subventionspolitik für spezifische Sektoren. Dass hierbei massive Konflikte mit den Institutionen des Neoliberalismus – allen voran der Schuldenbremse – zutage treten, unterstreicht den dynamischen Charakter der neuen Entwicklungsphase der Krise.

KAPITALISTISCHE UND POSTKAPITALISTISCHE PLANUNG

Der Begriff der ökonomischen Planung, der aus linken Debatten weitgehend verschwunden ist, hilft dabei, die tiefere Bedeutung der neuen Krisenphase und ihrer Implikationen für linke Politik zu verstehen. Die »staatsinterventionistische Wende« (Abels/Bieling 2022, 208), die die beschleunigte Transformation des Kapitalismus zugleich vorantreibt und auf sie reagiert, lässt sich als Weiterentwicklung kapitalistischer Planung verstehen. Diese setzt private Investitionsentscheidungen und die grundlegende Funktionsweise von Märkten nicht außer Kraft, sondern baut auf diesen auf. Wenn ein Staat Geld in die Hand nimmt, um etwa die Errichtung von Halbleiterfabriken zu fördern, werden bestehende Kapitale für spezifische Investitionsvorhaben unterstützt, die mit ihren veränderten Produktionsstrukturen wiederum auf bestehenden Märkten agieren. Auch bei extremen Formen kapitalistischer Planung – wie etwa der britischen Kriegsökonomie, auf die sich Ulrike Herrmann in ihrem Buch »Das Ende des Kapitalismus« (2023) bezieht – werden private Investitionsentscheidungen nicht außer Kraft gesetzt. Die Wirtschaft wird jedoch durch politische Planungsmechanismen, eingebettet in wirkmächtige gesellschaftliche Narrative, stark gelenkt.

Die staatliche Beeinflussung oder gar Lenkung der Ökonomie ist ein widersprüchliches Unterfangen. Unter der Dominanz der kapitalistischen Produktionsweise ergibt sich das ökonomische Geschehen als Summe unzähliger isolierter Investitionsentscheidungen in einem System getrennter Privatproduktion bei gleichzeitiger allseitiger Abhängigkeit. Gesellschaftliche Vermittlung findet erst im Nachhinein auf Märkten statt, auf denen sich zeigt, ob Güter gekauft und Kredite zurückgezahlt werden können. Ein System getrennter Privatproduktion kann nicht ohne Weiteres auf die Erreichung gesamtgesellschaftlicher Ziele »umschalten«, sondern bleibt der privaten Verfügung über Investitionsmittel und nichtintendierten Marktkräften unterworfen.

Ein weiterer Widerspruch der kapitalistischen Planung liegt darin begründet, dass effiziente staatliche Planung eine »relative Autonomie« der Staatsapparate von den Interessen der privaten Planung der Unternehmen voraussetzt. Der für die private kapitalistische Planung so wichtige stabile Rahmen, den der Staat durch die Vermittlung verschiedener Kapitalinteressen und Kompromisse mit den Lohnabhängigen bereitstellt, wäre durch eine unmittelbar mit Kapitalinteressen verbundene und damit notwendigerweise volatile und konfliktbeladene politische Struktur nicht denkbar. Ein Staat, der von unmittelbaren Interessen der Unternehmen unabhängig ist, wäre möglicherweise jedoch auch stark genug, um zumindest zeitweise eine Politik gegen Kapitalinteressen oder dominante Kapitalfraktionen durchzusetzen (Sorg i. E.).

In der Zunahme der kapitalistischen Planung in der Phase der beschleunigten Transformation nur eine autoritäre Gefahr zu

sehen (die zweifelsfrei besteht) und dabei die Widersprüche und Risiken auszublenden, in die sich die herrschende Politik hierbei begibt, greift zu kurz. Mit der Ausweitung öffentlicher Planung im Kapitalismus intensivieren sich seine inneren Widersprüche. So stellt sich die Frage, weshalb Unternehmen noch im privaten Besitz bleiben sollen, wenn ihre Investitionsmittel zunehmend öffentlich bereitgestellt und politisch zweckbestimmt werden. Je stärker der Anspruch auf politische Steuerbarkeit der Ökonomie (etwa zur Förderung von Rüstungsproduktion und »grünen Technologien«) erhoben wird, desto stärker rückt die Frage um das gesellschaftliche Ziel der Ökonomie in den Blick. Und je mehr Anspruch und Wirklichkeit kapitalistischer Planung angesichts der strukturellen Grenzen der Steuerbarkeit im Kapitalismus auseinanderklaffen, desto eher werden postkapitalistische Formen ökonomischer Planung diskutierbar. Der keynesianische Interventionsstaat der Nachkriegszeit war ein Ergebnis der gesellschaftlichen Erfahrung der Steuerbarkeit der Ökonomie in Kriegszeiten. Diese weit verbreitete Politisierung, teils auch Infragestellung des Kapitalismus wieder zurückzudrehen, hat das Kapital viele Jahrzehnte in Anspruch genommen.

DEMOKRATISCHE PLANUNG ALS PROJEKT EINER NEUEN LINKEN

In der zunehmenden Krisenhaftigkeit der Verhältnisse zuallererst eine Chance für progressive Kräfte zu sehen, wäre jedoch verkehrt. Wie Bruno Latour und Nikolaj Schultz es in ihrem Buch »Zur Entstehung einer ökologischen Klasse« (2022, 35) ausdrücken: »Nichts wird uns retten, und ganz bestimmt nicht die Gefahr.« Ein progressives Projekt, das

Formen von sozial-ökologischer Planung im Kapitalismus vertieft und zeitgleich Formen von postkapitalistischer Planung entwickelt, ist zwar möglich. Es ist jedoch von konkreten Kräfteverhältnissen abhängig und kommt an den fundamentalen Problemen linker Transformationsstrategien nicht vorbei. Die Herausbildung einer mehr oder minder autoritären Variante kapitalistischer öffentlicher Planung, die den nationalen Wirtschaftsstandort absichert und die heimischen Produktions- und Konsumnormen nach außen verteidigt, ist hingegen naheliegend und zeichnet sich bereits ab. Die gesellschaftliche Linke hat nach Jahrzehnten der Entpolitisierung und Desorganisierung kaum Machthebel, um alternative Formen der Planung hegemonial werden zu lassen.

Es wird daher weiterhin darum gehen, in die gesellschaftlichen Konflikte um steigende Preise, soziale (Um-)Verteilung und industriellen Umbau, Energie-, Wasser- und Nahrungsmittelknappheit, Aufrüstung, Krieg und autoritäre Tendenzen zu intervenieren. Es ist unklar, wie lange die neue Krisenphase der beschleunigten Transformation andauern wird und ob eine dritte Phase der *Stabilisierung* in den nächsten Jahrzehnten überhaupt realistisch ist. Die beschleunigte Transformation wird sehr wahrscheinlich neue Formen der Politisierung und Massenpolitik hervorbringen. Eine internationalistische Perspektive der demokratischen Wirtschaftsplanung, die eine realistische Möglichkeit aufzeigt, die Klimakatastrophe abzuschwächen, dabei die Gesellschaft und die internationale Ordnung gerechter zu machen und zugleich die Demokratie auf eine neue Stufe zu heben, ist in dieser Krisenphase nicht völlig chancenlos. Sie kann vor dem Hintergrund eskalierender Geopolitik und der

Klimakatastrophe konkrete Schritte benennen, um Preise und Investitionen zu stabilisieren und zu lenken, um Unternehmen und Sektoren zu vergesellschaften und umzubauen und um den Horizont einer demokratisch koordinierten Ökonomie aufzuspannen, die in eine internationalistische Perspektive des »klima- und industriepolitischen Multilateralismus und Technologietransfers« (Soltý 2023, 44) eingebettet ist.

Die Perspektive der demokratischen Wirtschaftsplanung zeigt konkrete wirtschaftspolitische Alternativen auf (etwa Investitionslenkung und Industriekonversion), verbindet sie mit einer alternativen Systemlogik (vorausschauende makroökonomische Koordination statt blindem Wettbewerb) und setzt an den mittelfristigen materiellen Interessen der Menschen an. Sie ist eine Alternative zur kurzfristigen grünkapitalistischen Modernisierungsstrategie, die versucht, die bestehende Industriestruktur etwa im Automobilsektor mit Modifikationen zu erhalten, und sich damit mittelfristig in eine Sackgasse manövriert. Demgegenüber stellt eine Perspektive der demokratisch geplanten Transformation die langfristige materielle Sicherheit der Menschen in den Mittelpunkt – sodass öffentliche Infrastrukturen, sinnvolle Arbeit und materielle Versorgung auch in 30 bis 40 Jahren noch zur Verfügung stehen könnten.

Der Planungsdiskurs steht dabei erst am Anfang und muss sich noch weiterentwickeln. Es fehlen konkrete Konzepte radikaler Reformpolitik als Einstieg in eine demokratische Wirtschaftsplanung ebenso wie empirische Modellierungen lokaler, nationaler und internationaler Planung. Und doch zeigt der Planungsdiskurs eine Richtung auf, eine

historische Spur, der die gesellschaftliche Linke folgen kann. Das Fehlen einer ökonomischen Alternative, die demokratisch und in sich funktionsfähig erscheint, war das zentrale Manko linker Ansätze der letzten Jahrzehnte. Wir haben uns so tiefgreifend an diese Leerstelle und an diesen Zustand am »Ende der Geschichte« gewöhnt, dass uns seine Absurdität und die ganz offensichtliche strategische Schwächung, die mit ihm einhergeht, gar nicht mehr auffallen. Der plurale und vielstimmige Diskurs um demokratische Wirtschaftsplanung, der in den letzten Jahren entstanden ist, hat das Potenzial, diese Leerstelle zu füllen.

LITERATUR

- Abels, Joscha/Bieling, Hans-Jürgen, 2022: Jenseits des Marktliberalismus? Europäische Industrie- und Infrastrukturpolitik im Zeichen neuer globaler Rivalitäten, in: PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft 208, 429–449
- Bieling, Hans-Jürgen/Guntrum, Simon, 2019: Neue Segel, alter Kurs? Die Eurokrise und ihre Folgen für das europäische Wirtschaftsregieren. Wiesbaden
- Decker, Samuel/Sablowski, Thomas, 2017: Die G20 und die Krise des globalen Kapitalismus, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Studien, Berlin, <https://rosalux.org.br/wp-content/uploads/2017/07/DIE-G20-UND-DIE-KRISE-DES-GLOBALEN-KAPITALISMUS.pdf>
- Fricke, Thomas/Likaj, Xhulia/Buchholtz, Maren/Hennen, Sonja/Krebs, Tom/Kläffling, David, 2023: Mapping the State of a Shifting Paradigm. New Thinking, New Actors. On the State of an Emerging Socio-Economic Paradigm Shift in Germany and Beyond, Forum for a New Economy, https://newforum.org/wp-content/uploads/2023/01/221222_18-00_Report_mapping-new-paradigm_FINAL_-1.pdf
- Fukuyama, Francis, 1989: The End of History?, in: The National Interest 16, 3–18, www.jstor.org/stable/24027184
- Herrmann, Ulrike, 2023: Das Ende des Kapitalismus, Köln
- Latour, Bruno/Schultz, Nikolaj, 2022: Zur Entstehung einer ökologischen Klasse, Berlin
- Peck, Jamie, 2010: Constructions of Neoliberal Reason, New York
- Soltý, Ingar, 2023: Die neue Blockkonfrontation. Hochtechnologie. (De-)Globalisierung. Geopolitik, ISW-Report 133/134, München
- Sorg, Christoph (i. E.): Capitalist Planned Economies? Theorizing Economic Planning in Market Economies, Arbeitspapier

GESPRÄCH

MIT ANDREJ HOLM &
PHILIPP MÖLLER

»Die Mieten waren utopisch niedrig, meist zwischen vier und zehn Prozent eines durchschnittlichen Arbeitseinkommens.«

Andrej Holm

»Die Programme hatten den Anspruch, breite Schichten der Bevölkerung zu versorgen. Das gelang in sehr unterschiedlichem Maße.«

Philipp Möller

BAUEN, WOHNEN, MITENTSCHEIDEN?

REALE UTOPIEN DES ÖFFENTLICHEN WOHNUNGSBAUS VON WIEN BIS BELGRAD

In einer Veranstaltungsreihe zu »vergesenen Utopien des Wohnens« habt ihr historische Erfahrungen des öffentlichen Wohnungsbaus zusammengetragen, von Schweden über das »Rote Wien« bis zum sozialistischen Jugoslawien. Der Tenor: Eine andere soziale Wohnraumversorgung war möglich. Warum brauchen wir solche Utopien heute?

ANDREJ HOLM: Weil der Markt versagt. Mit leistbaren Wohnungen für Haushalte mit unterdurchschnittlichen Einkommen kann man kaum Gewinn erwirtschaften. Eine stabile soziale Wohnversorgung gibt es deshalb nur außerhalb der Marktlogik. Versuche, den Markt durch strenge Mietengesetze, Förderprogramme und Steueranreize zu zähmen, gelangen immer nur vorübergehend.

Sinnvoller wäre es, den Wohnungsbau als Sozialpolitik zu verstehen und die soziale Versorgung über profitwirtschaftliche Kalküle zu stellen. Dann müssen Wohnungen durch öffentliche Investitionen bereitgestellt werden, so wie andere Infrastrukturen auch.

PHILIPP MÖLLER: Die aktuelle Misere zeigt ja deutlich, dass es so nicht weitergeht. Der

Bedarf an bezahlbaren Wohnungen ist sehr hoch, während der Markt versagt. Die Bautätigkeit bricht ein, weil sich Investitionen nicht mehr rentieren. Selbst Liberale fordern da eine verstärkte öffentliche Förderung des Neubaus, wobei das Geld ihrer Ansicht nach in private Taschen fließen soll.

Das ist ja das deutsche Modell des sozialen Wohnungsbaus: Private Bauträger bekommen staatliche Fördermittel und weisen den Wohnraum für 20 bis 30 Jahre als Sozialwohnung aus.

MÖLLER: Genau, dieses Modell ist aber gescheitert, weil mit öffentlichen Geldern am Ende privates Eigentum gefördert wird. Die Alternative wäre: Der Staat nimmt mit direkter Finanzierung und eigenen Baukapazitäten den Wohnungsbau selbst in die Hand. So entsteht öffentliches Wohneigentum, das dauerhaft gemeinwohlorientiert bewirtschaftet werden kann.

Wie hat denn die Finanzierung in den historischen Beispielen funktioniert?

HOLM: Im Prinzip mit Steuereinnahmen, die für Investitionen in den Wohnungsbau genutzt wurden. Im »Roten Wien« waren es Sondersteuern auf Luxusgüter und eine Wohnbausteuer explizit für den Bau von Gemeindewohnungen. In den anderen Ländern wurden Mittel im Staatshaushalt eingeplant. So war es möglich, die Mietzahlungen von den Erstellungskosten zu entkoppeln. Der Bau war Teil der öffentlichen Infrastruktur und musste nicht aus Mietzahlungen refinanziert werden. Wir fänden es ja auch absurd, den Bau einer neuen Bibliothek aus den Gebühren der Nutzer*innen zu bezahlen.

Ein Problem für gemeinwohlorientierte Bauträger sind die explodierenden Bodenpreise. Wie wurde damit in den Beispielen umgegangen?

MÖLLER: Der Staat hat öffentliche Flächen für den Neubau bereitgestellt und besaß durchgreifende Verfügungsgewalt über den Boden. Im Realsozialismus gab es Landreformen, mit denen Großgrundbesitzer enteignet und der Boden vergesellschaftet wurde. Im »Roten Wien« wurden private Bauinvestitionen durch die Wohnbausteuer und die Regulierung des Mietpreises unattraktiv. Das hat die Bodenpreise gesenkt und weitreichende Kommunalisierungen von Bauflächen möglich gemacht.

HOLM: In Amsterdam wurde der Bau der Wohnungen von den Bodenpreisen entkoppelt. Fast 90 Prozent des Bodens gehören der Stadt und werden fast nur im Rahmen von Erbbaurechtsverträgen vergeben. So kann die Stadt selbst bestimmen, wie hoch die Kosten für die Nutzung sind. In vielen sozialistischen Ländern wurden Grundbesitz und Gebäude voneinander getrennt, teilweise auch die Besitzstruktur von den Nutzungsrechten der Wohnanlagen. Beim jugoslawischen *socially owned housing* wurden die Wohnungen von Konsortien aus

ANDREJ HOLM ist Stadtsoziologe an der Humboldt-Universität zu Berlin und in sozialen Bewegungen aktiv. Er veröffentlichte zuletzt 2021 das Buch »Objekt der Rendite. Zur Wohnungsfrage und was Engels noch nicht wissen konnte«.

PHILIPP MÖLLER ist wissenschaftlicher Mitarbeiter für den wohnungspolitischen Sprecher der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, freier Journalist und Host von »Schöner Wohnen – Der Podcast zur Wohnungsfrage«.

Vertreter*innen der Stadtverwaltung und selbstverwalteten Betrieben errichtet. Eine Auftrennung von Eigentums-, Besitz- und Nutzungsrechten sichert die soziale Nutzung der Wohnanlagen durch mehrere Instanzen ab. Eine einseitige Veränderung der Bewirtschaftungsstrategien ist dann quasi unmöglich.

Wurden die Wohnungen direkt und ausschließlich vom Staat errichtet?

MÖLLER: Es gibt Paradebeispiele für eine direkte staatliche Trägerschaft wie das *council housing* in Großbritannien und den Gemeindefohnbau im »Roten Wien«. Hier organisierten die Gemeinden den Neubau und die Verwaltung in eigener Regie.

In den Niederlanden gab es neben kommunalen Wohnungsbaugesellschaften auch gemeinnützige und politisch ausgerichtete Wohnungsbauvereine, von liberalen und sozialdemokratischen bis hin zu katholischen und protestantischen. In keinem der Beispiele war der Staat der alleinige Akteur. Es gab immer auch Möglichkeiten für privates Engagement, selbst in den realsozialistischen Ländern.

In Rumänien und Jugoslawien wurde der private Bau von Eigenheimen vor allem in ländlichen Regionen gefördert, denn der staatliche Wohnungsbau blieb wie fast überall ein urbanes Phänomen und konnte nicht den gesamten Bedarf abdecken. Eine Kommodifizierung der Eigenheime war jedoch ausgeschlossen. So blieb der Boden in Jugoslawien im Besitz der Gesellschaft und nur Gebäude waren Privateigentum. In Rumänien durfte eine Familie nur ein Haus besitzen; wer weitere Immobilien erbe, musste sie verkaufen. Privater Wohnungsbau zum Zwecke des Verkaufs war verboten.

Wie sahen die Mietpreise aus?

HOLM: Aus heutiger Sicht utopisch niedrig. In fast allen Fällen waren die Mietkosten von den Bau- und Finanzierungskosten unabhängig. Sie lagen meist zwischen vier und zehn Prozent eines durchschnittlichen Arbeitseinkommens. Es wurde nicht gefragt: Wie hoch muss die Miete sein angesichts von Baukosten und Finanzierungsbedingungen? Sondern: Wie müssen wir Bau und Finanzierung organisieren, damit die Miete so niedrig sein kann? In den klassischen Begrifflichkeiten der Wohnungswirtschaft waren das »kostendeckende Bewirtschaftungsmieten«. Sie sollten vor allem Verwaltung, Instandsetzung und Mieterservice finanzieren und Rücklagen für Modernisierungen bilden.

An wen richteten sich die Programme? Gab es wirklich Wohnraum für alle?

MÖLLER: Alle Programme hatten diesen Anspruch. Das gelang aber in sehr unterschiedlichem Maße und hing davon ab, ob der staatliche Wohnungsbau den Bedarf decken konnte und wie hochwertig die Wohnungen waren. Am breitesten war die Versorgung wohl in den Niederlanden und in Schweden. Das schwedische Eine-Million-Wohnungen-Programm erreichte in den 1970er-Jahren seine Zielmarke und produzierte sogar einen Überschuss. In den hochwertigen Neubauten in Amsterdam gab es bis in die 1980er-Jahre eine hohe soziale Mischung. In Jugoslawien gab es zwar auch hochwertigen öffentlichen Wohnungsbau, doch der Bedarf konnte nie annähernd gedeckt werden, sodass die Wohnungen den bürokratischen Eliten und Facharbeiter*innen vorbehalten blieben.

Wie wurden denn die Wohnungen verteilt?

HOLM: In fast allen Beispielen gab es mehr Wohnungssuchende als öffentliche Wohnungen. Um trotz Mangel eine halbwegs gerechte Verteilung zu organisieren, wurden in den meisten Fällen Wartelisten erstellt, teilweise ergänzt um Punktesysteme, um die Dringlichkeit des Bedarfs zu erfassen.

MÖLLER: Wie Bedarfe definiert und gewichtet wurden, hatte natürlich mit politischen Zielsetzungen zu tun. Im *council housing* wurden nach den Weltkriegern Veteranen bevorzugt, zu anderen Zeiten waren es Leute, die aus abgerissenen Elendsquartieren umgesiedelt wurden. In Wien werden bis heute Menschen priorisiert, die aus schlecht ausgestatteten oder überbelegten Wohnungen kommen. Umstritten waren die Versorgungskontingente, die in Rumänien, Jugoslawien oder der DDR über Betriebe oder staatliche Institutionen vergeben wurden und Kader bevorzugten.

HOLM: Daran sehen wir, dass öffentlicher Wohnungsbau noch keine gerechte Vergabe garantiert. Vielerorts wurden Minderheiten ausgegrenzt, etwa der ungelernete Teil der Arbeiterklasse in Jugoslawien oder Roma-Familien in Rumänien. Eine Wohnversorgung für alle setzt also auch eine weitergehende Demokratisierung voraus.

Heute hat der soziale Wohnungsbau, vor allem die großen Wohnblocks, ja eher ein schlechtes Image und steht für Ghettoisierung und Ausgrenzung.

HOLM: In fast allen Ländern waren die modern ausgestatteten Neubauten zunächst eine attraktive Wohnadresse. Die symbolische Abwertung vor allem von

Großsiedlungen kam erst, als durch privaten Neubau und Modernisierung Alternativen entstanden sind, die den individuellen Wohnwünschen besser entsprachen. Durch den Rückzug des Staates aus der Wohnversorgung wurden die öffentlichen Bestände von einem Angebot für alle zu einem immer kleineren Versorgungssegment für die, die auf dem Markt keine Chance haben.

MÖLLER: Eine Alternative bietet Wien: Der gemeinnützige und öffentliche Wohnungsbau stellt hier mehr als die Hälfte aller Mietwohnungen und versorgt ein breites Spektrum an Einkommensgruppen. Viele öffentliche Bauten sind von höherer Qualität als die privaten und sehr begehrt.

Die Kampagne Deutsche Wohnen & Co enteignen schlägt ja eine radikale Demokratisierung vor, wenn die Bestände vergesellschaftet sind. Gibt es dafür historische Vorbilder?

HOLM: Die Mitbestimmung ist der *missing link* in den historischen Beispielen. In der Logik der fordistischen Wohlfahrtspolitik wurde vor allem auf Masse und paternalistische Versorgung gesetzt. Eine Ausnahme ist das schwedische Modell. Dort handeln die kommunalen Wohnungsunternehmen bis heute mit der Mieter*innengewerkschaft die lokalen Mietsteigerungen aus, die bis in die 1990er-Jahre auch für private Vermieter*innen bindend waren. Das sind aber echte Ausnahmen. Darum haben die Protestbewegungen der letzten Jahre zurecht wieder eine Demokratisierung der Bestände gefordert. Ohne Vergesellschaftung wird diese aber kaum zu haben sein.

Das Gespräch führte Rabea Berfelde.

REAL EXISTIERENDE WIDERSPRÜCHE UNGELÖSTE PROBLEME DER SOZIALISTISCHEN PLANWIRTSCHAFT

LUTZ BRANGSCH

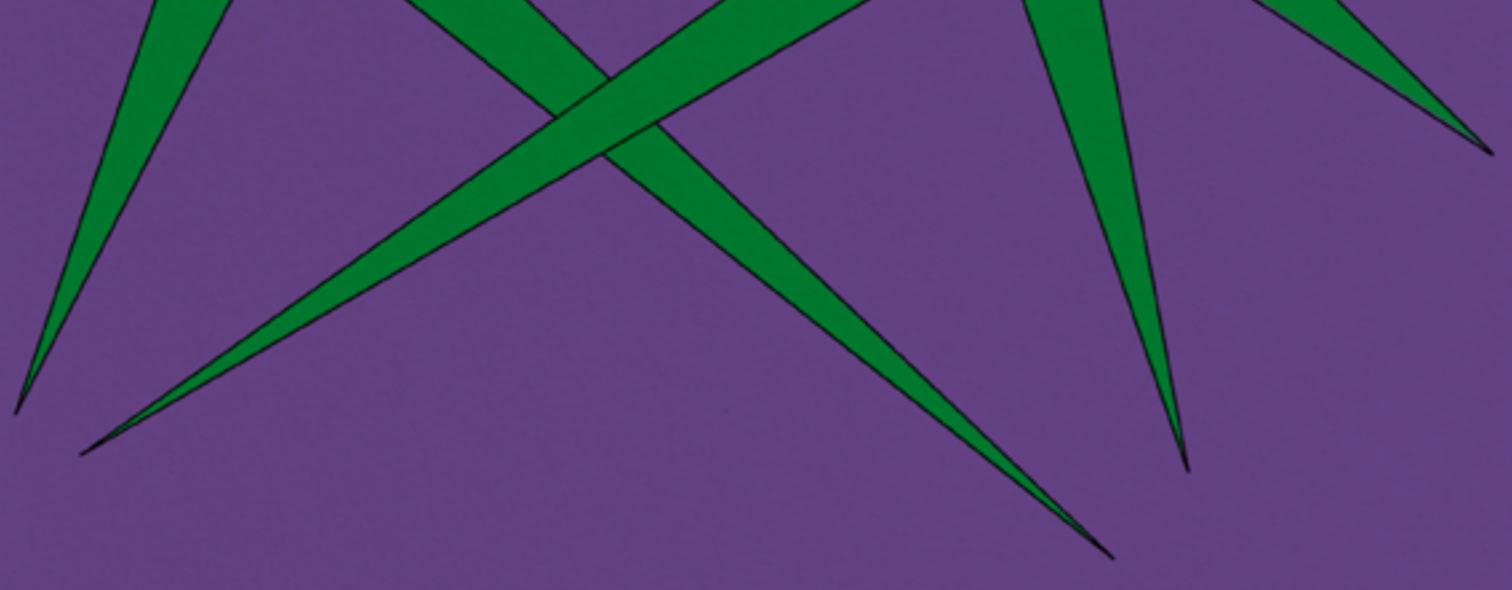
Der Sozialismus will den Klassenwiderspruch aufheben.
Doch die realsozialistische Erfahrung zeigt: Interessenkonflikte
gibt es auch weiterhin.

Planung ist ein sozialer Prozess. Aber was bedeutet das? Nimmt man die Versuche gesellschaftlicher Planung im Realsozialismus zum Ausgangspunkt, bedeutet das vor allem, mit den Interessen der Planenden und der von Planung Betroffenen umzugehen. Diese sind der Natur der Sache nach sehr verschieden. Planungsverfahren müssen darum geeignet sein, diese Interessen aufzunehmen, zwischen gemeinsamen und besonderen Interessen abzuwägen und Wege zu ihrer Realisierung zu organisieren – oder die Realisierung bestimmter Interessen zu blockieren. Im Folgenden soll es darum gehen, die vorhandenen gesellschaftlichen Interessenlagen zu verstehen – eine Aufgabe, die theoretisch einfach erscheinen mag, aber in Wirklichkeit äußerst kompliziert ist. Grundlage ist die Erfahrung der Volkswirtschaftsplanung der DDR, doch letztlich ähnel-

ten sich in allen realsozialistischen Staaten trotz unterschiedlicher Rahmenbedingungen und Voraussetzungen die Versuche, Probleme der planmäßigen Gestaltung der Gesellschaft zu lösen – zuerst in der Sowjetunion ab Anfang der 1920er-Jahre, dann in den übrigen Ländern nach Ende des Zweiten Weltkriegs.

PLAN UND PLANMÄSSIGKEIT

Die an die Macht gekommenen kommunistischen Parteien folgten einem marxistischen Verständnis einer nachkapitalistischen Gesellschaft. Marx, seine Mitstreiter*innen und Schüler*innen verstanden diese Gesellschaft nicht einfach als geplante, sondern mit Bewusstsein und in diesem Sinne planmäßig gestaltete Gesellschaft. Es ging ihnen also um gemeinsames Planen von allen für alle, und das im globalen Maßstab. In ihren Studien



zu ökonomischen Fragen um 1912 hebt Rosa Luxemburg, anknüpfend an Marx, hervor, dass »Plan und Bewusstsein« (also Plan und Planmäßigkeit) zu unterscheiden seien (Luxemburg 2017, 234). Dabei stützt sie sich auf die Rolle von Planung in vorkapitalistischen, naturalwirtschaftlich geprägten Gesellschaften. Darauf baut eine wesentliche Grundannahme der späteren marxistischen Planungsdiskussion auf. Es ist grundsätzlich *möglich*, Gesellschaft bewusst zu gestalten und ökonomische und soziale Prozesse, den Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur, ausgehend von einer grundlegenden Interessenübereinstimmung zwischen den Gesellschaftsmitgliedern planmäßig zu organisieren.

Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die subjektive Entwicklung der Menschen in diesem Prozess sowie die Masse des zu Verteilenden sollten dazu führen, dass der soziale Egoismus und die Konkurrenz unter den Individuen ihre Grundlage verlieren. Man war sich dessen bewusst, dass dies eine voraussetzungsreiche Angelegenheit sein würde. Menschen müssen fähig sein, gemeinsam solidarisch ihre Interessen abzuwägen und dann einen Plan ihres miteinander abgestimm-

LUTZ BRANGSCH ist Ökonom. Er arbeitete zuletzt als Referent für Demokratie und Staat am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

ten Handelns zu verabreden – und sich danach auch zu verhalten. Planung sollte ein Instrument sein, um Gesellschaft insgesamt zu gestalten, nicht nur einzelne Segmente, wie dies für die Planung im Kapitalismus üblich war. Diese Fähigkeit – und damit die *Möglichkeit der Planmäßigkeit* in einer nachkapitalistischen Gesellschaft – erwachse, so die Vorstellung, aus dem sozialen Lernen unter den Bedingungen der kapitalistischen Großproduktion mit ihrer weitgefächerten, auch globalen Arbeitsteilung, zudem aus dem Erleben der daraus resultierenden sozialen Verheerungen. Die Planung der Produktion in den kapitalistischen Unternehmen, die Kriegswirtschaft und die Erfahrungen der Arbeitergenossenschaften sah man in weiten Teilen der Linken nach Ende des Ersten Weltkrieges als Zeichen dafür, dass die Zeit für eine Gesellschaft ohne Konkurrenz, Krisen, Arbeitslosigkeit, soziales Leid und koloniale Ausbeutung gekommen sei. Die Sozialisierungsdiskussionen dieser Zeit, verbunden mit

Namen wie Richard Müller oder Otto Neurath, aber auch die von Lenin geprägte planwirtschaftliche Diskussion in Sowjetrußland hatten hier ihre Basis. Die Produktion sei nicht mehr abhängig von der Fähigkeit des einzelnen Unternehmers, sondern von der Fähigkeit der Gesellschaft, ihren »Stoffwechselprozess« mit der Natur und die damit verbundenen sozialen Beziehungen bewusst zu gestalten. Wenn das durch Erfahrung und Lernen verstanden sei, würde es auch keine Interessengegensätze mehr geben. Sie stellten also die Fähigkeit der Arbeiter*innen, bisher Objekt unternehmerischen und staatlichen Planens, ihre eigenen Interessen zu erkennen und entsprechend die Produktion und Distribution zu gestalten, und damit auch eine andere Qualität des Planens, in den Mittelpunkt.

NEUE UND ALTE WIDERSPRÜCHE

Allerdings ging man in Verkürzung der marxischen Überlegungen bei den ersten planwirtschaftlichen Versuchen gleichermaßen davon aus, dass Interessenwidersprüche auf dem Weg zum Sozialismus generell verschwinden und Solidarität Platz machen würden. Interessenübereinstimmung wurde als Interessenidentität verstanden. Ökonomische Erscheinungen wie Geld, Kredit usw. würden in der Folge ihre Bedeutung verlieren. Die Annahmen über das Verhalten der wirtschaftenden Subjekte, also der Betriebe, der Verwaltungen und der dort Arbeitenden, waren nach 1917 in Sowjetrußland und der UdSSR und dann nach 1945 in den realsozialistischen Ländern in vielerlei Hinsicht von einem revolutionären Optimismus, zum Teil von Illusionen, zumindest aber von den Hoffnungen eines völligen Neubeginns bestimmt.

Schon sehr früh wurde aber klar, dass die »Muttermale der alten Gesellschaft« beharrlicher sind, als die Revolutionär*innen 1917 oder 1945 meinten – und dass die neuen Widerspruchskonstellationen nicht weniger kompliziert waren. Erst einmal verändert eine politische Revolution die Bedingungen, unter denen Menschen leben und arbeiten, nur zum Teil. Der Produktionsapparat und die Technologien bleiben auch dann, wenn man das private Eigentum an den Produktionsmitteln abschafft oder einschränkt, erst einmal, wie sie waren. Das gilt auch für die Hierarchien unter den Beschäftigten, nicht zuletzt für die Widersprüche in den Geschlechterverhältnissen. Nikolai Bucharin stellte bereits 1920 die Frage, warum sich eigentlich die Arbeiter*innen nach der Revolution anders verhalten sollten als davor. Acht Stunden Arbeit am Band machen müde und begrenzen die Fähigkeit und die Lust, danach noch mit zu planen oder darüber nachzudenken, wie volkswirtschaftliche Zusammenhänge, die erst einmal mit dem eigenen Leben nichts zu tun zu haben scheinen, zu bewerten sind.

Dazu kam noch ein weiteres Problem. In »Moral und Klassennormen« stellte der Ökonom Evgenij Preobraženskij (1923) das Verhalten der Beschäftigten im Handel unter den Bedingungen des Kriegskommunismus, also einer (mehr oder weniger) geplanten bloßen Verteilung von Produkten ohne Dazwischentreten von Marktbeziehungen oder Geld, dem unter den Bedingungen der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) gegenüber. Im Zuge dieses wirtschaftspolitischen Kurswechsels wurden Markt, Handel und Geld wieder offiziell zugelassen. An der Tagesordnung, so Preobraženskij (1923, 66f), waren zuvor

Unfreundlichkeit und Arroganz gewesen. Mit dem Kurswechsel seien die Verkäufer*innen in den Geschäften wieder freundlich und zuvorkommend geworden. Offensichtlich war, dass die Marktbeziehungen nicht einfach abgeschafft oder eingeführt werden können. Ihre Existenz war keine Frage von Ideologie oder Macht, sondern schien harte ökonomische Grundlagen zu haben. Vor diesem Hintergrund wurde klar, dass Planung in einer nachkapitalistischen Gesellschaft nicht einfach nur die Verteilung von Produkten und Leistungen betreffen konnte. Planung bedeutete Planung von Warenbewegungen, von Geldbewegungen usw. Die daraus resultierenden Widersprüche hatte Marx für den Kapitalismus analysiert. Was bedeuteten sie aber im Sozialismus, im Übergang zu einer nachkapitalistischen Gesellschaft? Um von der Planung zur planmäßigen Gestaltung der Gesellschaft zu kommen, musste Planung sowohl in theoretischer als auch in praktischer Hinsicht als Prozess der Lösung von Interessenwidersprüchen begriffen werden bzw. als Prozess, dafür die Bedingungen zu schaffen. Darum drehten sich ab Mitte der 1950er-Jahre alle theoretischen Auseinandersetzungen und praktischen Reformversuche.

Es ging um das Verhältnis zwischen den Interessen der einzelnen Beschäftigten, den kollektiven Interessen des Betriebes und dem gesellschaftlichen Interesse, repräsentiert durch den Staat. Der Widerspruch zwischen dem berechtigten Interesse der Arbeiter*innen an hohem Lohn, soliden Sozialleistungen, angemessener Freizeit, normaler Arbeitsintensität, Möglichkeiten der Mitbestimmung auf der einen und das Interesse der Gesellschaft an hohen Arbeitsleistungen

und -produktivität auf der anderen Seite war komplizierter zu lösen, als es schien. Um die Sozialpolitik abzusichern, brauchte es etwa ein beständiges Wachsen der Arbeitsproduktivität und eine regelmäßige Modernisierung des Produktionsapparates. Das wiederum war nur durch Qualifizierung, damit einhergehenden Veränderungen der Hierarchien unter den Beschäftigten und durch Infragestellen bisheriger sozialer Normen möglich. Alle diese Faktoren mussten zudem in entsprechende Kennziffern gefasst werden, um sie im Planungsprozess einer Bewertung und Gewichtung zugänglich zu machen. Dabei ging es darum, Naturalgrößen in Geld auszudrücken. Wie aber lässt sich Emanzipation (als Ziel des Sozialismus) in Finanzgrößen darstellen?

Zudem stellte sich die Frage, wie man die Widersprüche, die mit dem Verhältnis zwischen Stadt und Land, zwischen einzelnen Regionen oder die mit dem bürgerlichen Bildungsprivileg verbunden sind, lösen konnte. Die Proportionen zwischen Ausbildungsplätzen, Plätzen an Hochschulen und dem Bedarf an Arbeitskräften entsprechend der angestrebten wirtschaftlichen und sozialen Strukturen hatten zur Konsequenz, dass nicht alle die Ausbildung erhalten konnten, die sie eigentlich wollten. Die Förderung von Arbeiter*innenkindern an den Universitäten bedeutet für Kinder aus Intellektuellenhaushalten eine Benachteiligung, auch wenn es eine Vielzahl anderer Wege gab, schließlich doch noch zu studieren. Die besondere Förderung von Frauen stellte tradierte patriarchale Hierarchien in allen sozialen Schichten infrage. Um im Hochschulbereich zu bleiben: Auch die Verpflichtung, nach Abschluss des Studiums erst einmal eine Tätigkeit im

angestrebten Beruf anzunehmen, die letztlich zugewiesen wurde (auch wenn es mehrere Vorschläge gab), stand oft im Widerspruch zu den eigenen Interessen und griff tief in persönliche Lebensplanungen ein. Selbst wenn man die gesellschaftliche Notwendigkeit einsah, bedeutet das noch lange nicht Zufriedenheit mit der Situation.

WER WIRTSCHAFTET EIGENTLICH?

Auf einer anderen Ebene stellte sich die grundsätzliche Frage nach dem Charakter der Objekte der Planung, der Produktionsstätten und Unternehmen, der Wirtschaftssubjekte. Von der Antwort auf diese Frage kommt man zu einer Charakterisierung der entsprechenden möglichen bzw. notwendigen Wege von Planung. Dabei spielte die Rolle der Ware-Geld-Beziehungen und des Markts eine zentrale Rolle. Ob eine nach- bzw. nichtkapitalistische Wirtschaft Warenproduktion ist oder nicht, ist bis heute heiß umstritten. Jenseits der politischen und ideologischen Dimension dieses Problems hängt von der Antwort ab, welchen Stellenwert man den Interessen der Wirtschaftssubjekte beimisst: Sind sie bloßes Objekt der Planung oder sind sie gleichzeitig Objekt und Subjekt?

Die Realität jedenfalls zeigte schnell, dass sie vollwertige Warenproduzenten sind und dass auch im Sozialismus als Übergangsgesellschaft der Markt existiert. Das galt nicht nur für die zum Beispiel in der DDR noch bestehenden Privatunternehmen, sondern auch für die volkseigenen bzw. genossenschaftlichen und staatlichen Betriebe. Außerdem waren die realsozialistischen Volkswirtschaften eng mit dem kapitalistisch dominierten Weltmarkt verflochten und konnten sich dort

nicht anders als Warenproduzenten verhalten. Theorie und Wirtschaftspolitik rangen bis in die 1970er-Jahre darum, wie die in der Realität manifeste Gleichzeitigkeit von Plan und Markt zu fassen sei. Es setzte sich schließlich die Meinung durch, dass unter den gegebenen Bedingungen die für Wirtschaften ohne Warenbeziehungen typische Unmittelbarkeit der Beziehungen zwischen den wirtschaftenden Subjekten aufgrund der differenzierten Produktionsbedingungen noch nicht gegeben sei. Daher müssten sich die Arbeitsprodukte in Waren verwandeln, um ausgetauscht zu werden. Als Warenproduzenten und Marktteilnehmer mussten die Betriebe auf die sich wandelnde Nachfrage reagieren, ihre Waren mit Gewinn absetzen und möglichst hohe Preise realisieren, um Löhne zu zahlen und investieren zu können. Damit traten ihre Interessen in Widerspruch zu denen anderer Betriebe (die die gleichen Ziele hatten) und auch der Verbraucher*innen. Jede Vorgabe und jeder Abzug von Mitteln für gesellschaftliche Zwecke bedeuteten erst einmal, dass das Interesse der Betriebe an effektiverem Wirtschaften sank. Und das unabhängig davon, ob den Belegschaften diese Einschränkungen in Form von entsprechenden Sozialleistungen wieder zugutekamen.

Die Wirtschaftsreformen in allen Staaten des Realsozialismus ab den 1960ern bis zu deren Zerfall waren von Anstrengungen bestimmt, dieser Interessenkonstellation gerecht zu werden. Sie pendelten immer zwischen zwei Polen: der Erweiterung der Selbstständigkeit der Betriebe, was zwar zu größerer Innovationsfähigkeit, aber auch zu sozialen Verwerfungen wie wachsenden Einkommensunterschieden führte; und der Einschränkung ihrer Selbstständigkeit

bei Entscheidungen über Investitionen und Sortiment, was wiederum zum Absinken der volkswirtschaftlichen Leistungskraft und zu Versorgungsproblemen führte. Keiner der Wege, sei es der eher zentralistische in der DDR, der jugoslawische Weg der Arbeiterselbstverwaltung oder der ungarische einer größeren Autonomie der Betriebe, konnte diese Probleme lösen.

WAS LÄSST SICH LERNEN?

Soweit man aus den Erfahrungen des Realsozialismus etwas lernen kann, ist es, dass der Ausgangspunkt für planwirtschaftliche Ansätze die realen Verhältnisse sein müssen. Darüber hinaus lassen sich kaum verlässliche Prognosen zu einer Planwirtschaft der Zukunft stellen. Alles hängt vom Milieu ab, in dem sich diese Frage wieder stellen wird. Auch jeder neue planwirtschaftliche Versuch wird einer im Übergang sein, in dem sich ökonomische, soziale und kulturelle Beziehungen neu herausbilden. Die Durchsetzung planmäßiger Entwicklung von Gesellschaft ist zudem das Ergebnis gesellschaftlicher Lernprozesse. Das bedeutet im Heute, die realen Planungsprozesse aufmerksam zu studieren und da mitzuwirken, wo es möglich ist, bzw. diese Möglichkeiten selbst zu schaffen. Der Versuch, die Haushaltspolitik zu demokratisieren, wie er im brasilianischen Porto Alegre und in Rio Grande do Sul Anfang der 2000er-Jahre unternommen wurde, war der vielleicht weitestgehende Versuch emanzipatorischer Planung. Die Ermittlung des Bedarfes an Leistungen, der Abgleich von Bedarfen und Ressourcen, die Priorisierung der Vorhaben in einem öffentlichen, basisdemokratischen Prozess, die davon ausgehende Formulierung klarer Aufträge an Parlamentarier*innen und

Verwaltung und die öffentliche Rechenschaftslegung von Politik und Verwaltung über die Erfüllung der Aufträge der Bürger*innen bildeten einen Zyklus, der seinem Wesen nach dem Planungszyklus im Realsozialismus entsprach, ihn aber in ganz anderer Weise realisierte. Ausgehend von diesem basisdemokratisch erarbeiteten Konzept wurde dann der Einsatz von Computerprogrammen und Internet konzipiert. Für die gegenwärtigen Diskussionen lässt sich schlussfolgern, dass noch vor der Frage digitaler Planung und der Ersetzung von Geld durch andere Verrechnungseinheiten die nüchterne Analyse der wirkenden Interessen und der Reproduktionsbedingungen der Unternehmen stehen muss.

Die Ergebnisse solcher Versuche werden immer wieder überraschen. In diesem Falle fühlten sich Rechtskonservative und linke Avantgardist*innen gleichermaßen in ihrem vermeintlichen Monopol, die Interessen »der Menschen« zu repräsentieren, gefährdet. Die Initiative scheiterte am Widerstand beider Lager. Ähnlich erging es Initiativen in Deutschland, die von diesem Projekt inspiriert waren. Vor der Entwicklung von Planungsmodellen muss die Entwicklung der Fähigkeit zur Selbstveränderung stehen. Auch wenn es unterschätzt wird – der Übergang von Planung zu Planmäßigkeit ist letztendlich auch eine »Kulturrevolution«. Diese muss jetzt beginnen, nicht erst, wenn die Frage gesellschaftlicher Planung aktuell wird.

LITERATUR

Luxemburg, Rosa, 2017: Handschriftliche Fragmente über Widersprüche und Tendenzen des Kapitalismus, in: Laschitzka, Annelies/Müller, Eckhard (Hg.), Rosa Luxemburg. Gesammelte Werke. Band 7/1: 1907 bis 1918, Berlin
Preobraženskij, Evgenij Alekseevič, 1923: Moral und die Klassennormen, Hamburg

»IST DOCH ALLES INEFFIZIENT« WELCHE ANREIZE UND ZAHLEN BRAUCHT EINE SOZIALISTISCHE WIRTSCHAFT?

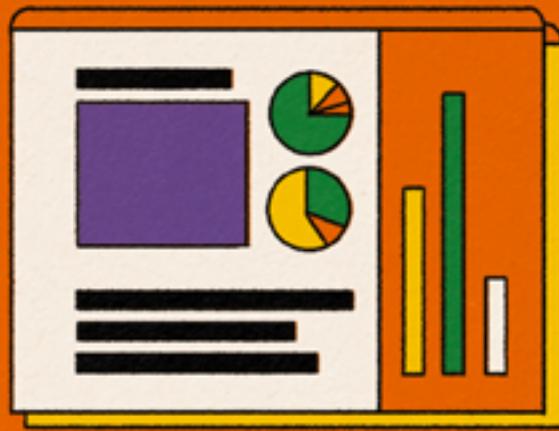
SIMON SUTTERLÜTTI

Mit Realsozialismus wird Mangel und Schlendrian assoziiert.
Wie lässt sich absichern, dass Bedürfnisse tatsächlich
erfüllt werden, jenseits von Konkurrenzdruck und Profitzwang?

»Es ist nun bewiesen, daß eine überzentralisierte oder gar totale Planung [...] weder sinnvoll noch planerisch und verwaltungstechnisch beherrschbar [ist], auch nicht mit der besten Computertechnik.« Dies schrieb 1999 kein antikommunistischer Liberaler, sondern Gerhard Schürer (1999, 81), der immerhin 25 Jahre Vorsitzender der obersten Planungskommission der DDR und Politbüro-Mitglied war. Verlangen wir eine demokratische Planwirtschaft für das 21. Jahrhundert, müssen wir das 20. Jahrhundert sehr ernst nehmen, denn hier verkehrte sich der sozialistische Traum in einen autoritären Albtraum. Die moderne Planungsdebatte antwortet auf die Fehler des 20. Jahrhunderts. Dabei lohnt es, zwei zentrale Problemfelder genauer zu betrachten: die Anreizstruktur der realexistierenden Planwirtschaft und die Frage der Recheneinheit.

DAS PROBLEM DER »ANREIZE«

Liberalen gilt die Planwirtschaft als völlig ineffizient. Dies wird vor allem auf fehlende oder falsche Anreize zurückgeführt. Betriebe und Arbeiter*innen würden kaum für Leistung und Innovation belohnt, stattdessen würden Faulheit und Ineffizienz toleriert oder gar befördert. Das Konzept der Anreize wird meist von neoklassischen Ökonom*innen verwendet, doch es stellt eine relevante Frage: Welches Handeln wird Individuen, Betrieben, staatlichen Akteuren etc. in Gesellschaften nahegelegt? Heute zeigt der Blick auf die Erschöpfung von Mensch und Natur immer klarer, dass Arbeitseffizienz nicht der einzige oder gar vornehmliche Maßstab einer bedürfnisorientierten Wirtschaft sein kann. Zu Beginn war die Planwirtschaft trotz all ihrer politischen Gräueltaten ökonomisch nur



eingeschränkt ineffizient. In der Phase »extensiver« Entwicklung, in der Regierungen das Ziel verfolgten, mehr Menschen und Ressourcen in die Produktion einzubinden, erreichten die realsozialistischen Planwirtschaften vielfach beeindruckende Wachstumszahlen. Erst im Zeitalter »intensiver« Entwicklung, die auf technologische Innovation abzielte, zeigten sich die Grenzen der Kommandowirtschaft. Diese beendete Marktkonkurrenz und Konkursdrohung. Aber ohne die Peitschen des Marktes verfolgten die Betriebe, ihre Belegschaften und Direktor*innen ihre tauschwertorientierten Interessen rücksichtsloser, lieferten mangelhafte Produkte zu spät, schöpften ihre Kapazitäten nicht aus und täuschten die Planungsinstanzen über ihre Leistungsfähigkeit. In diesem Versteckspiel zwischen Betrieb und Zentrale versuchten die Betriebe, »weiche Pläne« durchzusetzen, die keine Höchstleistungen erforderten, um Planerfüllung und Prämien zu sichern. Das Gegeneinander von Staat und Betrieb und die politisch über Pläne vermittelte Konkurrenz um Vorprodukte oder Arbeitskräfte ersetzten die Marktkonkurrenz.

SIMON SUTTERLÜTTI ist Ökonom und Historiker, aktiv im Commons-Institut und Mitautor des Buches »Kapitalismus aufheben«, das 2018 im VSA-Verlag erschien.

Während der Markt die Arbeiter*innen durch Lohnhierarchie und drohende Arbeitslosigkeit diszipliniert, sicherte die Kommandowirtschaft Arbeitsplätze und sorgte für größere Einkommensgleichheit. Aber die Arbeiter*innen reagierten keineswegs mit aufrechter sozialistischer Arbeitsdisziplin. Denn ihre Arbeit blieb erkaufte, wurde nicht aus Überzeugung getan. So beschwerte sich der Professor für Marxismus-Leninismus Erich Hanke: »Es ist üblich geworden, daß viele Bauarbeiter in der Arbeitszeit auf den Straßen umherlaufen und Einkäufe tätigen. Es ist üblich geworden, die Arbeitspausen in den Bauwagen stundenlang (!) auszudehnen.« Er empfahl: »Bei der Ausarbeitung entsprechender Methoden sollten wir uns stärker auf bewährte Verfahrensweisen kapitalistischer Unternehmer besinnen.« (Zit. nach Vollmer 1999, 369f) Nach 40 Jahren DDR also die

Schlussfolgerung: zu wenig Kapitalismus, zu wenig Markt?

Hanke hatte nicht einfach den Sozialismus verraten, sondern wie alle Sozialist*innen tat er sich schwer, mit einem fundamentalen Gegensatz umzugehen: Die Minderung der Konkurrenz ist insbesondere für Arbeiter*innen sozialistisch, sie ist aber – behält der Sozialismus die Lohnarbeit bei – zugleich ineffizient. Sie vermindert Ausbeutung und vermeidet Burn-out, aber erlaubt auch Betrug, Arbeitsverweigerung und Laxheit.

»Die Kommandowirtschaften waren politisch autoritär, aber ökonomisch sanft, und diese Sanftheit brach dem Realsozialismus in der Blockkonkurrenz zunehmend wirtschaftlich das Genick.«

Neuere Modelle der Planwirtschaft haben vor allem zwei Antworten auf diese Problematik gefunden: abgeschwächte Betriebskonkurrenz und betriebliche Autonomie sowie Abschaffung der Lohnarbeit.

ABGESCHWÄCHTE BETRIEBSKONKURRENZ UND BETRIEBLICHE AUTONOMIE

Neuere Modelle verzichten weiter auf (das Zuckerbrot und) die Peitsche bei Arbeiter*innen, aber stärken mit einer abgeschwächten Konkurrenz Innovations- und Effizienzreize für die Betriebe. So mischt der Reformsozialist Pat Devine (1991) in seinem Modell »Negotiated Coordination« Markt- und Planwirtschaft. Einerseits handeln die Betriebe relativ selbstständig: Sie entscheiden, von wem sie Vorprodukte kaufen und wie sie produzieren, und sie legen die Preise für ihre Produkte fest. So konkurrieren sie um Absatzmärkte und Produkte und haben Anreize, die Produktivität

zu steigern und besser zu wirtschaften. Die Konkurrenz aktiviert das dezentralisierte »taktische Wissen« der Betriebe, das nicht aufgeschrieben oder übermittelt werden kann und von Marktbegehrtern wie Hayek gegen die Zentralwirtschaft starkgemacht wurde. Gleichzeitig schlägt die Konkurrenz nicht hart und unkontrolliert durch. Nicht der Markt verteilt das Geld, sondern »Negotiated Coordination Bodies«. Diese Gremien entscheiden auf der Grundlage ausgewählter Informationen (Bilanzen, Innovationspläne und ökologische Performance der Betriebe) und eigenen Wissens, welche Betriebe schrumpfen und welche wachsen sollen. Der Markt produziert zwar die stumpfe monetäre Information, ob ein Betrieb gut oder schlecht läuft. Die Gremien berücksichtigen weitere Faktoren wie Ökologie, Arbeitszufriedenheit und lokale Bedingungen und vermitteln so die Konkurrenz politisch.

Devine betont in seinem Modell verständlicherweise nicht die Kraft der Konkurrenz, sondern spricht meist über die Autonomie der Betriebe, die es ihnen erlaubt, ökonomisch – und hoffentlich ökologisch und sozial – effizient zu handeln. Doch Autonomie besaßen die Betriebe im Realsozialismus auch, für viele Kritiker*innen viel zu viel. Die Frage ist, welche Anreize in diesem Autonomieraum wirken. Sie entscheiden darüber, ob die Betriebe ihre Autonomie nutzen, um ökologisch und aufwandseffizient zu produzieren oder um, wie im Realsozialismus völlig rational, Arbeitskräfte zu horten und moderate Planvorgaben zu erreichen.

ABSCHAFFUNG DER LOHNARBEIT

Andere Sozialist*innen erklären das Anreizproblem der realsozialistischen Planwirtschaft

weniger aus dem Fehlen von Konkurrenz, Dezentralität und/oder Autonomie, sondern aus ihrer kapitalistischen Grundstruktur. Denn der zentrale Anreiz zu arbeiten blieb weiterhin der Lohn. Da Arbeit folglich für die Arbeiter*innen vor allem ein Tauschgeschäft war – Arbeitskraft gegen Lohn – versuchten sie in völlig rationaler Weise, den Tauschwert zu steigern (hohe Löhne, Betriebe mit guten [Ferien-]Wohnungen etc.) und ihren Aufwand zu minimieren (geringe Planvorgaben, Arbeitsvermeidung etc.). Der Gebrauchswert ihrer Arbeit, also etwa gute Produktqualität, Innovation, Ökologie oder fristgerechte Lieferung, waren zweitrangig. Sicherlich befriedigten sie ihre produktiven Bedürfnisse mit der Herstellung hochwertiger Trabis und kuschliger Teddybären, aber geriet der Gebrauchs- mit dem Tauschwert in Widerspruch, dann war der Letztere, eine entspannte Arbeitswoche, doch wichtiger als eine fristgerechte Lieferung – besonders, wenn andere Betriebe Fristen wieder nicht eingehalten hatten. So widersprechen sich in der lohnbasierten Planwirtschaft Individual- und Gesamtinteresse fundamental. Der Realsozialismus war nur eine kapitalistische Planwirtschaft und besetzte den Staatspol des kapitalistischen Markt-Staat-Kontinuums.

Neuere Modelle wie der »Cybersozialismus« oder »Negotiated Coordination« sind Teil dieses Kontinuums. Sie vertreten eine reformistische Perspektive und wollen die Probleme der realsozialistischen Planwirtschaft mit (etwas) Markt, neuen (Informations-) Technologien und Demokratie lösen. Der kapitalistische Charakter des Systems bleibt jedoch erhalten (vgl. Sutterlütti 2023; Kurz 1991; Stahlmann 1990). Dass die Probleme

wesentlich tiefer liegen, argumentiert eine wertkritische bzw. wertformanalytische Kritik. Will eine Planwirtschaft die Herrschaft des Tauscherts brechen, muss sie diesem Ansatz zufolge Arbeit und Konsum individuell entkoppeln und damit die Lohnarbeit abschaffen. Erst wenn der Lohn und damit der Tauschwert nicht mehr das Handeln der Arbeiter*innen bestimmen würden, wäre die Form, die Arbeit im Kapitalismus annimmt, die abstrakte (Lohn-)Arbeit, gebrochen. Entscheiden sich Menschen freiwillig für eine Tätigkeit, ist ihr primärer Anreiz dann die Produktion von Gebrauchswert. Es stellt sich dann *nur* noch die Frage: »Welche Ziele priorisieren wir in unserer Re-Produktion?«, und nicht: »Mit welchen Anreizen kriegen wir Arbeiter*innen und Betriebe dazu, trotz ihres Tauschwertfokus auf Gebrauchswert zu fokussieren?« In so einer Gesellschaft stellt sich natürlich die Frage, wer die Müllabfuhr erledigt (Sutterlütti/Meretz 2018; siehe Demirović in diesem Heft), und Freiwilligkeit schafft die Gefahr einer ungerechten Verteilung der Arbeit (Lutosch 2022). Auch bleiben Interessenwidersprüche, etwa zwischen Muße und Output- und Konsumsteigerung erhalten, doch sie bilden keinen Gegensatz mehr.

Vertreter*innen einer lohnbasierten Planwirtschaft werfen dieser Strömung Utopismus vor – Laibman nennt sie »Hurra-Sozialisten« (Laibman 2022). Sie würden die notwendige »erste Phase« des Kommunismus überspringen, wo die »Muttermale« der alten Gesellschaft (Marx) noch erhalten bleiben. Gesellschaft und Menschen seien dafür nicht bereit. In der ersten Phase könnten Arbeit und Konsum durch öffentliche Versorgung und bedingungsloses Grundeinkommen etwas

entkoppelt werden, aber die Transformation von Arbeit und Gesellschaft brauche Zeit und Ressourcen.

VERNÜNFTIG RECHNEN, ABER WIE?

Eine Planwirtschaft muss rechnen. Während der Markt alle Entscheidungen auf die Frage »Wirft das Profit ab?« reduziert, muss eine Planwirtschaft Güter, Betriebe und Produktionsketten anhand vieler Maßstäbe wie Arbeitszufriedenheit, Demokratisierungspotenziale, Arbeits-, Energie- und Ressourceneffizienz bewerten und vergleichen. Aber braucht man dafür eine zentrale Rechnungseinheit oder wäre eine Vielzahl von Plangrößen besser? Kann eine zentrale Planfunktion wie ein Algorithmus wichtige Entscheidungen treffen oder bedarf es einer politischen Aushandlung auf der Grundlage vieler Größen?

»Eine Produktionsmethode kann sehr zeiteffizient sein, aber ökologisch zerstörerisch, hierarchisch und körperlich anstrengend oder gar gefährlich.«

Die meisten neuen Modelle halten wie der Realsozialismus an einer zentralen Recheneinheit fest. Nur so könne man Produktionsmethoden und Betriebe direkt vergleichen und die Planung optimieren. Und nur auf dieser Basis könnten Betriebe entscheiden, ob Aluminium oder Stahl sinnvoller (weil günstiger) ist, oder Konsument*innen, ob sie ihr bedingungsloses Einkommen (oder ihren Lohn) lieber fürs Biertrinken oder den Kauf eines Computers ausgeben. Doch so optimiert eine Planwirtschaft nach einem einzelnen Maßstab: Sie bevorzugt Güter, Betriebe und Produktionsmethoden, die zum Beispiel

weniger Arbeitszeit benötigen. Damit ist sie etwas schlauer als die Marktwirtschaft, die nur nach monetären Kosten optimiert, aber was ist mit Ökologie, Arbeitszufriedenheit und Demokratie? Eine Produktionsmethode kann sehr zeiteffizient sein, aber ökologisch zerstörerisch, hierarchisch und körperlich anstrengend oder gar gefährlich. Eine demokratische Gesellschaft sollte hier klüger sein. Deshalb beziehen etwa Cockshott u. a. (2022, 155ff) in ihrem neuen Modell CO₂-Emissionen in die zentrale Recheneinheit ein. Güter mit hohen CO₂-Emissionen werden je nach Emissionsbudget teurer und die Nachfrage fällt.

Das reicht den Kritiker*innen einer zentralen Rechengröße nicht. Schon in den 1920er-Jahren argumentierte Otto Neurath gegen die Neoliberalen Mises und Hayek sowie die Marktsozialisten Lange und Lerner, dass eine zentrale Recheneinheit ebenso »pseudorational« sei wie der Maßstab des Maximalprofits (1919, 145). Er argumentiert für eine »Naturalrechnung«, die mit »in natura« Größen plant wie Weizen, Aluminium, Landnutzung, Schuhbedarf. Darauf bauen Vettese und Pendergrass (2022) ihr Modell des »Half-Earth Socialism« auf. Es stellt die ökologische Frage ins Zentrum und will im Namen von Biodiversität und Pandemieprävention die Hälfte des Planeten der Natur überlassen. Ein Planbüro – für das die Autoren einen ersten Algorithmus entworfen haben – soll verschiedenste Zentralpläne in Naturalgrößen entwerfen: etwa Plan 1 mit 2 000 Watt Energiebedarf pro Person, 2°C Erwärmung und 50 Prozent Verwilderung. Er würde kompletten Veganismus erfordern, um die Landnutzung zu reduzieren, aber auch einen massiven Ausbau von Biotreibstoffen auf

mehr als 35 Prozent der Erdoberfläche, was dem »Half-Earth«-Ziel zuwiderläuft. Darum halbiert Plan 2 durch strikte Einschränkung von Privatautos und unnötiger Industrieproduktion die Nachfrage nach (Bio-)Treibstoffen, damit sie nur noch 20 Prozent der Flächen erfordern (ebd., 107ff). Beide Pläne legen die In-natura-Tradeoffs etwa zwischen Landnutzung, Mobilität, Ernährung, Energie offen und stehen für unterschiedliche Ziele, deren Gewichtung eine komplexe und zutiefst politische Angelegenheit ist. So zu tun, als gäbe es ein einfaches technisches Optimum, ist technokratisch. Darum entscheidet im Modell des »Half-Earth Socialism« ein Weltparlament – es könnte auch ein Welträtekongress oder Referendum sein.

Für Befürworter*innen einer zentralen Rechnungseinheit steht die Optimierungsfrage im Vordergrund, für Befürworter*innen der Naturalrechnung sind es Komplexität und Informationsvielfalt. Kritiker*innen der Naturalrechnung sehen hier eine Quelle von ewigen politischen Aushandlungen, ob nun das Konsumgut oder die Produktionsmethode besser ist. Sie befürchten das Problem der »too many meetings«: dass Menschen in einer demokratischen Gesellschaft einen guten Teil ihrer Zeit in Planungsprozessen verbringen müssten. Hier kann Devines Modell vielleicht eine Hilfe sein. Es trennt die alltägliche Re-Produktion von Investitionsentscheidungen. Über die alltägliche Re-Produktion kann von Zahlen geleitet entschieden werden und die Prozesse können entsprechend parametrisiert sein. Eine ökologische Planung verlangt In-natura-Ziele für Land, Emissionen oder Energie – auch im Modell von Cockshott u. a. Vielleicht wäre es möglich, in einer

demokratischen Planwirtschaft zu unterscheiden zwischen der kurzfristigen Alltagsplanung mit zentralen Recheneinheiten und der mittelfristigen Zielplanung in natura mit einer Vielzahl von Plangrößen, und so beide Modelle zu verbinden. Ob das wirklich geht und sinnvoll ist, müssen weitere Diskussionen und schlussendlich die Praxis zeigen. Klar ist: Der Suchprozess muss weitergehen. Denn ohne konkrete Pläne kann die Linke keine glaubwürdige und wünschbare Alternative zum Kapitalismus anbieten.

LITERATUR

- Cockshott, Paul/Cottrel, Allin, 1993: *Towards a New Socialism*, Nottingham
- Cockshott, Paul/Cottrell, Allin/Dapprich, Jan Philipp, 2022: *Economic Planning in an Age of Climate Crisis*, Liverpool
- Devine, Pat, 1991: *Democracy and Economic Planning*, Cambridge
- Kurz, Robert, 1991: *Der Kollaps der Modernisierung*, Berlin
- Laibman, David, 2002: *Democratic coordination*, in: *Science & Society* 1/2002, 116–129
- Lutosch, Heide, 2022: »Wenn das Baby schreit, dann möchte man doch hingehen«, *communaut*, 30.4.2022, <https://communaut.org/de/wenn-das-baby-schreit-dann-moechte-man-doch-hingehen>.
- Neurath, Otto, 1919: *Through War Economy to Economy in Kind*, in: *Empiricism and Sociology*, 123–157
- Schürer, Gerhard, 1999: *Planung und Lenkung der Volkswirtschaft in der DDR*, in: Kuhr, Eberhard (Hg.), *Die Endzeit der DDR-Wirtschaft*, Opladen, 61–98
- Stahlmann, Johanna W., 1990: *Die Quadratur des Kreises*, *krisis*, 31.12.1990, www.krisis.org/1990/die-quadratur-des-kreises/.
- Sutterlütti, Simon/Meretz, Stefan, 2018: *Kapitalismus aufheben. Eine Einladung, über Utopie und Transformation neu nachzudenken*, Hamburg
- Sutterlütti, Simon, 2023: *Eine antiautoritäre DDR*, in: *Jungle World*, 6.7.2023, <https://jungle.world/artikel/2023/27/eine-antiautoritaere-ddr>
- Vettesse, Troy/Pendergrass, Drew, 2022: *Half-Earth Socialism: A Plan to Save the Future from Extinction*, *Climate Change, and Pandemics*, London
- Vollmer, Uwe, 1999: *Vollbeschäftigungspolitik*, in: Kuhr, Eberhard (Hg.), *Die Endzeit der DDR-Wirtschaft*, Opladen, 323–374



IN
DEN
SAND
GESETZT



Geisterstädte, verwaiste Ferienanlagen, Autobahnen, die ins Nichts führen. In ganz Spanien hat die »unsichtbare Hand des Marktes« ihre Spuren hinterlassen. Unzählige Betonruinen in den Städten und Küstenregionen zeugen vom Bauboom der Nullerjahre und der 2008 spektakulär geplatzten Immobilienblase. Durch unregulierte Spekulation waren zahlreiche Bauprojekte vorangetrieben worden. Mit dem Zusammenbruch des Immobilienmarktes gingen dann viele der Bauträger in Konkurs. Während in der Finanzkrise unzählige Menschen ihre Hypotheken nicht mehr begleichen konnten und ihre Wohnungen verloren, erreichte der Leerstand 2009 bis zu eine Million Wohnungen und ist bis heute extrem hoch. ■ Markel Redondo hat die Orte aufgesucht und mithilfe einer Drohne fotografiert. Aus der Vogelperspektive entwickeln die menschenleeren Orte eine eigene Ästhetik. Die Ruinen ähneln archäologischen Stätten und erinnern an die Absurdität der kapitalistischen Planlosigkeit und die immense Verschwendung von Ressourcen. Weitere Infos zu diesem und anderen Foto- und Filmprojekten von Markel Redondo sind zu finden unter: www.markelredondo.com

Eine Fotoreportage von Markel Redondo



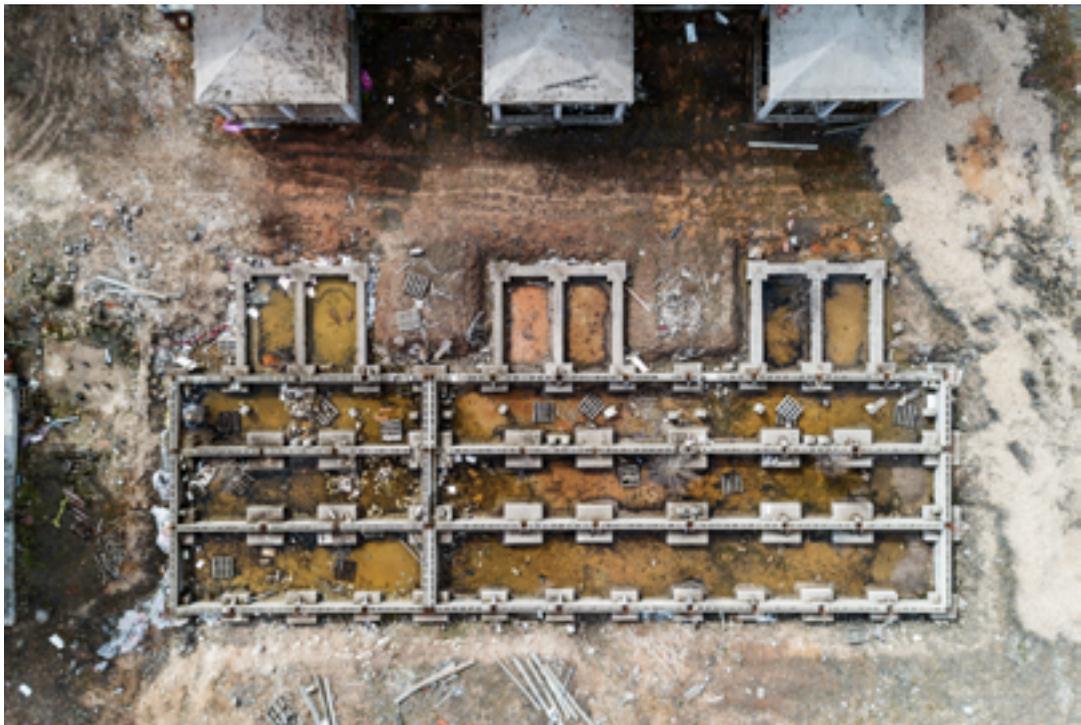














SOZIALISTISCHE SCHOCKTHERAPIE GEGEN DEN KLIMAKOLLAPS

WARUM WIR DIE ENERGIEWENDE
NICHT DEM MARKT ÜBERLASSEN DÜRFEN

JAKOB HEYER



Der Ausstieg aus fossilen Energien kann im Kapitalismus nicht gelingen. Ein Ende des Wachstums, das nicht im Desaster endet – das schafft nur eine demokratische Planwirtschaft.

Angesichts der multiplen Krisen unserer Zeit und insbesondere der Klimakatastrophe stoßen Argumente für Planwirtschaft auf immer größere Resonanz. Das zeigt der Erfolg von Bestsellern wie »Systemsturz« von Kohei Saito oder Ulrike Herrmanns »Das Ende des Kapitalismus«. Tatsächlich gibt es Anhaltspunkte dafür, dass eine moderne demokratische Planwirtschaft viel eher in der Lage sein könnte, die Wende von fossilen zu erneuerbaren Energien zu leisten als die kapitalistische Ökonomie.

BLOCKIERTE ENERGIEWENDE IM KAPITALISMUS

Noch immer herrscht bei der Energiewende großes Vertrauen in die Marktkräfte. Dabei wird vor allem auf die Idee der Preissteuerung gesetzt. Sie soll mit staatlichem Einfluss dafür sorgen, dass grüne Energie immer billiger und fossile Energie im Vergleich immer teurer wird. So soll sich der Umstieg für das Einzelkapital lohnen, sodass die Entscheidungen einzelner Unternehmen und Investoren die Energiewende von selbst vorantreiben. Doch der Schein trügt. Eine echte Energiewende wird im Kapitalismus aus mehreren Gründen blockiert. So gibt es in der Industrie einen riesigen Bestand an fixem fossilen Kapital,

JAKOB HEYER ist Doktorand an der Universität Jena. In seiner Dissertation untersucht er neuere Modelle einer demokratischen Planwirtschaft.

gebunden in fossilen Produktionsmitteln und fossiler Energieinfrastruktur. Die nötige Elektrifizierung der Industrie würde für das Einzelkapital enorme Kosten verursachen, weil ihre Anlagen noch profitabel genutzt werden können und der Umbau große und unsichere Investitionen verlangt. Deswegen legen das Kapital und seine Ideolog*innen so viel Wert auf die Anschlussfähigkeit grüner Energie an fossile Infrastrukturen. Sie setzen sich für Biokraftstoffe, grünen Wasserstoff und E-Fuels ein, die zwar im Vergleich zur direkten Nutzung grünen Stroms kompatibler, besser speicherbar und mobiler sind, aber ökologisch fragwürdig im Falle der Biokraftstoffe und energetisch extrem ineffizient im Falle der anderen (Vettese/Pendergrass 2022).

Es ist mehr als unklar, ob die Preise von Energiespeichern und grünem Wasserstoff ähnlich sinken werden wie aktuell bei Solar- und Windenergie. Erneuerbare Energien sind physisch begrenzt: durch den Flächenver-

brauch, durch ihre natürliche räumliche und zeitliche Schwankung und die Notwendigkeit der Speicherung sowie durch die absehbare Knappheit der dafür benötigten Ressourcen wie etwa Mineralien. Vermutlich wird die Nachfrage nach grüner Energie durch die Energiewende enorm steigen, während das Angebot physisch begrenzt ist. Effizienzgewinne durch Wärmepumpen oder andere Einsparungen können dies vermutlich nicht kompensieren, sodass grüne Energie womöglich knapp und teuer wird (vgl. Herrmann 2022). Die Unternehmen werden die höheren Kosten entweder an die Konsument*innen weitergeben, was die Gesamtnachfrage senkt, oder ihre Gewinne werden von den Kosten aufgefressen. Beides könnte eine rezessive Abwärtsspirale auslösen und mit Insolvenzen und Arbeitslosigkeit einhergehen. Nicht zufällig wurden die großen Wirtschaftskrisen der letzten Jahrzehnte durch Energiekrisen ausgelöst wie die infolge des Ölpreisschocks in den 1970er-Jahren oder des russischen Kriegs gegen die Ukraine.

Weil die Probleme einer marktgesteuerten Energiewende immer offensichtlicher werden, ist ein neues Bewusstsein für die Notwendigkeit (national)staatlicher Eingriffe entstanden. Auch in einer kapitalistischen Marktwirtschaft gibt es einen gewissen Zwang zur sozialen Kontrolle der Wirtschaft, der sich im Staat geltend macht (Devine 1988). So gibt es seit einigen Jahrzehnten eine dezidierte staatliche Industriepolitik mit Blick auf die Energiewende, etwa das Kohleausstiegsgesetz, Infrastrukturinvestitionen oder die EEG-Umlage zur Finanzierung des Ausbaus erneuerbarer Energien (siehe Witt in diesem Heft).

Die Handlungsfähigkeit des Staates ist im Kapitalismus jedoch beschränkt, weil

er von der Leistung und den Gewinnen der Privatunternehmen abhängig bleibt. Staatliche Planung im Kapitalismus hat historisch dann funktioniert, wenn sie die Kapitalakkumulation durch Verteidigung des Nationalstaats absicherte, so wie in den kapitalistischen Kriegsökonomien in Großbritannien und den USA im Zweiten Weltkrieg. Hier entstand eine Art kapitalistische Zentralplanung, weil das Kapital den Fortbestand seiner Profite an das unmittelbare Überleben des Nationalstaats gebunden sah und den Notstandsregierungen vorübergehend weitreichende Exekutivbefugnisse eingeräumt wurden. Staatliche Planung funktionierte zudem immer dann, wenn sie die Kapitalakkumulation direkt ankurbelte, wie in Japan und den asiatischen »Tigerstaaten« ab 1950. Der Staat könnte an sich also durchaus in Richtung einer Energiewende planen und steuern. Kapitalistische Planung, die sich über die unmittelbaren Interessen der Einzelkapitale zugunsten des »ideellen Gesamtkapitalisten« hinwegsetzt, ist im Kapitalismus aber nur möglich, wenn sie im Einklang mit einer langfristigen Kapitalakkumulation und im Interesse breiter Kapitalfraktionen ist.

In Bezug auf die Energiewende setzen die heute dominanten, vom Kapital favorisierten Strategien auf »grünes Wachstum«, das heißt das Wachstum, ergo die Kapitalakkumulation, soll vom Energieverbrauch entkoppelt werden. Eine ausreichende Entkopplung findet aber real nicht statt (Vogel/Hickel 2023). Zwar werden mehr erneuerbare Energiequellen erschlossen, doch der Verbrauch fossiler Energien geht etwa in Deutschland seit den 2000er-Jahren kaum zurück. Weltweit steigt er an und wird viele Zugewinne bei den Erneuerbaren aufzehren. So werden fossile Energieträger

wohl noch 2050 die Hälfte des weltweiten Energieverbrauchs ausmachen (Blümm 2022). Die größere Energieeffizienz wird zu großen Teilen durch das Wachstum der Produktion kompensiert (»Rebound-Effekt«). Die einzig verbleibende Option, Energieverbrauch und Emissionen zu senken, besteht darin, die Produktion zu kontrahieren bzw. zu schrumpfen.

Kontraktion ist in einer kapitalistischen Marktwirtschaft jedoch kaum bewusst und geordnet möglich, sondern findet meist krisenhaft statt (*degrowth by disaster*). Hohe Energiepreise hätten als Preisausdruck der nötigen Schrumpfung krisenhafte Wirkungen. Einige profitable, aber klimaschädliche Aktivitäten müssten ganz eingestellt werden. Dies widerspricht dem Interesse wichtiger Kapitalfraktionen, sodass auch »grüne« Industriepolitik schnell an systemimmanente Grenzen stößt und weitere wirtschaftliche und soziale Verwerfungen zur Folge hätte. Genau deshalb plädiert etwa Ulrike Herrmann für ein geplantes Schrumpfen mit sozialen Garantien durch eine ökologische »Kriegswirtschaft« (unter Beibehaltung des Privateigentums). Angesichts der Klimakrise und ihrer langfristigen und globalen Dimensionen sind die Voraussetzungen für eine kapitalistische Kriegswirtschaft jedoch nicht gegeben.

Wie der Kapitalismus mit Blick auf die Energiewende scheitert, zeigt sich besonders deutlich im Verkehrssektor: Die Abhängigkeit von der Kapitalakkumulation in diesem Sektor blockiert die Mobilitätswende und verhindert den Rückbau der Autoflotte. Der Auf- und Ausbau einer umfassenden ÖPNV-Infrastruktur wäre mit gigantischen initialen Fixkosten verbunden und entlegene Netzwerkknoten sind kein profitables Geschäft. Der Staat muss-

te diese Aufgaben übernehmen, doch er wagt es nicht, dem motorisierten Individualverkehr entgegenzutreten. Gerade in ländlichen Regionen bleiben die Menschen so auf ihr (fossiles) Auto angewiesen. Über stark regressiv wirkende Benzinsteuern wälzt eine unsoziale Klimapolitik die Kosten der Energiewende auf diejenigen ab, die am wenigsten Einkommen und Vermögen haben, und individualisiert das Problem. Welche soziale Sprengkraft das hat, haben die Proteste der »Gelbwesten« gezeigt. Der *carbon lock-in* bei der Mobilität (und auch beim Wohnen) kann durch eine Politik im Interesse von Kapitalakkumulation und Privateigentum nicht gelöst werden.

MIT PLANWIRTSCHAFT ZUR ENERGIEWENDE?

Wenn wir die Klimakrise ernst nehmen, müssen wir schnell und umfassend auf erneuerbare Energien umsteigen und zugleich den Energieverbrauch (und damit Emissionen) durch eine Kontraktion der Produktion senken. Eine demokratische Planwirtschaft, so möchte ich behaupten, könnte diesen Umstieg eher leisten. Hinweise darauf geben die Arbeiten des Wirtschaftshistorikers Robert C. Allen (2003), der unter anderem zur sowjetischen Industrialisierung geforscht hat und sozialistischen Neigungen gänzlich unverdächtig ist. Für ihn war die zentral geplante Industrialisierung der Sowjetunion im engen ökonomischen Sinne »effizient« – ungeachtet ihrer beispiellosen Brutalität und des politischen Terrors. In schwindelerregendem Tempo verwandelte sie das agrarische Russland in eine moderne industrielle Ökonomie. Allen argumentiert, dass arme, agrarisch geprägte Länder in einem »Gleichgewicht niedriger Investitionen« gefangen seien. Die atomistisch getroffenen

Entscheidungen einzelner Wirtschaftsakteure könnten nicht die Entwicklung großer Fabriken oder Infrastrukturen vorantreiben, weil jede einzelne Investition für sich betrachtet unrentabel wäre. Eine koordinierte Planung könne jedoch den »Big Push« erreichen, der durch große industrielle Investitionen eine selbsttragende Entwicklung anstößt. Entscheidende Elemente der sowjetischen zentralen Planwirtschaft sind für Allen die Verstaatlichung der Industrie, die hohen Investitionen in die Schwerindustrie, die ehrgeizigen zentralen physischen Planvorgaben und die »weichen Budgetbeschränkungen« für Unternehmen, die sie vom Zwang der individuellen Kostendeckung befreien und damit wesentlich mehr Beschäftigung in der Industrie erlauben als im Kapitalismus. Ohne zentrale Planung, so Allen, wäre eine so rapide Industrialisierung »um jeden Preis« nicht möglich.

Der sowjetische Sozialismus muss natürlich von einem genuinen Sozialismus unterschieden werden – als autoritäres und brutales System verdient es diese Bezeichnung nicht. Dennoch kann man aus seinem ökonomischen Mechanismus lernen, welchen anderen Gesetzen eine nichtkapitalistische Wirtschaft folgt. Sie ermöglichen rasanten, umfassenden Wandel und könnten so helfen, die aktuellen ökologischen Herausforderungen zu meistern. Sie könnten von den autoritären Strukturen abgelöst werden, in die sie eingebettet waren.

Eine demokratische Planwirtschaft sollte zwar nicht, wie im sowjetischen Modell, umfassende physische Produktionsziele zentral bestimmen und top-down vorgeben (»Materialbilanzen«). Aber zumindest sektoral und insbesondere im Hinblick auf die Energiewende sollte zentral geplant

werden (Adler 2019). Allen zeigt, dass zentrale Planung insbesondere bei einem großen Strukturwandel und Investitionen in Schwerpunktsektoren eine erhebliche ökonomische Rationalität entfaltet. Denn eine Planwirtschaft ermöglicht viel größere Weitsicht und Handlungsfähigkeit über Raum und Zeit als eine spontane und atomistische Marktordnung (vgl. Laibman 1992). Genau das brauchen wir für die Energiewende. Zumindest in einigen Sektoren sollten daher zentrale Output-Ziele und »weiche Budgetbeschränkungen« für Unternehmen gelten.

Die demokratische Planwirtschaft würde dabei eine gesamtwirtschaftliche Rechnungslegung ermöglichen, die von vorneherein wechselseitige Abhängigkeiten, ökologische und soziale »Externalitäten« sowie den Weitblick in die Zukunft einbezieht. Das würde sich wesentlich von der isolierten Kosten-Nutzen-Rechnung einzelner kapitalistischer Unternehmen unterscheiden, die eine Energiewende in der Summe unrentabel macht. Lenin proklamierte, dass die sozialistische Revolution mit der »Elektrifizierung des ganzen Landes« einhergehen müsse. Analog möchte ich behaupten, dass eine demokratische Planwirtschaft in der Lage ist, schnell und umfassend eine grüne Energieinfrastruktur und die Elektrifizierung der Industrie hochzuziehen, koste es, was es wolle. Zudem kann sie im Gegensatz zur rein monetären Dimension auch konkrete physische Dimensionen und Trade-offs einbeziehen und verhandelbar und planbar machen – etwa eine demokratische Abwägung von Energienutzung und Landnutzung, Klimaschutz und Artenschutz. Absolute Obergrenzen für Emissionen und den Verbrauch kritischer

Ressourcen könnten auf zentraler Ebene festgelegt und in physische Vorgaben für Sektoren und Unternehmen übersetzt und rationiert werden (Vettese/Pendergrass 2022).

Noch einmal: Das heißt nicht, dass die gesamte Wirtschaft zentral geplant werden sollte. Eine demokratische Planwirtschaft sollte verschiedene neue Modelle kombinieren: einerseits die sektorale zentrale Planung mit Blick auf die Energiewende und andererseits ein Gesamtmodell, das in weiten Teilen auf eine kybernetische Steuerung der Wirtschaft setzt. Diese basiert erstens auf der substanziellen lokalen Autonomie von vergesellschafteten Unternehmen und zweitens auf der Beteiligung der Bevölkerung am Planungsprozess (Devine 1988). Eine demokratische Planwirtschaft könnte so etwa den ökologisch notwendigen Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs bewerkstelligen – mit einer demokratisch kontrollierten zentralen Ebene, die über langfristige Planungskompetenz und Durchsetzungsfähigkeit verfügt. So konnte etwa die Kriegswirtschaft der USA im Zweiten Weltkrieg einen historisch beispiellosen Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs erreichen (Silk 2016).

DEMOKRATISCH PLANEN: SCHRUMPUNG UND SOZIALE SICHERHEIT

Im Gegensatz zu einer nur krisenhaft vorstellbaren wirtschaftlichen Schrumpfung im Kapitalismus könnte eine Planwirtschaft soziale Sicherheit gewährleisten (*degrowth by design*). Die britische Kriegswirtschaft, auf die sich Ulrike Herrmann bezieht, brachte trotz enormer Schrumpfung der zivilen zugunsten der militärischen Produktion ein nie gekanntes Maß an sozialer Gleichheit mit sich. Nicht

nur, weil zu viel soziale Ungleichheit den nationalen Konsens (den Burgfrieden zwischen Kapital und Arbeit) untergraben hätte, sondern auch weil der ökonomische Mechanismus hier ganz anderen Gesetzen folgte als der einer Marktwirtschaft. Der Kapitalismus ist nicht nur schlecht darin, durch Strukturwandel verursachte Arbeitslosigkeit zu handhaben (siehe Deindustrialisierung), sondern er produziert Arbeitslosigkeit strukturell. Eine Planwirtschaft ermöglicht Vollbeschäftigung. Eine planwirtschaftlichen Energiewende wäre also in der Lage, während des radikalen Strukturwandels und der Schrumpfung ökologisch schädlicher Sektoren volle soziale Sicherheit und Beschäftigung zu gewährleisten.

Wie die Sowjetunion seit den 1960er-Jahren scheitert auch das kapitalistische Wirtschaftssystem derzeit, sich an neue Herausforderungen anzupassen. Es ist Zeit für eine sozialistische, ja planwirtschaftliche »Schocktherapie«.

LITERATUR

- Adler, Paul. S., 2019: *The 99 Percent Economy. How Democratic Socialism Can Overcome the Crises of Capitalism*, New York
- Allen, Robert C., 2003: *Farm to Factory. A Reinterpretation of the Soviet Industrial Revolution*, Princeton
- Blümm, Florian, 2022: *Energie der Zukunft: Wie sieht der Energiemix 2050 aus?*, www.tech-for-future.de/energie-zukunft
- Devine, Pat J., 1988: *Democracy and Economic planning*, Cambridge
- Herrmann, Ulrike, 2022: *Das Ende des Kapitalismus. Warum Wachstum und Klimaschutz nicht vereinbar sind – und wie wir in Zukunft leben werden*, Köln
- Laibman, David, 1992: *Market and Plan*, in: *Science & Society* 1/1992, 60–91
- Silk, Ezra, 2016: *Victory Plan*, www.theclimatemobilization.org/wp-content/uploads/2020/07/Victory-Plan-July-2020-Update.pdf
- Vettese, Troy/Pendergrass, Drew, 2022: *Half-Earth Socialism. A Plan to Save the Future from Extinction, Climate Change, and Pandemics*, New York
- Vogel, Jefim/Hickel, Jason, 2023: *Is green growth happening?*, in: *The Lancet Planetary Health* 9/2023, e759–e769

FAHRPLAN: ÄNDERUNG

WIESO WIR MIT EINER GEMEINNÜTZIGEN UND DEMOKRATISCHEN BAHN BESSER FAHREN

BERNHARD KNIERIM

30 Jahre missglückter Bahnreformen zeigen:
Es braucht gemeinwirtschaftliche Ziele
und neue Planungsinstrumente.

Kein anderes Verkehrsmittel transportiert Menschen und Güter so schnell und zugleich klimafreundlich über große Distanzen: Ohne die Bahn ist die Mobilitätswende nicht zu schaffen. Leider steckt sie in der Dauerkrise fest. Um Verspätungen und Strukturprobleme zu überwinden, ist auch eine bessere, integrierte und demokratische Planung nötig.

PRIVATISIERUNGSEUPHORIE IN DEN 1990ERN

Die Bundesbahn im Westdeutschland der 1980er-Jahre hatte keinen guten Ruf – und die Reichsbahn in der damaligen DDR ebenso wenig. Mit der Bahnreform von 1994 sollte alles besser werden: Die beiden Staatsunternehmen wurden zur Deutschen Bahn AG (DB AG) verschmolzen, die im Wettbewerb mit anderen Bahnunternehmen kundenfreundlicher, moderner und effizien-

ter werden und dabei weniger staatliche Unterstützung benötigen sollte. Im Bundestag herrschte große Einigkeit: Alle Fraktionen außer der damaligen PDS und einzelner Abgeordneter stimmten dem »Deutsche-Bahn-Gründungsgesetz« und der damit verbundenen Grundgesetzänderung zu.

In der damaligen Privatisierungseuphorie hieß es, das Schienennetz und der Betrieb würden privatwirtschaftlich am besten funktionieren. Deswegen wurde die DB als Aktiengesellschaft gegründet, die zwar vorerst im Besitz des Staates blieb, aber keine politischen Zielvorgaben von diesem erhielt. Damit galt letztlich nur das allgemeine Ziel einer AG: die Maximierung ihrer Gewinne. Das unterscheidet die DB AG grundlegend zum Beispiel von den Schweizerischen Bundesbahnen (SBB AG), die zwar formell



ebenfalls eine Aktiengesellschaft sind, aber über ein eigenes Gesetz und Zielvereinbarungen sehr eng gesteuert werden, während keine Gewinnerzielung erwartet wird.

Die DB AG entwickelte hingegen ein Eigenleben, das zunehmend weniger zur Absicht eines guten Bahnverkehrs passte. Spätestens als 1999 Hartmut Mehdorn von seinem Freund und dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder an die Spitze des Unternehmens gesetzt wurde, ging es immer schneller in Richtung Börsengang und Global Player: Für viele Milliarden Euro wurden internationale Logistikunternehmen aufgekauft, was zu der Verschuldung von inzwischen fast 40 Milliarden Euro erheblich beigetragen hat. Hätte nicht ein breiter zivilgesellschaftlicher Protest, der im Bündnis »Bahn für Alle« gebündelt wurde, diesen Börsengang immer wieder öffentlichkeitswirksam infrage gestellt, hätten wir heute eine auch materiell privatisierte DB AG und vermutlich britische Verhältnisse im Bahnverkehr – ein marodes und zerstückeltes Bahnsystem mit horrenden Preisen für die Fahrgäste und oft schlechtem Service (Haines-Doran 2022).

BERNHARD KNIERIM engagiert sich in mehreren Verbänden (u. a. »Allianz pro Schiene« und »Back on Track«) für eine attraktive und ökologische Bahn, die allen Menschen und dem Klima nützt. Er hat mehrere Bücher und zahlreiche Artikel zur Bahnpolitik veröffentlicht.

ORIENTIERUNGSLOS NACH DEM GEPLATZTEN BÖRSENGANG

Mit dem Beginn der Finanzkrise im Herbst 2008 war das Projekt Börsengang plötzlich tot und es wurde immer deutlicher, dass die Orientierung auf maximalen Profit und »Börsenfähigkeit« enorme Schäden verursacht hatte: Bahnhöfe, Grundstücke und Tausende Eisenbahnerwohnungen waren verkauft, das Bahnnetz hatte durch die Stilllegung von Weichen, Überleit- und Ausweichgleisen enorm an Flexibilität und Kapazität verloren und bei der Instandhaltung der Züge bestand großer Nachholbedarf. Das Schienennetz ist seit der Bahnreform um 12 Prozent geschrumpft, während ein Drittel mehr Personen und fast doppelt so viele Güter wie 1995 transportiert werden – mit weiter steigender Tendenz (Allianz pro Schiene e. V. o. J.). Für die Fahr-

gäste wurde das Problem zunehmend durch Verspätungen und Zugausfälle spürbar. Eine bessere Kontrolle des Unternehmens sollte eine »Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung« bringen. Darin wurden sehr allgemeine Zielwerte für die Instandhaltung des Netzes festgeschrieben, wofür die DB AG im Gegenzug Geld vom Bund erhält. Im jährlichen Infrastrukturzustandsbericht wurden alle diese Zielwerte regelmäßig erreicht. Sie sind jedoch offensichtlich wenig aussagekräftig, denn es ist unstrittig, dass sich das deutsche Schienennetz in einem schlechten Zustand befindet und dies eine der Hauptursachen für die mangelhafte Qualität des Zugbetriebs ist.

GEMEINWOHLORIENTIERUNG – ABER WIE?

30 Jahre nach der Bahnreform ist unübersehbar, dass das Konzept einer gewinnorientierten Bahn in vielerlei Hinsicht nicht funktioniert hat. Vor allem beim Schienennetz gab es einen erheblichen Substanzverzehr: Wenn es nicht kontinuierlich instand gehalten wird, werden Teile der Infrastruktur immer störungsanfälliger, sodass sich die Probleme irgendwann häufen. Der Instandhaltungsstau im deutschen Netz hat sich inzwischen auf 80 bis 100 Milliarden Euro aufsummiert. Brücken, Tunnel, Gleise und Signalanlagen sind teils erheblich überaltert. Ohne ihre Erneuerung steht das Schienennetz vor einem Kollaps. Inzwischen hat sich diese Einsicht bis ins Verkehrsministerium durchgesetzt.

Abhilfe soll nun das zum 1. Januar 2024 gegründete Tochterunternehmen der Deutschen Bahn namens InfraGO schaffen, das das Bahnnetz mitsamt Stationen im

Sinne des Gemeinwohls betreiben soll. Es bleibt allerdings völlig unklar, was genau mit Gemeinwohl gemeint ist und wie die Abkehr von der bisherigen Profitorientierung gelingen soll. Noch fehlt eine strategische Zielvereinbarung zwischen der InfraGO und dem Bund als Eigentümer, in der diese neue Ausrichtung mit überprüfbaren Kriterien festgelegt ist. Der Betrieb der Züge soll auch weiterhin »eigenwirtschaftlich« erfolgen, obwohl auch hier gemeinwirtschaftliche Ziele wieder stärker in den Fokus rücken. Im Zuge des Deutschlandtakts, einer Zukunftsstrategie für zeiteffiziente Bahnverbindungen im ganzen Land, sollen in den nächsten Jahren viele neue Fernverkehrslinien entstehen. Viele von ihnen sind sinnvoll für die Mobilitätswende, aber nicht unbedingt betriebswirtschaftlich profitabel. Ökonom*innen empfehlen daher auch eine gemeinwohlorientierte Fernverkehrssparte analog zu der der Schweizer Bundesbahnen, die bekanntlich sehr viel zuverlässiger funktioniert (Beckers/Nagel 2023). Damit stellt sich immer stärker die Frage nach einer grundlegend neuen Struktur und Ausrichtung der Deutschen Bahn insgesamt – einer Bahnreform 2.0.

WAS MUSS EINE BAHN DER ZUKUNFT LEISTEN?

Der Verkehr ist der einzige Sektor, in dem die klimaschädlichen Emissionen seit 1990 nicht gesunken sind. Neben einem Ende des Verkehrswachstums ist eine erhebliche Verlagerung nötig: weg von der Straße und der Luft hin auf die energieeffizientere Schiene. Diese muss im Nah- wie auch im Fernverkehr zum Rückgrat unserer zukünftigen Mobilität werden und im Güterverkehr zum wichtigsten Transportmittel. Dafür muss sie für alle Menschen und

Güter zugänglich und attraktiv sein und den Fokus auf einen stabilen Betrieb legen, sich also auf ihr Kerngeschäft rückbesinnen – dazu zählt weder der Betrieb von Buslinien in anderen Ländern noch weltweite Luft- und Seefracht. Die gute Nachricht: Mit dem Verkauf der Tochterunternehmen Arriva und Schenker Logistics fährt der DB-Zug hier wieder in die richtige Richtung. Doch die gescheiterte »Global-Player-Strategie« hat viele Milliarden Euro Verlust verursacht. Die erste Aufgabe ist es, das Schienennetz wieder instand zu setzen und endlich für den wachsenden Schienenverkehr und den Deutschlandtakt auszubauen. Die Finanzen werden bislang jährlich im Bundeshaushalt zur Verfügung gestellt, was immer wieder mit großen Unsicherheiten behaftet ist. Für einen nachhaltigen Ausbau braucht es aber eine verlässliche und bessere Finanzierung. Hier können wir ebenfalls von der Schweiz lernen, wo sich überjährige Infrastrukturfonds schon lange bewähren. Sie schaffen Unabhängigkeit von kurzfristigen Finanzentscheidungen und ermöglichen eine langfristige Planung. Dazu gehört auch die Reaktivierung vieler stillgelegter Bahnstrecken und Gleisanschlüsse. Neue Hochgeschwindigkeitsstrecken machen nur an wenigen Stellen Sinn, wo viel Verkehr zu erwarten ist und kürzere Fahrzeiten für die Schaffung von Umstiegsmöglichkeiten unerlässlich sind. Außerdem müssen Bahnhöfe erneuert und zu Mobilitätszentralen ausgebaut werden. Solche Zukunftsbahnhöfe müssen nicht nur eine komfortable Verknüpfung mit dem lokalen öffentlichen Verkehr schaffen, sondern auch Leihradstationen und Carsharing sowie sichere Abstellmöglichkeiten für eigene Fahrräder bieten. Wichtig sind auch Informationsmöglichkeiten für diejenigen, die nicht rein

digital unterwegs sind, sowie Unterstützung für Menschen mit Einschränkungen.

Zur Netzentwicklung gehört aber auch die weitere Elektrifizierung, die aktuell erst 62 Prozent des deutschen Schienennetzes umfasst. Mehr Oberleitungen und ein zügiges Ende des Dieselantriebs machen die Bahn noch sauberer, schaffen Alternativrouten für mehr Kapazität und reduzieren den Lärm für die Anwohnenden. Auf Nebenstrecken mit wenig Verkehr könnten moderne batterie-elektrische Triebzüge eine Alternative sein. So kann die ohnehin sehr energieeffiziente Bahn, die schon heute den klimafreundlichsten Energiemix aller motorisierten Verkehrsträger hat, zügig auf 100 Prozent erneuerbare Energie umgestellt werden.

INTEGRIERTE PLANUNG VON NETZ UND VERKEHR

Für die Netzentwicklung braucht es ein entsprechendes Verkehrsangebot, das immer als Ganzes geplant sein muss – ohne künstliche Trennung zwischen Fern- und Nahverkehr, im Verbund mit dem öffentlichen Nahverkehr und bei ausreichenden Kapazitäten für den Güterverkehr. Der Markt allein ist nicht in der Lage, die Verkehrsangebote bereitzustellen, die alle Menschen vom eigenen Auto unabhängig machen. Der Deutschlandtakt wäre ein grundlegendes Konzept dafür. Er soll überall im Land einen zeitsparenden Umstieg zwischen den Zügen durch gute Anschlussmöglichkeiten gewährleisten. Auch hier mangelt es aber bisher an der Umsetzung, die – analog zum schweizerischen Taktverkehr – bei einem »Systemführer« zusammenlaufen muss: eine Deutsche Bahn, die sicherstellt, dass das ganze Land in einem dichten und verlässlichen Takt bedient wird und das System für

alle zugänglich ist. Volle Barrierefreiheit muss dafür ebenso selbstverständlich sein wie ein nachvollziehbares Tarifsystem mit bezahlbaren Preisen.

Eine solche integrierte Planung ermöglicht auch eine langfristige Fahrzeugstrategie. Heute ist die Produktion geprägt von einem ständigen Wechsel zwischen dem Zeitdruck bei der Herstellung einer neuen Fahrzeugserie und anschließenden Auftragsflauten. Eine partnerschaftliche Kapazitätsplanung mit der (nachhaltig wachsenden) Fahrzeugindustrie könnte neue Arbeitsplätze entstehen lassen, die den Abbau in schrumpfenden Branchen wie der Auto- oder der Kohleindustrie auffangen könnte. Auch im Betrieb und in der Instandhaltung der Bahn könnten viele neue zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen (Knierim 2022).

Für eine nachhaltige Bahn ist nicht zuletzt der internationale Verkehr zentral, für den eine enge Kooperation mit den europäischen Nachbarländern notwendig ist. Die Politik muss nicht nur die steuerlichen Privilegien des Flugverkehrs abräumen, sondern ein Netz von Tag- und Nachtzügen schaffen, die innereuropäische Flüge komplett ersetzen können.

EINE GEMEINNÜTZIGE UND DEMOKRATISCH KONTROLLIERTE BAHN

Aber wie kommen wir von der heutigen Aktiengesellschaft zu einer DB, die all das umsetzen will und kann? Zuerst einmal braucht die DB endlich einen politischen Zielrahmen. Vorgeben sollte diesen der Bundestag, damit eine breite öffentliche Debatte stattfinden kann und die notwendige Finanzierung vom Parlament beschlossen wird. Statt des diffusen

Profitziels ginge es um die Sicherstellung einer Mindestreichbarkeit für Regionen und Städte bestimmter Größen, um die Umsetzung des Deutschlandtakts in definierten Stufen, um maximale Quoten für Verspätungen und Zugausfälle, um den Marktanteil im Personen- und Güterverkehr, um die Netzentwicklung oder auch um Klimaziele wie den Energieverbrauch oder die Quote an erneuerbaren Energien. Im Rahmen dieser Ziele müsste die DB mit den zugesagten öffentlichen Geldern verantwortungsvoll wirtschaften. Sie müsste aber keine betriebswirtschaftlichen Gewinne erzielen.

Um diese Ziele zu erreichen, braucht es aber auch eine Kontrolle der Umsetzung und eine permanente Weiterentwicklung auf Basis der Erfahrungen und neuen Herausforderungen. Nötig ist ein starkes und unabhängiges Kontrollgremium, das die Erreichung der Ziele prüft und Empfehlungen für die Umsetzung oder Nachsteuerung gibt. Dieses Gremium sollte anders als der bisherige Aufsichtsrat nicht rein politisch besetzt werden, sondern den Charakter eines Bürgerrats haben: Neben Umwelt-, Fahrgastverbänden und Vertreter*innen der Mitarbeitenden sollten dort auch einfache Bahnnutzer*innen vertreten sein – entweder per Los bestimmt oder gewählt. Die Interessen der Regionen sollten ebenfalls repräsentiert sein, da die Bahn eine wichtige strukturpolitische Funktion hat. Letztlich muss sichergestellt sein, dass die Bahn ihre Funktion für das Gemeinwohl optimal erfüllt und dafür realistische Ziele gesetzt bekommt, die dann auch in der Praxis und nicht nur auf dem Papier erreicht werden müssen. Für das Management dieses öffentlichen Unternehmens braucht es engagierte Bahner*innen, die Sachverstand

und Begeisterung für einen guten öffentlichen Verkehr mitbringen.

Das Zusammenspiel zwischen einem solchen Management, dem Kontrollgremium und der parlamentarischen Kontrolle durch den Bundestag, der die Ziele festlegt und die Budgethoheit hat, würde eine gemeinnützige Entwicklung der Bahn sicherstellen. Zudem bräuchte es eine hohe Transparenz durch die Veröffentlichung aller relevanten Daten, damit alle sich ein Bild von der tatsächlichen Leistung machen und Verbesserungsvorschläge einbringen können.

WIE KANN EINE ANDERE BAHNPOLITIK GELINGEN?

Ist solch eine Bahn realistisch? Die Markteuphorie der 1990er- und frühen 2000er-Jahre ist zwar fast verschwunden, aber es wird viel Druck auf die Regierung notwendig sein, damit die Bahn in die skizzierte Richtung steuert. Viele Schienen- und Umweltverbände kämpfen dafür und fordern eine ausreichende Finanzierung der Schiene. Gleichzeitig versuchen die Auto- und die Luftfahrtlobby, den Status quo zu erhalten, sodass Investitionen weiter vor allem in den klimaschädlichen Verkehr fließen und die Schiene ein Nischendasein fristet. Die Befürworter eines Wettbewerbs zwischen möglichst vielen Bahnunternehmen betreiben zudem weiterhin die Auftrennung der DB in ein öffentliches Netz und – langfristig komplett private – Transportunternehmen. Das wäre für das Ziel eines guten Schienenverkehrs kontraproduktiv und würde zu erheblichen Synergieverlusten und jahrelanger Selbstbeschäftigung führen. Nur eine integrierte Bahn ermöglicht die notwendigen tiefgreifenden Veränderungen in allen Bereichen.

Zusätzlich ist ein Strategiewechsel auf europäischer Ebene notwendig. Bisher setzt die EU rein auf den Markt und möglichst viele konkurrierende Unternehmen auf der Schiene. Doch diese seit Jahrzehnten verfolgte Strategie mit inzwischen vier »Eisenbahnpaketen« hat kaum zu mehr und besserem Bahnverkehr geführt. Das zeigt, dass eine stärkere staatliche Steuerung und Kooperation zwischen den Unternehmen benötigt wird. Ihren hochwertigen Taktfahrplan kann die Schweiz nur umsetzen, weil sie eben nicht an diese Regeln gebunden ist – ein solch attraktives Angebot brauchen wir aber in ganz Europa. Daher müssten genügend EU-Länder Druck machen für einen Strategiewechsel, der europaweit einen besseren Bahnverkehr schafft.

LITERATUR

- Allianz pro Schiene e.V., o. J.: Daten und Fakten zur Schieneninfrastruktur, www.allianz-pro-schiene.de/themen/infrastruktur/daten-fakten/
- Becker, Tim u. a., 2020: Optionen und Empfehlungen bezüglich der Weiterentwicklung der Organisation der Leistungserbringung im Thüringer SPNV, Staatskanzlei des Freistaats Thüringen, Erfurt, www.uni-weimar.de/fileadmin/user/fak/bauing/professuren_institute/Infrastrukturwirtschaft_und-management/Forschung/Publikationen/2020/becker_et_al_2020-organisation_der_leistungserbringung_im_thueringer_spnv-v8oext.pdf
- Beckers, Thorsten/Nagel, Kai, 2023: Gestaltungsempfehlungen für den SPNV aus Kunden- und Effizienz-Perspektive, Berlin, www.uni-weimar.de/fileadmin/user/fak/bauing/professuren_institute/Infrastrukturwirtschaft_und-management/Forschung/Vortraege/2023-II_30-vortrag_beckers_nagel-gestaltungsempfehlungen_spfv-v25_tb_30-II-2023.pdf
- Haines-Doran, Tom, 2022: Derailed: How to fix Britain's Broken Railways, Manchester
- Knierim, Bernhard, 2022: Öffentliche Unternehmen als Einstiege in eine Konversion der Mobilitätsindustrien und Gute Arbeit, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Beiträge, Berlin, www.rosalux.de/publikation/id/46512
- Knierim, Bernhard/Wolf, Winfried, 2019: Abgefahren. Warum wir eine neue Bahnpolitik brauchen, Köln

GESPRÄCH MIT KATALIN GENNBURG

» Transparenz über die Nutzung von Wasser ist eine zentrale Voraussetzung, um über eine andere gesellschaftliche Verteilung zu sprechen.«

DEMOKRATIE AUF DEM TROCKENEN WER ENTSCHIEDET ÜBER KNAPPE RESSOURCEN?

Wie hängen für dich Fragen der Stadtentwicklung mit Wasserversorgung zusammen?

Der Klimawandel stellt uns auch in Berlin vor neue Herausforderungen. Wir sehen zunehmend große Dürren, aber auch heftige Niederschläge, sodass der Boden das Regenwasser nicht mehr aufnehmen kann. Jeder Neubau und jede Versiegelung der Fläche verschärfen das Problem. Immer mehr Architekt*innen werben deswegen dafür, dass wir die Stadt nur noch um- und nicht mehr neu bebauen. Für die LINKE ist es aber auch zentral, ökologische Planung mit sozialen Fragen zusammenbringen. Denn wir brauchen mehr bezahlbaren Wohnraum – auch für Geflüchtete. Es ist eigentlich einfach: Alte Shoppingcenter, Bürogebäude, Parkhäuser und dergleichen könnten in Wohngebäude transformiert werden. Also vor allem Umnutzung statt Neubau. Darüber hinaus müssen wir Fläche sparen, indem wir spekulativen Leerstand beenden, die Gebäude kommunalisieren sowie Maximalgrößen für Neubauwohnungen festlegen. Schon hat man die Frage nach

demokratischer Verteilung der Fläche in der Planungsdebatte. Das ist scheinbar weit weg von der Wasserfrage, aber eigentlich ganz nah dran.

Das berührt viele Grundsatzkonflikte, etwa die Bodenfrage, aber letztlich auch die Frage, welche Industrien und Wirtschaftszweige sich ansiedeln sollen.

Die Bodenfrage ist zentral, wenn es um die demokratische Planung von Gemeinden und Wirtschaftsansiedlungen geht und damit auch um die Verteilung von Naturressourcen. In Berlin ist etwa die Frage der Wasserverteilung sehr undurchsichtig. Vor zwei Jahren habe ich im Abgeordnetenhaus eine kleine Anfrage nach dem Wasserverbrauch industrieller Großabnehmer gestellt. Die damals von den Grünen geführte Senatsverwaltung für Umwelt sagte, das unterliege dem Datenschutz. Wir haben weitergebohrt, auch das Recherchenetzwerk Correctiv hat das Thema bundesweit beleuchtet und festgestellt: Der Großteil der Bundesländer veröffentlicht diese Zahlen, aber nicht Berlin. Transparenz ist eine zentrale Voraussetzung, wenn wir über eine gerechte Verteilung von Wasser sprechen wollen. Solange wir nicht wissen, wie viel Wasser verbraucht wird durch Vattenfall, Coca Cola und andere große Konzerne, sollten wir uns nicht auf Scheindebatten einlassen.

Als Sozialist*innen müssen wir natürlich die Frage der gesellschaftlichen Notwendigkeit von Produktion stellen und Wasserverschwendung als Klassenfrage diskutieren: weg vom Pool des Kleingärtners hin zu den Pools in den großen Hotels und den Hotelketten, die in Berlin massenweise neue

Gebäude bauen und unendlich viel Wasser verplempern für einen Wirtschaftszweig, der null nachhaltig ist.

Habt ihr erreichen können, dass Zahlen zum Verbrauch der Industrie offengelegt wurden?

Wer die größten privaten Verbraucher sind, haben wir leider nicht erfahren. Compact hat dagegen geklagt, der Prozess läuft noch. Wir wissen aber aus offiziellen Statistiken, dass 2019 ein Viertel des Wassers aus der öffentlichen Versorgung an große Gewerbetriebe ging. Unklar ist, an wen genau. In der Frage brauchen wir Transparenz und Demokratie! Als LINKE sollten wir in diesen Konflikt voll einsteigen und das Thema bundesweit und kommunal auf die Agenda setzen, denn die Frage ist für jeden alltagsrelevant.

Aber auch schwer diskutierbar. Man muss gegen das Argument ankommen, man vernichte Arbeitsplätze.

Genau darüber müssen wir diskutieren, das sind Grundfragen einer antikapitalistischen Partei, die für eine Demokratisierung der Wirtschaft und eine sozialistische Gesellschaft kämpft. Es gibt genug Branchen, die wir als Arbeitgeber in der Region brauchen. Aber warum brauchen wir Ansiedlungen wie Tesla in Brandenburg, wo viele Ressourcen verschwendet werden für eine sogenannte Zukunftstechnologie, die keine Probleme löst, sondern neue Engpässe und Konflikte produziert? Noch dazu

KATALIN GENNBURG ist seit 2016 für DIE LINKE Abgeordnete im Berliner Abgeordnetenhaus und in ihrer Fraktion Sprecherin für Stadtentwicklung, Bauen, Umwelt und Tourismus.

pfeift Tesla auf Arbeitnehmer*innenrechte. Die Frage der Wasserverteilung ist dabei nur ein Element einer sozialen Raumordnungs- und Raumverteilungspolitik, die lange Zeit klarer geregelt war. In der BRD etwa hat man definiert, wo Ober- und Unterzentren sind und wie sie im Verhältnis zueinander stehen. Diese sozialstaatliche, strenger regulierte Planung, die es vor allem in der DDR, aber eben auch in der Bundesrepublik gab, ist im Neoliberalismus total verlottert. Da müssen wir ran, weil es um unsere Lebensgrundlagen und das gute Leben für alle geht.

Eine Frage ist, wer verbraucht wie viel Wasser, die andere: Was kostet das Wasser und wohin fließen die Einnahmen aus den Wasserentnahmegebühren?

Zunächst einmal: Wasser ist ein Gemeingut, das nicht der Profitabilität unterliegen darf. Aber es braucht auch gigantische Infrastrukturen für die Wasserversorgung, etwa Rückhaltebecken oder die Kanalisation, die gepflegt und ausgebaut werden müssen. Und das bei gut entlohnter Arbeit. Im Zweifel ist die Wasserversorgung also ein Zuschussgeschäft für den Staat. Einsparmöglichkeiten gibt es anderswo. Wir müssen aber auch darüber sprechen, wie wir bei den Wassergebühren stärker eine Regulierung mit sozialer Staffelung hinbekommen, sodass die großen privaten Unternehmen, aber auch Hausbauer stärker in die Pflicht genommen werden. Wir unterstützen auch die Forderung des BUND nach einem Oberflächenwasser-Entnahmeentgelt für Industrieverbraucher. Was die Frage der zweckgebundenen Investitionen angeht: Dafür gibt es sehr gute Gründe. Berlin muss etwa massiv in den Umbau der Kanalisation investieren.

Wo sind politische Ansatzpunkte, um insgesamt eine gerechte Wasserwirtschaft hinzubekommen?

Aus meiner Sicht ist es wichtig, die Wasser-Rahmenrichtlinie der EU endlich einzuhalten. Das hat viel mit Gewässerschutz und -umbau zu tun. Der Gewässerumbau in Berlin nach 200 Jahren Industriemetropole kostet richtig viel Geld. Das Wachstum der Stadt geht auf den industriellen Reichtum zurück. Gut verdient haben vor allem die Eigentümer*innen, während die sozialen und ökologischen Folgeschäden einfach über Jahrzehnte »vergesellschaftet« wurden. Wer zahlt jetzt dafür, wenn die Gewässer toxisch und in einem bemitleidenswerten Zustand sind? Anstatt diese Herausforderung anzunehmen und sich darum zu kümmern, werden jetzt schon Millionenbeiträge beiseite gepackt, um Strafen für die Nichteinhaltung der Richtlinie zu finanzieren. So geht's nicht!

Welche Akteure und Ansatzpunkte siehst du, um eine sozial gerechte und ökologische Wasserplanung voranzutreiben?

Mehrere Initiativen haben die Debatte über die öffentliche Daseinsvorsorge in der Stadt geprägt: der Energietisch, der Wassertisch, aus dem die Blue Community hervorgegangen ist, und die Mietenbewegung sowie Deutsche Wohnen & Co. enteignen. Alle haben einen basisdemokratischen Anspruch, das heißt, es geht um die Forderung nach echter Demokratisierung, Mitbestimmung und Mitverwaltung. Für die kommunalen Wohnungsbestände etwa hatte die Initiative Mietenvolksentscheid vorgeschlagen, Quartiersräte einzurichten. Daran kann man anknüpfen: Die Menschen sollen in ihren

Vierteln nicht nur über die Quartiers- und Mietengestaltung mitbestimmen, sondern auch die Frage der Wasserversorgung mitdiskutieren. Da kann man gut die Arbeit vom BUND und der Wassernetz-Initiative einspeisen. Es muss dafür gelingen, das Spezialwissen über Natur- und Gewässerschutz so aufzuarbeiten, dass die Debatten für viele Menschen anschlussfähig sind. Was die öffentlichen Wasserbetriebe betrifft: Da geht es beispielsweise um Mitbestimmung bei der Frage der Begrenzung von Managergehältern oder bei der Entscheidung, welches Wasserwerk eine größere Fördermenge erhält. Das sind weitreichende Fragen und harte Konflikte!

Harte Konflikte haben wir bereits in Brandenburg, Stichwort: Wasserverbrauch der Gigafactory Tesla.

Ich hätte die Ansiedlung gerne unter dem Gesichtspunkt gesamtgesellschaftlicher Planung diskutiert. Was bedeutet das für die Versorgung mit Wohnraum, mit Kitas und allem, was dazu gehört? Stattdessen wurden von der Brandenburger Landesregierung schnell Fakten geschaffen. Und es verdichten sich die Hinweise, dass es mit Tesla Vorabsprachen mit Regierungsmitgliedern gab. Das ist zutiefst undemokratisch. Jetzt haben wir eine Situation, in der die Wasserversorgung für die Menschen vor Ort akut gefährdet ist. Darauf haben Umweltverbände von Anfang an hingewiesen. In Berlin haben wir immer wieder darauf gedrängt, dass die Berliner Wasserbetriebe der letzten Ausbaustufe nicht zustimmen, weil damit auch die Wasserversorgung in Berlin gefährdet würde. Diese Frage ist nach wie vor nicht klar beant-

wortet. Mich erinnert das ganze Vorgehen sehr an die Ansiedlungsprozesse nach 1990 in Ostdeutschland.

Inwiefern?

Bei großen Ansiedlungen wurde in der Geschichte der Bundesrepublik immer ein Regionalverband zur überregionalen Koordination gegründet, um Risiken, Folgen und Bedarfe zu kalkulieren und eine umfassende Planung abzusichern – mit Beteiligung von Expert*innen aus den Ministerien, aus regionalen Verbänden, mit ausreichend Finanzen und Personal. Das hat die Landesregierung im Fall Tesla unterlassen. Solche Versäumnisse sind leider Tradition seit den Privatisierungsorgien der Treuhand. So hat man dem kleinen und personell schon unterausgestatteten Stadtplanungsamt Hangelberg die Aufgaben auf den Tisch gelegt und offenbar einkalkuliert, dass die Mitarbeiter*innen unter der Last der Aufgaben der Planung einer Gigafactory zusammenbrechen und kapitulieren. Die Menschen vor Ort haben das durchschaut und sehen klar, wie hier Profite gegen Mitbestimmung und die Lebensbedingungen vor Ort gestellt werden. Ich freue mich, dass zwei Drittel der Abstimmungsberechtigten gegen die Erweiterungspläne von Tesla gestimmt haben. Jetzt muss die LINKE an der Seite der Menschen vor Ort in diese Auseinandersetzung einsteigen und für Demokratie und einen sozial-ökologischen Umbau kämpfen.

Das Gespräch führten Harry Adler und Eva Völpel.

SCHWANKENDE BILANZ

WIE FUNKTIONIERT PLANUNG IN DER STROMWIRTSCHAFT?

UWE WITT

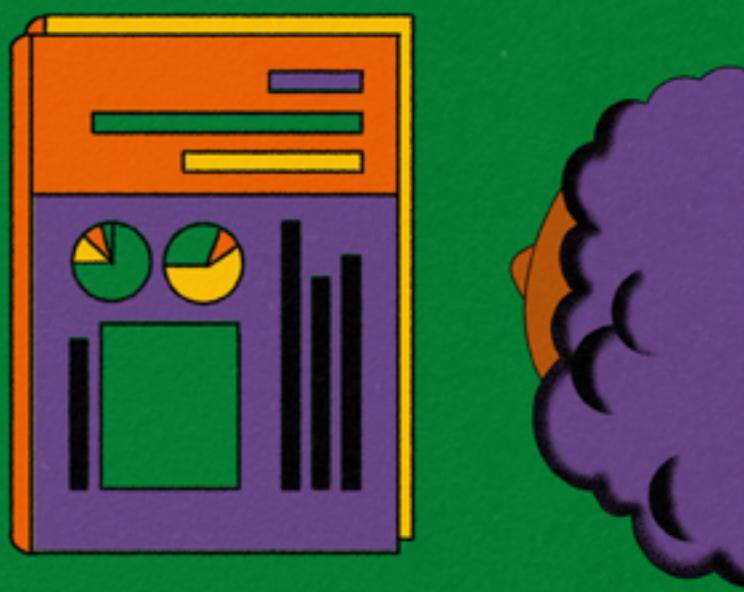
In der Stromwirtschaft gibt es bereits viele staatliche Instrumente, um die Energiewende voranzutreiben. Es fehlt nur der Wille, sie voll auszuschöpfen.

In jeder Sekunde muss exakt so viel Strom produziert werden, wie verbraucht wird. Ein solches Gleichgewicht zwischen Nachfrage und Angebot herzustellen, erfordert zielführende Planung und hocheffiziente Koordination. Umso mehr, weil der naturgemäß schwankende Anteil an Wind- und Photovoltaik-Anlagen wächst und immer mehr dezentrale Stromerzeuger hinzukommen. Insgesamt klappt das erstaunlich gut: Nur zwölf Minuten fällt der Strom hierzulande durchschnittlich pro Jahr aus – international ein Spitzenwert.

Nicht nur diese tägliche Einsatzroutine ist eine komplexe Planungsaufgabe, sondern auch das großflächige Umlenken von Investitionen über mehrere Jahrzehnte. Dies dürfte ein Grund dafür sein, warum nur wenige Bereiche kapitalistischer Volkswirtschaften so umfangreich staatlich geplant und reguliert sind wie der

Stromsektor. Das war selbstverständlich kein Selbstläufer und ist keineswegs ausreichend: Etlliches läuft hier alles andere als perfekt, vor allem gemessen an den Herausforderungen des Klimawandels und der sozialen Gerechtigkeit. Im Vergleich zum Mobilitäts- oder Gebäudesektor, in denen der klimagerechte Umbau schlicht katastrophal ausgebremst wird, ist die Dekarbonisierung in der Elektrizitätswirtschaft aber durchaus vorangekommen. Im letzten Jahr betrug der Ökostromanteil knapp 52 Prozent des Bruttostromverbrauchs.

Daher lohnt es, sich im Kontext neuer linker Planungsdebatten speziell den Strombereich genauer anzuschauen. Hier finden sich Ansätze für eine zukunftsfähige Politik, etwa Instrumente zur Grobsteuerung der Emissionsmenge von Treibhausgasen und zum Ökostromausbau. Sie zeigen auch, warum Planung



nicht vollkommen auf Marktmechanismen verzichten sollte.

VON PARIS IN DIE STECKDOSE

Im Grunde genommen beginnt der Planungsprozess für den Stromsektor in Paris und Brüssel. Das Pariser Klimaschutzabkommen gab im Jahr 2015 das völkerrechtlich verbindliche Ziel aus, den Ausstoß von Treibhausgasen so zu vermindern, dass die 1,5- bis 2-Grad-Grenze nicht überschritten wird. Die Europäische Union schnürte 2021 zur Umsetzung das sogenannte Fit-for-55-Paket. Die Zahl steht für 55 Prozent Emissionsminderung bis 2030 gegenüber 1990. Zuvor waren im EU-Klimaschutzgesetz nur 40 Prozent angepeilt. Klimaneutral soll die EU bis 2050 werden. Diese Strategie teilt den in der EU noch erlaubten Ausstoß von Treibhausgasen in zwei Säulen auf. Es handelt sich zum einen um das eigens reformierte Europäische Emissionshandelssystem für Energiewirtschaft und Industrie (ETS) und zum anderen um die novellierte EU-Lastenteilungsverordnung, die all jene Bereiche der Volkswirtschaften umfasst, die nicht unter das ETS fallen, wie Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft.

UWE WITT ist Volkswirt und Referent für Klimaschutz und Strukturwandel in der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Das Emissionshandelssystem soll dieser Strategie zufolge bis 2030 62 Prozent Treibhausgasemissionen gegenüber 2005 einsparen, in den anderen Bereichen sollen es 40 Prozent sein. Aus Sicht von Umweltverbänden und Wissenschaft ist das weiterhin zu wenig für einen fairen Beitrag Europas zum Erreichen der Paris-Ziele. Doch auch diese Zielvorgaben erfordern, dass sich die jährliche Einsparung in der EU gegenüber dem Durchschnitt der zwei letzten Jahrzehnte um den Faktor 2,5 erhöht. Auch der Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch müsste jährlich mehr als doppelt so stark wachsen. Das macht die gewaltige Herausforderung deutlich – und ist zugleich ein Beleg für viel zu spätes Handeln. Die Ziele könnten und müssten ambitionierter sein, aber das liegt nicht an fehlenden Steuerungsinstrumenten, sondern an fehlenden politischen Mehrheiten.

Im Bereich des Emissionshandelssystems für die Energiewirtschaft und Industrie

hat Brüssel das zulässige Klimagasbudget, eine der wichtigsten Plangrößen der EU, in der Tat deutlich reduziert. Zugleich wurden Mechanismen verschärft, die überschüssige Emissionsrechte aus vergangenen Handelsperioden abbauen und Missbrauch verhindern sollen. Auch das Volumen an Treibhausgasen, das in den Bereichen Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft emittiert werden darf, wurde gekürzt. Im Unterschied zum Emissionshandel, dessen jährliche Ziele und Regeln EU-weit gelten, werden die Ziele hier auf die Mitgliedstaaten aufgeteilt. Deutschland muss entsprechend (von 2005 bis 2030) um 50 Prozent reduzieren, Polen etwa um 18 Prozent.

KOHLEAUSSTIEG NACH PLAN ODER PER PREIS?

Innerhalb des Europäischen Emissionshandelssystems müssen Energiewirtschaft und Industrie nun mit deutlich weniger CO₂-Zertifikaten auskommen als bisher. Das lineare Tempo der Minderung wurde zu Beginn dieses Jahres fast verdoppelt, auf 4,3 Prozent jährlich. Erstmals seit Schaffung des ETS-Markts 2005 könnten die Emissionsrechte wirklich knapp werden. Entsprechend sind die Preise der CO₂-Zertifikate seit 2021 förmlich explodiert: von jahrelang deutlich unter 25 Euro auf zeitweise bis zu 100 Euro pro Tonne im letzten Jahr. Expert*innen erwarten, dass der Kohleausstieg in Europa marktgetrieben schneller stattfinden wird, als es das deutsche Kohleausstiegsgesetz vorsieht, nämlich bereits 2030 statt 2035 oder gar 2038.

Darüber hinaus spielt das Emissionssystem eine Schlüsselrolle dafür, welche der fossilen Kraftwerke tagtäglich zum Einsatz kommen (»Dispatch«). Die hohen CO₂-Preise machen schon jetzt für etliche Stunden des Jahres emis-

sionsstarke Braunkohlekraftwerke unrentabel, sodass sie an der Strombörse immer weniger zum Zug kommen. Trotz der zunehmenden Wirksamkeit dieser Mengensteuerung bleibt ein Kohleausstiegsgesetz wichtig – wenn es auch deutlich ambitionierter sein müsste. Denn sowohl Kraftwerksbetreiber wie Kohlekumpel und Reviere brauchen Planungssicherheit. Über ihre Zukunft und den finalen Abschaltzeitpunkt der Meiler vor Ort dürfen nicht CO₂- und Brennstoffpreise entscheiden. Umgekehrt hat das Kohleausstiegsgesetz keinen Einfluss auf den täglichen Kraftwerks-Dispatch. Es könnte die Wirkung des Emissionshandelsystems also nicht vollständig ersetzen, denn dieses erfasst auch den Industriesektor mit seinen Zehntausenden von Anwendungen, die dem Ordnungsrecht kaum oder nur mit extrem hohem Aufwand zugänglich wären.

ÖKOSTROM: GEPLANTER AUSBAU

Im Elektrizitätssektor gibt es staatliche Pläne für den Ausbau von Alternativen zu Kohle und Gas. So hat die Bundesregierung bis 2040 Ziele für den Ausbau des Ökostroms festgelegt, die sich rechnerisch (vereinfacht) aus einer Vielzahl von Faktoren ableiten: den erwarteten Volllaststunden der Wind-, Solar- und Biomassekraftwerke, dem vollzogenen Atomausstieg, dem angestrebten Ende der Kohleverstromung 2030, dem bis 2040 verfügbaren restlichen fossilen Anlagenbestand, dem geplanten Aufwuchs zusätzlicher Stromverbraucher aus E-Mobilität, Wärmepumpen und Wasserstoff-Elektrolyseuren sowie aus den zu erwartenden Stromeinsparungen. Die offiziellen Pläne kommen den aufwendigen Modellierungen einer Studie von Agora Energiewende (2021) ziemlich nahe.

Umgesetzt werden die Pläne eines zusätzlichen Ökostromausbaus über eine grobe Steuerung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Entsprechend dem angepeilten Strommengenpfad (in Gigawatt installierter Leistung bis 2040) sind dort vierteljährliche Ausschreibungsmengen verankert für neue Windkraft-, Photovoltaik- und Biomasse-Anlagen. Das Kriterium für den Zuschlag ist eine möglichst niedrige Förderhöhe der jeweiligen Neuanlage. Damit soll die finanzielle Belastung so gering wie möglich gehalten, aber die Rentabilität der Anlage sichergestellt werden. Ein spezieller Korrekturfaktor bei der Bewertung der Angebote soll Windkraftanlagen in weniger windreichen Regionen und damit eine bessere geografische Verteilung ermöglichen. Dies wird jedoch durch die teils restriktiven Abstandsregeln zur Wohnbebauung in den südlichen Bundesländern oder schlicht durch eine geringe Verfügbarkeit von Flächen verhindert.

Kleinere Anlagen sowie Bürgerenergieanlagen können sich dem aufwendigen Ausschreibungssystem entziehen. Für sie gilt weiterhin die garantierte technologie-spezifische Einspeisevergütung. Diese hat seit der Einführung des EEG im Jahr 2000 den Ausbau von Ökostromanlagen vorangetrieben, im Zusammenspiel mit dem dort verankerten Vorrang bei der Einspeisung von Ökostrom. Das Ausschreibungs- und Marktprämiensystem wurde erst 2017 unter der Großen Koalition eingeführt. Es sollte die Förderhöhe, die bis dahin staatlich festgelegt worden war und deren Angemessenheit schwer abzuschätzen war, näher an die Erzeugungskosten bringen. Zudem sollte der Ökostromausbau auf diese Weise besser mit

dem Netzausbau koordiniert werden. Auch wenn der Ausbau erneuerbarer Energien in dieser Zeit durch den Umbruch in der Förderarchitektur und durch politische Eingriffe unverantwortlich abgebremst wurde: Das EEG ist als gezieltes Technologieförder- und Planungsinstrument insgesamt ein beachtlicher Erfolg. Jede zweite in Deutschland verbrauchte Kilowattstunde ist heute Ökostrom.

UMKÄMPFTE NETZENTWICKLUNG

Noch ein kurzer Blick auf den Netzbetrieb der Höchstspannungsebene, für den vier Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) verantwortlich sind. Auch diese vier haben Pläne, und zwar Fahrpläne im Viertelstundentakt. Die eingehenden Meldungen der Stromproduzenten über Prognosen der Erzeugung verrechnen die ÜNB mit den Anmeldungen der Vertriebe über die voraussichtliche Nachfrage. Sie prüfen, steuern und gleichen mit Betriebseingriffen in den Anlagenpark in Sekundenpräzision die Strombilanzen aus, um Netzüberlastungen oder Fehlmengen zu verhindern. Die (teils privaten) Übertragungsnetzbetreiber planen zudem – anknüpfend an die volkswirtschaftliche Strommengenplanung – den für die Energiewende notwendigen Ausbau der Höchstspannungstrassen. Sie entwickeln dafür Netzentwicklungspläne auf Basis unterschiedlicher Szenariorahmen, die sie fortschreiben. Die staatliche Bundesnetzagentur prüft und korrigiert die Dokumente, schließlich geht es um ein natürliches Monopol, das reguliert werden muss. Am Ende wird der Ausbau vom Bundestag durch ein Bundesbedarfsplangesetz beschlossen, das etwa alle vier Jahre fortgeschrieben wird.

Netzplanungen stoßen aber regelmäßig auf Gegenwind, so auch der Ausbau von Stromtrassen, der sich um Jahre verzögern kann. Ein Grund dafür ist das Misstrauen vieler Bürgerinitiativen, die gegen die Betreiber klagen. Der Verdacht: Die vier Unternehmen schieben der Bundesnetzagentur als Verfahrensträger überzogene Ausbaupläne unter. Sie sind schließlich Eigentümer der womöglich zu umfangreichen Netze, für deren Betrieb es eine Garantieverzinsung gibt. Ob dieser Vorwurf stichhaltig ist, ist in der Fachwelt umstritten. Progressive Akteure fordern aber, den Planungsprozess, der dem politischen Beschluss vorangeht, in ein öffentliches Fachgremium auszulagern. DIE LINKE geht einen Schritt weiter: Übertragungsnetze (ebenso wie das künftige Wasserstoffnetz) gehören ihr zufolge in die Hand eines einzigen und staatlichen Netzbetreibers, wie es in vielen Nachbarländern Usus ist, etwa in Frankreich, Dänemark oder Holland. Dies soll Kosten einsparen und Misstrauen vorbeugen.

NOTWENDIGE PREISSIGNALE IN EINEM UNGERECHTEN MARKT

An der Strombörse richten die Erzeuger ihr Angebot an ihren Betriebskosten aus, den Brennstoff- und CO₂-Kosten. An der Börse ist es aber der Zuschlagspreis für den letzten noch benötigten Stromproduzenten (das sogenannte Grenzkraftwerk, häufig ein Gaskraftwerk), der den Preis für alle Bietenden vorgibt, also auch für die, die ihren Strom preiswerter verkaufen wollen. Darum ist das System anfällig für Übergewinne, auch wenn etwa Braun- und Steinkohlekraftwerke mit ihren geringeren Brennstoffkosten durchaus deutlich höhere Fixkosten haben als Gaskraftwerke. Jahrzehntlang

haben ausgerechnet Betreiber von Braunkohle- und Atomkraftwerken, aber auch von großen Wasserkraftanlagen prächtig verdient – auf Kosten von privaten Haushalten und Gewerbe.

Bei externen Preisschocks wie in der jüngsten Gaskrise werden Verbraucher*innen besonders übervorteilt. So waren 2022 die Gasturbinen besonders teuer zu befeuern, während sich die laufenden Kosten für Kohle- und Atom- sowie Wasserkraftanlagen und Windparks kaum geändert hatten. So konnten deren Betreiber gigantische Übergewinne erzielen. Die politischen Möglichkeiten, diese Gewinne abzuschöpfen, blieben ungenutzt. Dennoch: Die Preissignale der Börse sind unverzichtbar für die Koordinierung von Hunderttausenden von Stromeinsparern und einer schwankenden regenerativen Erzeugung des Stroms. Diese Signale zeigen etwa an, wann wetterbedingt viel Strom vorhanden ist und wann wenig. Ein regeneratives System ist auf eine flexible Nachfrage und damit auf Preissignale angewiesen, wenn es nicht deutlich mehr Kapazitäten vorhalten will als zwingend nötig.

DEMOKRATISCHE MEHRHEITEN FÜR EINE KLUGE INSTRUMENTIERUNG

Planung kann nur mit den geeigneten Instrumenten (Ordnungsrecht, Förderpolitik und staatliche Infrastrukturinvestitionen) funktionieren und wenn ihre Umsetzung nicht von Konzernen oder Lobbyisten behindert werden kann. Das zeigen die größtenteils gescheiterten Pläne im Nachgang des Pariser Klima-Abkommens. Die nationalen Klimapläne von fast 200 Staaten werden die weltweiten Emissionen von 2019 bis 2030 wohl nicht um die geplanten 43 Prozent senken, sondern lediglich um zwei Prozent (UNFCC 2023).

Schuld sind neben den unzureichend unteretzten Plänen von Politik und Verwaltungen auch die Abwehrkämpfe der mächtigen fossilen Wirtschaft sowie die fehlende finanzielle Unterstützung für ärmere Länder. Selbst Deutschland könnte laut einer Prognose seine Verpflichtungen verfehlen und bis 2030 eine Klimaschutzlücke von 331 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent gegenüber dem Plan aufweisen (Umweltbundesamt 2023). Verantwortlich ist nicht die Energiewirtschaft, die die Ziele des Klimaschutzgesetzes deutlich übererfüllt, sondern insbesondere der Verkehrs- und Gebäudesektor, für den die Ampel keine wirksamen Umsetzungsinstrumente geschaffen hat.

Planung ist letztlich nicht mehr als ein Instrument. Kluge und lernfähige Planung muss dort, wo es notwendig ist, auch eine Feinsteuerung über Preismechanismen zulassen. Nur so kann es ihr gelingen, sowohl tägliche Dispatch-Routinen wie langfristige Umbauprozesse zu steuern. Zentrale Vorgaben müssen mit wirksamen Instrumenten auf die untergeordneten Ebenen transportiert werden. Planungsvorhaben müssen als lernende und rollierende, also in regelmäßigen Abständen zu korrigierende Prozesse angelegt sein. Eine solche Flexibilität ist notwendig, weil ein erfolgreicher Planungsprozess dezentrale Planungen und Projekte nicht nur zulassen, sondern unterstützen muss. Entsprechend muss er mit Regulierungs-, Koordinierungs- und Förderinstrumenten unteretzt sein, die Technologieentwicklung und Klimaschutzvorhaben »von unten« ermöglichen. Das EEG ist in weiten Teilen ein Beispiel dafür.

Um dies zu organisieren, ist nicht weniger, sondern mehr und bessere Planung vonnöten, nicht nur im Strombereich. So

plädiert eine Analyse der Universität Weimar für eine »Systementwicklungsplanung« auf dem Weg zur Klimaneutralität: Ein öffentliches Planungsregime müsse »auf die Identifikation von aus einer Gesamtsystemsicht und insofern aus gesamtwirtschaftlicher Sicht vorteilhaften Koordinationsentscheidungen ausgerichtet sein« (Vorwerk u. a. 2023). Die Mängel der aktuellen Planungsprozesse machen demgegenüber klar: Die konkreten Machtverhältnisse sind entscheidend dafür, welche Zielpfade in diesen Prozessen festgelegt werden, inwiefern diese realisiert werden können und welche Verteilungswirkungen sie haben. Der Erfolg insbesondere von Infrastrukturvorhaben wird stark vom demokratischen Gehalt des jeweiligen Planungsprozesses beeinflusst – auch weil fehlende Akzeptanz die Umsetzung bremsen kann. Der Druck von Klimaschutz- und sozialen Bewegungen und die faktische Kraft von eigenmächtigen Klimaschutzinvestitionen beeinflussen das politische Umfeld von Planungsprozessen in positiver Weise. Dies gilt leider unter umgekehrten Vorzeichen auch für die Aktivitäten der Gegenseite.

LITERATUR

- Agora Energiewende, 2021: Klimaneutrales Deutschland 2045, www.agora-energiewende.de/publikationen/klimaneutrales-deutschland-2045-1
- Umweltbundesamt, 2023: Projektionsbericht für Deutschland, www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/11850/publikationen/39_2023_cc_projektionsbericht_2023.pdf
- UNFCCC – United Nations Framework Convention on Climate Change, 2023: Nationally determined contributions under the Paris Agreement, www.unfccc.int/documents/632334
- Vorwerk, Lukas u. a., 2023: Energiewende, Sektorenkopplung und Infrastrukturen, www.uni-weimar.de/fileadmin/user/fak/bauing/professuren_institute/Infrastrukturwirtschaft_und-management/Forschung/Publikationen/2023/vorwerk_et_al_2021-2023-energiewende_sektorenkopplung_infrastrukturen-v70oext.pdf

VOM LEBEN HER PLANEN

WIE ORGANISIEREN WIR NEUE SORGEVERHÄLTNISSE?

**BARBARA FRIED &
ALEX WISCHNEWSKI**

Die Sorgearbeit muss raus aus dem prekären Privaten
und ins Zentrum einer sozialistischen Wirtschaftsplanung.
Wie das aussehen kann, zeigen erste Ansätze »Sorgender Städte«.

Bei demokratischer Wirtschaftsplanung denken die meisten Menschen zunächst an die Produktionssphäre. Dabei standen in der Debatte um Vergesellschaftung und Planung in den letzten Jahren vor allem Fragen sozialer Reproduktion im Zentrum: von der Kampagne Deutsche Wohnen & Co enteignen und ihrem Kampf um die Vergesellschaftung von Wohnraum bis hin zu den Kämpfen um Energieversorgung und Mobilitätsplanung. Ziemlich unterbelichtet hingegen ist die Planungsfrage, wenn wir auf die »Produktion des Lebens« (Frigga Haug) blicken, also auf die Versorgung alter Menschen, das Großziehen von Kindern, die Unterstützung behinderter Menschen, soziale Arbeit oder Bildung. Wie Heide Lutosch (2022) argumentiert, ist dies nicht nur eine Leerstelle unter vielen, sondern ein konzeptionelles Problem der Planungsdebatte (vgl. ihren Beitrag

in diesem Heft). Denn die Neuorganisation von Sorgeverhältnissen ist elementar dafür, wie Gesellschaft gestaltet werden kann und sollte.

Was also kann Planung für den Bereich der Sorgearbeit heißen? Und was lernen wir für die Planungsfrage insgesamt, wenn wir sie aus der Perspektive der »Produktion des Lebens« heraus betrachten? Anhand von drei Care-Politiken wollen wir skizzieren, was das konkret bedeuten kann.

DAS PRIVATE IST (UN-)PLANBAR!?

Viele Menschen sind der Ansicht, das Private sollte gesellschaftlichem Einfluss weitgehend entzogen sein. In Sorgeverhältnisse planerisch einzugreifen, weckt ungute Vorstellungen von DDR-Krippen oder Betriebsferienlagern. Dabei sind Sorgebeziehungen auch heute gesellschaftlich und staatlich geformt. Dass zwei Drittel der



Care-Arbeit im häuslichen Rahmen stattfinden, ist das Ergebnis von Regularien, über die wir nicht mitentschieden haben, etwa unzureichende Kinderbetreuung oder die marktförmige Organisation von Altenpflege. Nur wenn diese Fragen Gegenstand demokratischer Aushandlung werden, lässt sich das ändern.

Wird also versäumt, bei der demokratischen Planung von Anfang an auch die Perspektive der Sorgearbeit einzunehmen, droht eine Verkenntung des »Trennungszusammenhangs« zwischen privat und öffentlich, zwischen Produktion und Reproduktion, der fundamental ist für die herrschaftliche Organisation von Arbeit, für patriarchale Ausbeutung und ein heteronormatives Geschlechterregime im Kapitalismus. Aus feministischer Perspektive muss eine Neuorganisation der Ökonomie genau diese Aufteilung in »produktive«, materiell anerkannte Lohnarbeit und der ins Private gedrängten, schlecht oder gar nicht entlohnten Fürsorgearbeit überwinden.

Dabei besteht ein enger Zusammenhang zwischen Vergesellschaftung und demokratischer Planung: Ohne eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse ist die demokratische Verfügung über die jeweiligen Ressourcen

BARBARA FRIED ist Referentin für feministische Klassenpolitik in der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie ist Mitbegründerin des Netzwerks Care Revolution und hat die Vernetzung rund um das Konzept der »Sorgenden Städte« in Deutschland mit angestoßen. <https://sorgende-staedte.org/>

ALEX WISCHNEWSKI arbeitet für die Rosa-Luxemburg-Stiftung zu transnationalen feministischen Bewegungen. Sie hat das Netzwerk Care Revolution und die Plattform #keinemehr mitgegründet und ist in Projekten zu »Sorgenden Städten« aktiv.

nicht möglich. Ohne demokratische Planung wiederum schnürt Vergesellschaftung schnell auf staatliche Verwaltung zusammen, die an den Bedürfnissen der Menschen vorbeigeht. Sowohl Vergesellschaftung als auch demokratische Planung von Sorgeverhältnissen setzen deren doppelte Entprivatisierung voraus (Fried/Wischnewski 2023). Das heißt: raus aus der Profitlogik und raus aus der privaten Verantwortung und Isolation in den Haushalten.

Eine kollektive Planung von Sorgeverhältnissen dürfte aber gerade nicht darin bestehen, sie nach einer »industriellen« Logik zu stan-

dardisieren. Stattdessen geht es darum, mehr Wahlfreiheit und jeweils passende Möglichkeiten zu schaffen, um unsere Sorgebedürfnisse auf der Grundlage kollektiver Entscheidungen befriedigen zu können. Demokratische Planung im Bereich der Sorgearbeit heißt also, passgenaue Angebote und eine gerechte Verteilung von Care für alle zu gewährleisten. Um den sehr unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht werden zu können, müsste dafür zunächst der tatsächliche Bedarf ermittelt werden. Sorgebedürfnisse differieren stark zwischen Personengruppen, aber auch im Verlauf des Lebens. Um eine demokratische Bedarfsplanung in der Gesundheitsversorgung, der ambulanten Pflege, den Infrastrukturen für Betreuung und Bildung aufzubauen, muss eine Vielzahl von Stimmen Gehör finden. Marginalisierte und vulnerable Gruppen müssen einen festen Platz in Beratungs- und Entscheidungsstrukturen haben. Reine »Interessenvertretung« greift jedoch zu kurz, denn es geht auch um übergeordnete langfristige Fragen, etwa die Frage, wie alternative Sorgearrangements praktisch aussehen können.

PLANUNG HEISST SELBSTVERÄNDERUNG

Die demokratische Planung von Sorgeverhältnissen geht aber noch weiter: Sorgebedürfnisse selbst verändern sich im Prozess, etwa wenn Care-Tätigkeiten ein größeres Ansehen genießen und nicht mehr in die Familien, meist an Frauen ausgelagert werden. Im Kern geht es um neue Beziehungsweisen, in denen das Umsorgtwerden nicht Kennzeichen von Schwäche ist, sondern eine besondere Qualität von Gesellschaftlichkeit zur Geltung bringt. Planung kann in diesem Sinne als Prozess der (Selbst-)Veränderung entworfen

werden, als Moment einer transformativen Praxis. Insofern ermöglichen veränderte Sorgeverhältnisse demokratische Planung selbst. Sie bilden den Kern eines neuen Miteinanders und schaffen die Bedingungen für kollektive Aushandlungsprozesse jenseits von Einzelkämpfertum, Dominanz und Konkurrenz: Ein (besseres) Verständnis für das Gegenüber und seine Bedürfnisse sowie für unser aller fundamentales Angewiesensein auf Sorge und funktionierende Sorgebeziehungen sind dafür elementar. Sie schaffen die Grundlage dafür, dass sich mehr Menschen tatsächlich an demokratischer Planung beteiligen können und nicht aufgrund ihrer Sorgeverpflichtungen davon ausgeschlossen werden. Demokratische Partizipation kann sich daher nicht auf die Beteiligung an Gremien beschränken, sondern zielt auch auf die konkrete Gestaltung veränderter Sorgepraxen in einem weiten Sinne. Kinderläden waren in den 1970er-Jahren ein Schritt in diese Richtung, auch Mehrgenerationenhäuser, Caring-Communities oder selbstorganisierte Demenz-WGs sind Orte einer anderen Form des Sorgens, jenseits von Familie als auch von sozialer Dienstleistung. Bisher sind solche Arrangements meist Teil von Subkulturen und damit Wenigen vorbehalten. Derartige Strukturen gilt es öffentlich zu fördern, auszubauen und für Viele zu öffnen. Es braucht Räume der Fantasie und Kreativität – denn es gibt dazu noch viel zu wenige praktische Erfahrungen.

Diese Form von »Gesellschaftsproduktion« muss auf der lokalen Ebene beginnen. Sorgebeziehungen sind größtenteils im sozialen Nahraum verortet. Ein soziales Netz für die Aushandlung von Bedürfnissen und die schrittweise Bearbeitung von Interessen-

konflikten lässt sich leichter im Wohnviertel knüpfen. Rätestrukturen ermöglichen Mitbestimmung von unten nach oben. Aus den Projekten der municipalistischen Regierungen im spanischen Staat, insbesondere in Barcelona und Madrid, lässt sich lernen, wie man die Vergesellschaftung und demokratische Planung von Sorge auf der kommunalen Ebene vorantreiben kann. Das damit verbundene Transformationsprojekt wird häufig unter dem Begriff der »Sorgenden Stadt« verhandelt – einer Stadt, die konsequent entlang der Sorgebedürfnisse ihrer Bewohner*innen gedacht und geplant wird. Das schließt auch Verkehr und Mobilität ein, reicht von Grünflächen über die Gestaltung des öffentlichen Raums bis hin zum allgemeinen Zugang zur sozialen Versorgung (vgl. Fried/Wischnewski 2023).

HIER UND HEUTE BEGINNEN

Was bedeuten diese Überlegungen nun konkret? Wie kann es gelingen, ins Private verschobene und an Frauen delegierte Sorgetätigkeiten stärker in gesellschaftliche Verantwortung zu nehmen? Anhand von drei Beispielen wollen wir zeigen, was heute schon möglich wäre.

1 II (Re)kommunalisierung von Altenpflege – Profitdeckel jetzt!

Wohnformen und Pflegemöglichkeiten für alte Menschen gilt es auszubauen und für alle kostengünstig oder kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Nur so ist es möglich, Familien und Haushalte von der Pflegeverantwortung zu entlasten. Die Altenpflege ist in Deutschland seit dem Pflegeversicherungsgesetz von 1993 überwiegend in der Hand privatwirtschaftlicher Unternehmen, die um die größten

Gewinnmargen konkurrieren. Der Eigenanteil für einen Platz in einem Pflegeheim beträgt entsprechend um die 2400 Euro pro Monat. Das kann sich eine Altenpflegerin, die 40 Jahre in so einer Einrichtung gearbeitet hat, von ihrer Rente nicht leisten. Neben einem dramatischen Personalmangel hat sich die Situation in den Altenheimen insofern zugespitzt, als sie zunehmend ins Visier von Kapitaldienstleistern und Anlagefonds geraten sind. Auf dem Rücken von Beschäftigten und Bewohner*innen wurden beachtliche Renditen eingefahren. Inzwischen kommt es allerdings – wie letztes Jahr in Bremen – auch zu Pleitewellen, für deren Folgekosten die öffentliche Hand aufkommen muss.

Um dem einen Riegel vorzuschieben und Impulse für mehr Vergesellschaftung und Planung zu geben, wäre zunächst ein Profitverbot durchzusetzen. Es soll Altenpflegeheime für privates Anlagekapital unattraktiv machen und ihren Betrieb am Gemeinwohl ausrichten. Ein Gutachten der Rosa-Luxemburg-Stiftung zeigt, dass dies heute schon möglich wäre (Baunack/Giltsbach 2023). Im Kita-Bereich etwa lassen Berlin und Bremen nur Träger zu, die gemeinwohlorientiert arbeiten. Darüber hinaus wäre es nötig, mehr kommunale Träger und Einrichtungen zu schaffen, Altenpflege also zu (re-)kommunalisieren. Trotz Subsidiaritätsprinzip ist das heute bereits möglich. Zwar ist der kommunale Betrieb noch kein Garant für bessere Angebote und mehr Mitsprache. Doch die Entprivatisierung der Trägerstruktur ist die Voraussetzung für eine demokratische Verwaltung: das Angebot orientiert sich dann am öffentlich festgelegten Bedarf statt am Profit. Dies wäre ein erster Baustein demokratischer Planung im Sorgebereich.

2 // Nahräumliche Versorgung

– »Care-Superblöcke« in Barcelona

Je schwerer zugänglich die stationäre Pflege ist, desto belasteter sind die privaten Haushalte. Nicht zuletzt deshalb werden 84 Prozent der anfallenden Pflegearbeit heute von Angehörigen übernommen. Viele betreuungsbedürftige Menschen, gerade solche mit niedrigerem Pflegegrad, wollen aber trotz einer gut funktionierenden öffentlichen Infrastruktur in ihrer vertrauten Umgebung bleiben. Daher müssten im nächsten Schritt öffentliche Angebote geschaffen werden, die in die Haushalte »hineinreichen«, also ermöglichen, auch im Wohnumfeld ohne Überlastung zu pflegen.

Mit diesem Ziel hat die linke Stadtregierung von Barcelona zwischen 2015 und 2023 die sogenannten Care-Superblöcke (*Superilles de les Cures*) geschaffen, um über öffentliche ambulante Dienste auch die häusliche Pflege neu zu organisieren. In dem Modell betreuen Pflegeteams aus ungefähr zwölf Fachkräften eine Gruppe von etwa 50 Klient*innen, die alle im selben »Superblock« leben. Damit sind Nachbarschaften gemeint, in denen nicht mehr als 30 000 Menschen wohnen und alles in etwa fünf Minuten zu Fuß zu erreichen ist. Durch dieses Programm gewinnen die Pflegenden mehr Autonomie bei der Organisation ihrer Arbeit, kürzere Wege und damit kürzere Arbeitstage. Die Pflegebedürftigen profitieren wiederum von einer stabilen Bezugsgruppe, der direkteren Kommunikation und einer Betreuung, die flexibel an ihre Bedürfnisse angepasst werden kann. Eine engere Bindung zwischen den beruflichen und den familiär Pflegenden ermöglicht es, sensibler auf die Care-Bedürfnisse einzugehen. Außerdem geht es darum, öffentliche Verantwortung für einen

sonst als privat deklarierten Raum zu übernehmen und bisherige Arrangements zu hinterfragen. Durch die (zeitliche) Entlastung der bezahlt wie unbezahlt Pflegenden kann es als etwas Positives erfahren werden, sich umeinander zu kümmern, was wiederum grundlegend ist für die Anerkennung und demokratische Planung weiterer Sorgebedürfnisse.

3 // Sorgezentren

Eine dritte wichtige Säule sind Infrastrukturen, die kollektive Formen des Füreinander-Sorgens fördern und einen Raum neben Privathaushalten und kommunalen Einrichtungen öffnen. Sie müssen anerkannt und öffentlich unterstützt werden, und zwar so, dass die Selbstverwaltung im Vordergrund steht, um Raum für sich verändernde Bedürfnisse und -praxen zu geben. Solche Strukturen lassen sich nicht am grünen Tisch entwerfen, sie müssen praktisch erprobt und stetig weiterentwickelt werden.

Vila Veïna – Barcelona

Auch hier gibt es ein inspirierendes Vorbild aus Barcelona: Die linke Stadtregierung schuf in den Care-Superblöcken Strukturen, die über die häusliche Pflege hinaus die unterschiedlichen körperlichen und sozialen Bedürfnisse der Bewohner*innen ermittelten. So wurde in jedem Block erhoben, welche Angebote es gibt und welche Bedürfnisse unbeantwortet bleiben. Auf dieser Grundlage wurde *Vila Veïna* für die Anliegen in diesem Gebiet entwickelt – von Sportkursen für pflegende Angehörige bis hin zur selbstorganisierten Kinderbetreuung oder zu Gemeinschaftsküchen. Die bei der Kommune angestellten Koordinator*innen behielten jeweils den Überblick, boten Beratung und Information und unterstützten

die Weiterentwicklung der einzelnen Elemente des Programms. So wurden passgenaue Angebote sowie Räume für selbstorganisierte Aktivitäten geschaffen, in denen Care-Praxen für eine künftige demokratische Organisation und Planung entwickelt werden konnten – im Bereich der Sorgearbeit und darüber hinaus.

Sorge ins Park Center – Berlin

In Berlin knüpft die Kampagne »Sorge ins Park Center« an diese Idee an: Ein leer stehendes Einkaufszentrum soll zu einem Ort für gemeinschaftlich organisierte Sorgearbeit werden. Die Initiative wird von 30 bis 40 Aktiven aus dem Umfeld der Partei DIE LINKE sowie aus stadtplanerischen, feministischen und klimapolitischen Zusammenhängen getragen. Sie schlagen die Umnutzung einer innerstädtischen Fläche vor, die der Nachbarschaft zugutekommen soll. Angelehnt an die *Vila Veïnas* sollen dort Angebote jenseits von Kommerz entstehen, die zu den Bedürfnissen im Kiez passen. Das große Gebäude würde Platz bieten für die (derzeit prekäre) Nahversorgung, für ein interdisziplinäres Gesundheitszentrum sowie eine Tagespflege mit Unterstützungsangeboten für pflegende Angehörige. Denkbar wären auch Räume für gemeinschaftliche Kinderbetreuung, ein Rentner*innen-Café, Sozialberatungen aller Art, Angebote für Frauen mit Gewalterfahrung und auch ganz praktische Dinge wie eine Waschküche, eine Kiezkantine und ein Versammlungsraum für politische Debatten und Feste. Damit würde ein gemeinsamer Ort für ganz unterschiedliche Personengruppen entstehen, die sich dort kennenlernen und über ihre Wünsche für den Kiez austauschen können. Um die dringendsten Bedarfe zu

ermitteln und das Projekt bekanntzumachen, werden derzeit Gespräche organisiert, etwa im Rahmen von Haustürbesuchen und zahlreichen Veranstaltungen. Es gibt eine Vernetzung mit Initiativen im angrenzenden Kunger-Kiez sowie mit den Mieter*innen der zum Center gehörenden Wohnungen.¹

AUSGANGSPUNKT FÜR MEHR

Viele dieser Ideen sind nicht neu, doch sie müssen weiterentwickelt und an neue Bedingungen und Bedürfnisse angepasst werden. Die neoliberale Subjektivierung geht so weit, dass soziale und kollektive Rechte vielen nicht mehr unmittelbar einsichtig sind und ihre Durchsetzung kaum möglich scheint. Gerade deshalb müssen wir den Fokus darauf richten, wie die Krisen im individualisierten Alltag der Menschen ankommen. Der Blick auf die Sorgeverhältnisse gibt neue Impulse für Vergesellschaftung und demokratische Planung und damit Chancen für linke Kämpfe und transformatorische Politik insgesamt.

LITERATUR

- Baunack, Sebastian/Gilsbach, Anna, 2023: Gemeinwohlorientierung in der Altenpflege, Online-Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung, www.rosalux.de/publikation/id/50177/
- Fried, Barbara/Wischnewski, Alex, 2023: Feministisch vergesellschaften. Kommunalpolitische Strategien für eine Sorgende Stadt, in: *communia & BUNDjugend* (Hg.), *Öffentlicher Luxus*, Berlin, 64–90
- Lutosch, Heide, 2022: »Wenn das Baby schreit, dann möchte man doch hingehen«, *communaut*, 30.4.2022, <https://communaut.org/de/wenn-das-baby-schreit-dann-moechte-man-doch-hingehen>

¹ Genauere Infos zur Arbeit der Initiative finden sich bei Instagram hier: @sorgeinsparkcenter

GESPRÄCH MIT KALLE KUNKEL

» Es ist absurd, wie viele Leute gegen Unterkünfte für Geflüchtete kämpfen, anstatt ihr lokales Krankenhaus zu verteidigen.«

Kalle Kunkel

KRANKENHAUS- PLANUNG VON UNTEN – (WIE) GEHT DAS?

Etwa die Hälfte der Krankenhäuser in Deutschland ist von Schließung bedroht.

Wie kann das sein?

Das ist das Ergebnis der Politik der letzten 20, 30 Jahre. Mit der Einführung der Fallpauschalen wurde das Prinzip der sogenannten Selbstkostendeckung abgeschafft, also dass man zuerst den Bedarf ermittelt und dann das Geld zur Verfügung stellt. Heute müssen die Krankenhäuser als normale Wirtschaftseinheiten agieren, mit festgelegten Preisen. Machen sie keine Gewinne oder kommen sie nicht zumindest auf eine schwarze Null, sind sie insolvenzgefährdet. Inflation und Energiekrise haben das noch verschärft.

Ist das politisch gewollt? Würde dann nicht die Versorgung zusammenbrechen?

Die Zahl der Häuser massiv zu reduzieren ist das erklärte politische Ziel. Dabei stützt man sich auf Zahlen, die behaupten, dass es eine massive Überversorgung gebe. Doch die beziehen sich höchstens auf einzelne Ballungszentren, wo es tatsächlich eine relativ hohe Dichte an Krankenhäusern gibt – auch wenn man sich das für einzelne Fachgebiete nochmal genauer

anschauen muss. Bedroht sind vor allem die Kliniken in ländlichen Regionen, die einen breit gefächerten Bedarf bedienen und dringend gebraucht werden. Es droht eine massive Ausdünnung in der Fläche. Das wäre nicht nur ein GAU für die Gesundheitsversorgung, sondern auch für die Demokratie. Die Benachteiligung des ländlichen Raums ist Wasser auf die Mühlen der Rechten.

Im Krankenhausbereich gibt es immerhin eine öffentliche Planung. Warum funktioniert sie nicht?

Weil die eigentlich gute Idee schlecht umgesetzt wird. Im Zuge der Marktsteuerung haben die Länder ihren Planungsanspruch immer mehr zurückgefahren. Statt zu überlegen, wo welche Fachabteilungen gebraucht werden, machen sie den Häusern nur grobe Vorgaben, und die schauen dann selbst, wie sie wirtschaften. Zudem wurden die rechtlichen Kompetenzen der Länder geschwächt. Sie haben kaum mehr die Möglichkeit, einem Krankenhausbetreiber vorzuschreiben, auf eine lukrative Fachabteilung zu verzichten. Mit der neuen Krankenhausreform von Karl Lauterbach werden zwar einige Planungskriterien gestärkt. Aber den Ländern fehlen sowohl die Planungs-kapazitäten wie die finanziellen Mittel. Denn für eine wirkliche Veränderung bräuchte es massive Investitionen. Am Ende ist es immer das gleiche Problem: Der Staat hat sich durch den Verzicht auf Steuereinnahmen und die Schuldenbremse selbst handlungsunfähig gemacht, auf Kosten der sozialen Infrastruktur.

Warum machen die Länder keine Gesamtplanung mehr? Aus ideologischen Gründen? Oder können sie es nicht?

Eine Planungssystematik zu entwickeln ist nicht einfach, dafür braucht man konzeptionelle Ressourcen. In den letzten 30 Jahren wurde die öffentliche Planungskompetenz völlig ausgetrocknet. In den Behörden gibt es Leute, die durchaus guten Willens sind, denen aber die Mitarbeiter*innen fehlen, um einen Plan aufzustellen und im Zweifel gegen Krankenhauskonzerne durchzusetzen. Man müsste den Bereich komplett neu aufbauen.

Wie demokratisch werden denn die Landeskrankenhauspläne heute entwickelt?

Vom Anspruch her ist es ein Multi-Stakeholder-Ansatz, in der Praxis reines Regierungshandeln, zumindest hier in Berlin. Wie in den meisten Bundesländern wird der Plan als Verordnung in einem Parlamentsausschuss zur Kenntnis gegeben. Das Landesrecht sieht einen Beraterkreis mit nichtstaatlichen Akteuren vor, doch der hat nur kommentierende Funktion. Die wirkliche Aushandlung findet nur zwischen den Krankenhäusern, der Senatsverwaltung und den Krankenkassen statt.

Im Gesundheitswesen gibt es starke Player, die keine klassischen Marktakteure sind: die Spitzenverbände der Selbstverwaltung wie Krankenkassen und Ärztevereinigungen. Ist das ein Potenzial für demokratische Planung?

Bei der Frage der Gesundheitsplanung werden die Tücken der Verstaatlichung bzw. Vergesellschaftung deutlich. Neoliberale

KALLE KUNKEL hat als Gewerkschaftssekretär die Kämpfe von Pflegekräften begleitet und zu gewerkschaftlicher Krankenhauspolitik promoviert.

Strategien folgten hier nicht einfach der Logik »Markt vs. Staat«. Sie wurden oftmals unter dem Schlagwort der Selbstverwaltung und Subsidiarität eingeführt. Das hat dazu geführt, dass auch nichtstaatliche Akteure in den Gremien zunehmend marktförmig agieren und egoistische Interessen ausbilden. Die Krankenhäuser, aber auch die organisierte Ärzteschaft und die Krankenkassen sind heute mächtige Wirtschaftsakteure, die die Strukturen der Selbstverwaltung nutzen, um ihren eigenen Markt zu gestalten und ihre Position darin zu verbessern. Das kann auf Kosten ihrer fachlichen Glaubwürdigkeit gehen.

Wie sieht es mit der Beteiligung der Beschäftigten und Patient*innen aus?

Im System der Selbstverwaltung haben heute nur die Wirtschaftakteure eine Stimme. Patient*innen haben nur eine Art Anhörungsrecht. Beschäftigte sind gar nicht beteiligt. Ver.di strebt das unter den jetzigen Bedingungen auch gar nicht an: Man will sich aus den vermachteten Strukturen eher raushalten, weil man nicht die Ressourcen hat, sich wirklich einzubringen. Schließlich muss man sonst auch Entscheidungen mitverantworten.

Wie würde mehr demokratische Kontrolle aussehen?

Das ist eine gute Frage. Die neoliberalen Reformen im Gesundheitssystem wurden ja genau damit begründet, mehr Transparenz und Kontrolle herstellen zu wollen. Ein wirtschaftliches Anreizsystem sollte egoistische Einzelinteressen und vor allem die unkontrollierte Macht der Ärzt*innen einhegen. Das ist zwar nicht gelungen – de facto haben sie im System der Fallpauschalen mehr ökonomische

Macht, weil nur ihre Behandlungen und Diagnosen vergütet werden –, aber das Ziel fanden viele gut. Das zeigt, dass es neue Formen der demokratischen Kontrolle braucht, keine einfache Rückkehr zum System der Selbstkostendeckung, das auch von Hierarchien und Eigeninteressen geprägt war.

Aber was wäre die Alternative?

Ein System, das echte fachgerechte Diskussionen ermöglicht, ähnlich der Wissenschaft. Es muss auf wechselseitiger intraprofessioneller Kontrolle basieren und fachliche Anerkennung als zentrale Währung setzen. Dabei darf nicht nur das Wissen von Ärzt*innen zählen, sondern auch das von Pflegekräften und Therapeut*innen. Da könnten wir von Ländern lernen, wo keine so starre Hierarchie zwischen den Berufsgruppen herrscht. Und natürlich müssten die Patient*innen eine zentrale Rolle spielen. Das ist nicht leicht, weil in der Regel nur eine kleine Minderheit – diejenigen mit schweren und chronischen Krankheiten – motiviert ist, sich einzubringen. Für eine Beteiligung auf Augenhöhe müssten sie sich stärker in Verbänden organisieren.

Im Gesundheitssystem geht es um sehr komplexe Fragen. Kann man die überhaupt demokratisch entscheiden?

Stimmt, gerade in der Gesundheitspolitik braucht es viel Expertise, um Sachverhalte einschätzen zu können. Falsch verstandene Partizipation kann auch problematisch sein. Die Pharmaindustrie etwa instrumentalisiert immer wieder Patientenorganisationen, um neue Verfahren möglichst schnell freizugeben, obwohl sie noch nicht durchgeprüft sind. Es kann Jahrzehnte dauern, bis Krebsmedika-

mente für den freien Markt zugelassen sind, aus guten Gründen. In dem Zeitraum können unzählige Menschen sterben. Mit dieser Spannung muss man umgehen, wenn man über Demokratisierung redet.

Was wäre ein guter Umgang damit?

Man könnte hier viel von der partizipativen Stadtplanung lernen. Dort gibt es Ansätze, die Expert*innen, also Stadtplaner*innen, Architekt*innen etc., gezielt darin auszubilden, Sachverhalte so zu präsentieren, dass sie diskutierbar sind. Es muss klare fachliche Vorgaben geben, damit ein Gebäude nicht einstürzt, aber die Ausgestaltung ist verhandelbar. Die Expert*innen haben die Aufgabe, ein Grundgerüst zu entwickeln, in das die unterschiedlichen Interessen deliberativ einfließen können. Denn ja, Patient*innen haben nicht die gleichen Interessen wie die Beschäftigten und auch mal andere als die Beitragszahler*innen. Ein ernsthafter demokratischer Prozess muss das mitdenken und ein fachliches Gerüst spannen, das Diskussionen und transparente Aushandlungen zulässt.

Ist eine solche Beteiligung auf der kommunalen Ebene der Bedarfsplanung einfacher?

Ja, Raum ist ein wichtiger Faktor für Demokratie. Natürlich braucht man auch eine Zentralisierung auf Bundesebene und Pläne der Bundesländer. Aber unterhalb dessen können wir quer zu Länder- oder Stadtgrenzen Gesundheitsregionen definieren und dort konkret aushandeln, was gebraucht wird.

Welche Aussicht auf Erfolg haben Kämpfe für eine Bedarfsplanung vor Ort, etwa zur Verteidigung eines Krankenhauses?

Es müsste uns gelingen, um diesen Kampf ein demokratisches Pathos zu organisieren. Es ist doch völlig absurd, wie viele Leute gegen Unterkünfte für Geflüchtete kämpfen, anstatt aus einer lebensbejahenden Perspektive ihr lokales Krankenhaus zu verteidigen. Das Problem ist auch, dass es bisher nur Abwehrkämpfe gegen die Schließung eines konkreten Standortes gibt. Eigentlich müsste es aber um Beteiligung an der Planung gehen. Man müsste sagen: Wir wollen unsere Gesundheitsregion gestalten und alle beteiligten Akteure an den Tisch holen. Das Ganze wird obsolet, wenn der finanzielle Rahmen so eng ist, dass nur noch verschiedene Formen der Mangelverwaltung zur Auswahl stehen.

Das heißt, offensiv die Finanzierungsfrage zu stellen – auch angesichts der neuen Krankenhausreformen?

Genau. Die Reform gefährdet unsere Gesundheitsversorgung und die Arbeitsbedingungen. Es wird argumentiert, dass man kein zusätzliches Geld in ein dysfunktionales System stecken will. Unsere Antwort müsste sein, als Region oder Bundesland einen Plan zu entwickeln für funktionierende Versorgung und dann festzulegen, wie viel Geld man dafür braucht. Die Zentralisierung der Krankenhauslandschaft in Dänemark hat 1 000 Euro pro Einwohner gekostet. Auf Deutschland umgerechnet wären das 80 Milliarden Euro. Das sollten wir es uns kosten lassen. Nicht für ein System, das von oben technokratisch vorgegeben wird, sondern für eines, das die Gesundheitsregionen selbst entwickeln.

Das Gespräch führten Justus Henze und Hannah Schurian.

The background is a solid orange color. It is decorated with several sharp, elongated triangular shapes that resemble lightning bolts or stylized arrows. These shapes are colored in bright yellow and a muted purple, and they are scattered across the page, pointing in various directions.

MIT PLANIFICATION AUS DER KRISE
WIE FRANKREICH SEINE WIRTSCHAFT LENKTE

DOMINIQUE PLIHON

Der planende Staat der Nachkriegszeit wurde im Neoliberalismus abgeräumt. Heute steht ökologische Planung neu auf der Agenda, doch mit den herrschenden Rezepten kann sie nicht gelingen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden in Frankreich verschiedene Institutionen und Instrumente für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die langfristige Neuordnung der Gesellschaft geschaffen. Eine zentrale Rolle spielte die Generalplanungskommission (Commissariat général du Plan, CGP), die 1946 vom Präsidenten der provisorischen Regierung, Charles de Gaulle, gegründet wurde. Die Entscheidung für eine umfassende Planung fiel interessanterweise unter dem Einfluss der Vereinigten Staaten, die das Ziel verfolgten, die Hilfen des Marshallplans in geordnete Bahnen zu lenken.

Dass die Planung zentral für Wiederaufbau und Aufschwung der französischen Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg war, ist allgemein anerkannt. Allerdings hat der Neoliberalismus ab den 1980er-Jahren einen Rückgang der Planungsbemühungen bewirkt. In gewissem Sinne ist unsere Situation mit der von 1946 vergleichbar: Die ökologische Transformation stellt uns vor die Herausforderung, unsere Produktions- und Energiesysteme grundlegend neu aufzustellen; sie könnte die Einführung einer ökologischen Planung erfordern.

DOMINIQUE PLIHON ist emeritierter Professor an der Universität Sorbonne Paris-Nord und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Attac Frankreich.

KONZERTIERTE PLANUNG (1946–1992)

Der erste »Modernisierungs- und Ausstattungsplan« von 1946 geht auf Jean Monnet (2018) zurück. Bis in die 1990er-Jahre hinein hielt man in Frankreich an der umfassenden Wirtschaftsplanung fest. Es gab zehn Pläne, die meisten davon Fünfjahrespläne. Laut dem Planungstheoretiker Pierre Massé, als Generalkommissar für den IV. Plan (1959–1965) verantwortlich, hatte das französische Planungssystem (*Planification*) drei Funktionen. Es sollte erstens mittel- und langfristige Ziele definieren, und anhand öffentlicher Investitionen ausgeglichene Wirtschaftsstrukturen hervorbringen. Zweitens sollte es über die Zielsetzung und Festlegung der dafür nötigen Mittel eine Kohärenz der politischen Maßnahmen herstellen. Drittens sollte es für eine konzertierte Aktion werben und die Unterstützung aller wichtigen gesellschaftlichen Akteure gewinnen.

Die Ausrichtung der *Planification* kann unterschiedlich beschrieben werden. Pierre Massé sah in ihr einen »Unsicherheitsreduzierer«. Er kritisierte die Theorie eines allgemeinen Marktgleichgewichts und betonte, dass insbesondere bei langfristigen Investitionen wie dem Bau eines Staudamms viele unvorhersehbare Eventualitäten aufträten, die nur planerisch aufzufangen seien. Institutionalistische Theoretiker wie Barry Eichengreen (2006) begreifen Planung als Teil des staatszentrierten »koordinierten Kapitalismus«, der im Westeuropa der Nachkriegszeit das vorherrschende Gegenmodell zum »Kapitalismus des freien Markts« bildete. Darin verständigen sich Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und Politikvertreter*innen in einem systematischen, zentralisierten Verhandlungsprozess, der Stabilität garantieren und angemessene Reallohnsteigerungen ermöglichen soll.

Der französische Planungsprozess basierte auf Verhandlungen in etwa 20 sogenannten Modernisierungskommissionen der wichtigsten Wirtschaftssektoren (Industrie, Landwirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnungsbau etc.). In diesen Kommissionen kamen alle relevanten Akteure zusammen: öffentliche Verwaltung, Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, Verbraucherverbände und Wissenschaftler*innen. Im Gegensatz zur dirigistischen Planung in den Staaten des Sowjetblocks, handelte es sich um eine konzertierte Planung. In intensiven Diskussionen kamen die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Partner überein, dass der Staat die Schirmherrschaft übernehmen und für die Durchsetzung gemeinsam entwickelter Programme und Zielsetzungen sorgen sollte.

Inhalte und Methoden der *Planification* entwickelten sich im Laufe der Zeit weiter. Plan V (1966–1970) betrat Neuland in Form einer »werteorientierten Planung«, die sich insbesondere auf die Preis- und Einkommensentwicklung bezog, denn die Verringerung von Einkommens- und Vermögensungleichheiten standen ganz oben auf der Agenda der französischen Regierung.

Historiker*innen und Ökonom*innen sind sich einig, dass die Planung während des Goldenen Zeitalters, den »Trente Glorieuses« (1945–1975), besonders wichtig für den Abbau sozialer Ungleichheiten im Nachkriegsfrankreich war und rechnen ihr das hohe Produktions-, Einkommens- und Beschäftigungswachstum zu (vgl. etwa Carré u. a. 1972). Selbst Vertreter*innen der institutionellen Schule der Ökonomie betonten die positive Funktion von Institutionen und öffentlicher Politik in bestimmten kapitalistischen Systemen Europas, die sie als »koordinierte Kapitalismen« bezeichnen. Frankreich war neben Schweden eines der wenigen kapitalistischen Länder Europas, das in der Nachkriegszeit ein umfassendes Planungssystem einführte (vgl. Eichengreen 2006).

Planification war nicht das einzige mittel- und langfristige Steuerungsinstrument der staatlichen Politik. Die Verstaatlichung der *Banque de France* und der vier großen Depotbanken im Jahr 1945 sowie die Gründung des Nationalen Kreditrats, der unter dem Vorsitz des Finanzministers stand und für die Überwachung der Fiskal- und Geldpolitik zuständig war, zeigen, dass sich das Kredit- und Finanzwesen den wirtschaftlichen und sozialen Zielen der Regierung unterzuordnen hatte. Die verstaatlichten Industrieunternehmen

fungierten als nationale »Champions« und als Instrumente der öffentlichen Politik.

Das französische Planungssystem hatte jedoch seine Grenzen und Mängel. Die größten hingen mit der im Nachkriegsfrankreich vorherrschenden »produktivistischen« Ideologie zusammen, die die ökologischen Kosten des Wachstums ignorierte. *Planification* war vom Streben nach schnellem Wachstum geprägt. Der Ausbau des Energie-, Verkehrs- und Wohnungssektors gehörte zu den vorrangigen Zielen, ökologische Aspekte fanden in den ersten Plänen nur wenig Berücksichtigung. Die zentralistische Philosophie des Staates schwächte zudem die Regionen und untergeordneten Gebietseinheiten. Heute ist allgemein anerkannt, dass die dezentrale Ebene für das Gelingen der ökologischen Transformation wesentlich ist – sie wurde jedoch erst 1962, mit Verabschiedung des IV. Plans (1962–1965), in die Planungsprozesse einbezogen. Die Koordinierung der regionalen Aufgaben übernahm die 1963 gegründete *Délégation interministérielle à l'aménagement du territoire*, die nicht Teil der Generalplanungskommission war.

NIEDERGANG DER PLANUNG

Theorie und Praxis der Planung gerieten im Zuge der Umsetzung neoliberaler Politik ab den 1980er-Jahren zunehmend in Misskredit bei Wirtschaftswissenschaftler*innen und Politiker*innen. Paradoxe Weise waren es linke Regierungen, die als erste die neoliberalen Grundsätze übernahmen. Die wesentlichen Gründe dafür sind in der damaligen Wirtschaftskrise zu suchen, ausgelöst durch geringes Wachstum und hohe Inflation, sowie in der Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse in Frankreich und weltweit.

Nach der Wahl von François Mitterrand zum französischen Staatspräsidenten 1981 versuchte die Regierung der »Union de la gauche« unter Pierre Mauroy das Prinzip der Planung wiederzubeleben und veränderte zugleich deren Methoden. Der Fünfjahresplan mit festem Zeithorizont wurde beibehalten und durch einen stärker dezentralen Ansatz ergänzt, der auf mehr Verantwortung für die Regionen setzte. Die Beziehungen zwischen großen öffentlichen Unternehmen und Staat wurden durch mehrjährige Verträge geregelt.

Im Jahr 1983 erfolgte jedoch ein abrupter politischer Richtungswechsel: Die Mauroy-Führung reagierte mit Austeritätsmaßnahmen auf die Schwierigkeiten der französischen Wirtschaft. Die nächsten beiden wirtschaftlichen Rahmenpläne stellten einen klaren Rückschritt dar. Plan IX (1984–1988) zielte darauf ab, die Inflation über die Kontrolle der Lohnkosten zu bekämpfen und das Nettolohnwachstum unter dem Produktivitätswachstum zu halten. Man entschied sich für die Option eines offenen EU-Binnenmarkts; der Franc sollte Teil des europäischen Währungssystems bleiben. Eindeutige Prioritäten waren die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und die Verbesserung der finanziellen Situation der französischen Unternehmen.

Das Ende des X. Plans (1989–1992) fiel mit dem Inkrafttreten des EU-Binnenmarkts (1992) zusammen. In diesem Plan drückte sich die neoliberale Ausrichtung der Europäischen Union aus, obwohl es in der damaligen französischen Regierungskoalition unterschiedliche Positionen gab. Dennoch sind die drei ursprünglichen Funktionen der *Planification* hier noch erkennbar: Es wurden mittel- und langfristige Ziele definiert –

hierfür steht der Bericht »Aufbruch ins 21. Jahrhundert« der Horizon-2000-Foresight-Gruppe. Es fanden Konsultationen in zehn Kommissionen statt; diese wurden sogar auf europäische Gremien ausgedehnt. Und schließlich blieb die Kohärenz staatlicher Politik ein zentrales Anliegen des Plans, der nun als »strategisch« bezeichnet wurde und anderen politischen Zielen folgte. Man einigte sich auf die Festlegung einer Reihe von Maßnahmen zur Vorbereitung der französischen Wirtschaft auf den europäischen Binnenmarkt.

Der Entwurf des XI. Plans, der ursprünglich den Zeitraum 1993 bis 1997 umfassen sollte, wurde von der neuen Rechtsregierung im März 1993 abgelehnt. Sie zog es vor, ihre wirtschaftspolitischen Präferenzen in einer Reihe von Gesetzen zu verankern. Staatliche Wirtschaftsplanung schien in Frankreich keinen Platz mehr zu haben. Im Jahr 2006 wurde die Generalplanungskommission aufgelöst.

RÜCKKEHR DES PLANENDEN STAATS?

Heterodoxe Ökonom*innen wie »Les Économistes Atterrés«¹ zeigen auf, dass der vorherrschende Ansatz, die Klimakrise mithilfe von Marktmechanismen wie (CO₂-) Preisen, zu bewältigen, nicht funktioniert. Eine reine Preissteuerung ist gesellschaftlich nicht akzeptabel, weil sie wichtige Güter für breite Bevölkerungsgruppen unerschwinglich machen könnte. Der Staat muss ergänzende Regulierungsinstrumente einsetzen und langfristige Investitionen teilweise übernehmen.

Vor diesem Hintergrund haben politische Parteien, Intellektuelle der radikalen Linken und Ökolog*innen eine ökologische Planung eingefordert. Diese sei unerläss-

lich, um die französische Gesellschaft mit den nötigen demokratischen Institutionen auszustatten, die der gewaltigen Herausforderung der Energiewende und des Klimawandels gewachsen sind. Jean-Luc Mélenchon, Vorsitzender der linksgerichteten Partei La France Insoumise (LFI), stellte als erster Politiker die Idee einer ökologischen Planung vor. Sie soll durch koordinierte öffentliche Maßnahmen eine echte ökologische Wende einleiten. In Abgrenzung zur Praxis der Nachkriegsjahrzehnte schlägt er eine dezentralisierte Planung vor. Dabei soll den lokalen Behörden aus Gründen der Demokratie und Effizienz eine strategische Rolle zukommen (Mélenchon 2021).

MACRONS KONZEPT DER ÖKOLOGISCHEN PLANUNG UND SEINE GRENZEN

Angesichts der Verschärfung der Klimakrise und unter dem Druck progressiver und ökologischer politischer Kräfte sah sich Emmanuel Macron zu Beginn seiner zweiten Amtszeit im Jahr 2022 dazu gezwungen, Umwelt- und Klimaschutz zu vorrangigen Zielen zu erklären. Auf institutioneller Ebene führte dies zur Einrichtung eines Generalsekretariats für ökologische Planung. Es ist dem Premierminister unterstellt und soll eng mit dem Ministerium für den ökologischen Übergang, dem Ministerium für territorialen Zusammenhalt und dem Ministerium für die Energiewende zusammenarbeiten. Indem die Verantwortung für ökologische Planung auf höchster Regierungsebene angesiedelt wird, soll garantiert werden, dass Frankreich seinen Rückstand bei der zugesagten Reduktion von Treibhausgasemissionen aufholt.

Nach dem Willen des Premierministers soll die ökologische Planung unter seiner

Führung zu einer politischen Steuerung in den strategisch wichtigen Sektoren (Verkehr, Energie, Wohnungsbau, Landwirtschaft etc.) beitragen. Sie soll die Aktivitäten aller Ministerien und öffentlichen Einrichtungen, die am Großprojekt »ökologische Transformation« beteiligt sind, koordinieren. Diese öffentlichen Einrichtungen, von denen einige durchaus denen der Nachkriegszeit ähneln, könnten dabei tatsächlich eine wichtige Rolle spielen: etwa *France Stratégie*, Nachfolgerin der Generalplanungskommission, sowie die strategischen Sektorausschüsse, die die oben genannten Modernisierungskommissionen ersetzt haben.

Es gibt jedoch mehrere Gründe, an der Wirksamkeit und Ernsthaftigkeit des neuen Planungssystems zu zweifeln. So sind wichtige Faktoren, die zum Erfolg der Nachkriegsplanung geführt haben, heute nicht mehr gegeben. So fehlt es etwa an der Fülle und Stabilität öffentlicher Mittel, die der Nationalstaat einst für Großprojekte bereitgestellt hat. Der erste Plan verdankte seinen Erfolg dem Marshallplan der Amerikaner; der vierte Plan, dessen Umsetzung am erfolgreichsten war, konnte sich ebenfalls auf prall gefüllte Staatskassen stützen. Heute herrscht in Frankreich noch immer eine neoliberale Austeritätspolitik. Die von den Märkten angebotene »grüne Finanzierung« ist kurzfristig und generiert nicht die langfristigen Investitionen, die für den ökologischen Übergang erforderlich sind. Zweitens sind zentrale Akteure verloren gegangen, deren Zusammenspiel in den Nachkriegsjahren eine Voraussetzung für den Erfolg der Planung war. Nationale Industrieunternehmen und Großbanken unter staatlicher

Aufsicht sind multinationalen Unternehmen mit internationalen Beteiligungen gewichen, die sich immer weniger mit einer konkreten Volkswirtschaft oder Region identifizieren. Die Gewerkschaften haben viel von ihrem Einfluss eingebüßt. Die französische Gesellschaft selbst ist, was die Klimapolitik betrifft, deutlich gespalten, das haben zuletzt die Revolten der Gelbwesten-Bewegung und der Landwirte gegen die steigenden Treibstoffpreise gezeigt. Zudem lässt die von Macron eingeführte neue Form der technokratischen Planung die demokratische Dimension vermissen. Genau sie wäre für die Mobilisierung aller relevanten gesellschaftlichen Akteure für eine ökologische Zeitenwende jedoch unerlässlich. Auf lange Sicht ist eine ökologische Planung schlichtweg unvereinbar mit der neoliberalen Logik, die von Macron und den hinter ihm stehenden wirtschaftlichen und politischen Kräften vertreten und durchgesetzt wird.

Aus dem Englischen von Britta Grell

LITERATUR

- Carré, Jean-Jacques/Dubois, Paul/Malinvaud, Edmond, 1972: *La croissance française. Un essai d'analyse économique causale de l'après-guerre*, Paris
- Eichengreen, Barry, 2006: *The European economy since 1945. Coordinated capitalism and beyond*, Princeton
- Massé, Pierre, 1965: *Le plan ou l'anti-hasard*, Paris
- Mélenchon, Jean-Luc, 2021: *L' Avenir en commun – le Programme pour l' Union Populaire*, Paris
- Monnet, Eric, 2018: *Controlling Credit. Central Banking and the Planned Economy in Postwar France, 1948–1973*, Cambridge

1 »Les Économistes Atterrés« (»Die bestürzten Ökonomen«), ein Netzwerk französischer Politikwissenschaftler*innen und Ökonom*innen, veröffentlichte 2010 ein Manifest gegen die Austeritätspolitik in Europa: www.atterres.org/manifesto-german

VORBILD KRIEGSWIRTSCHAFT? KONTROVERSEN UM DEN ÖKOLOGISCHEN UMBAU

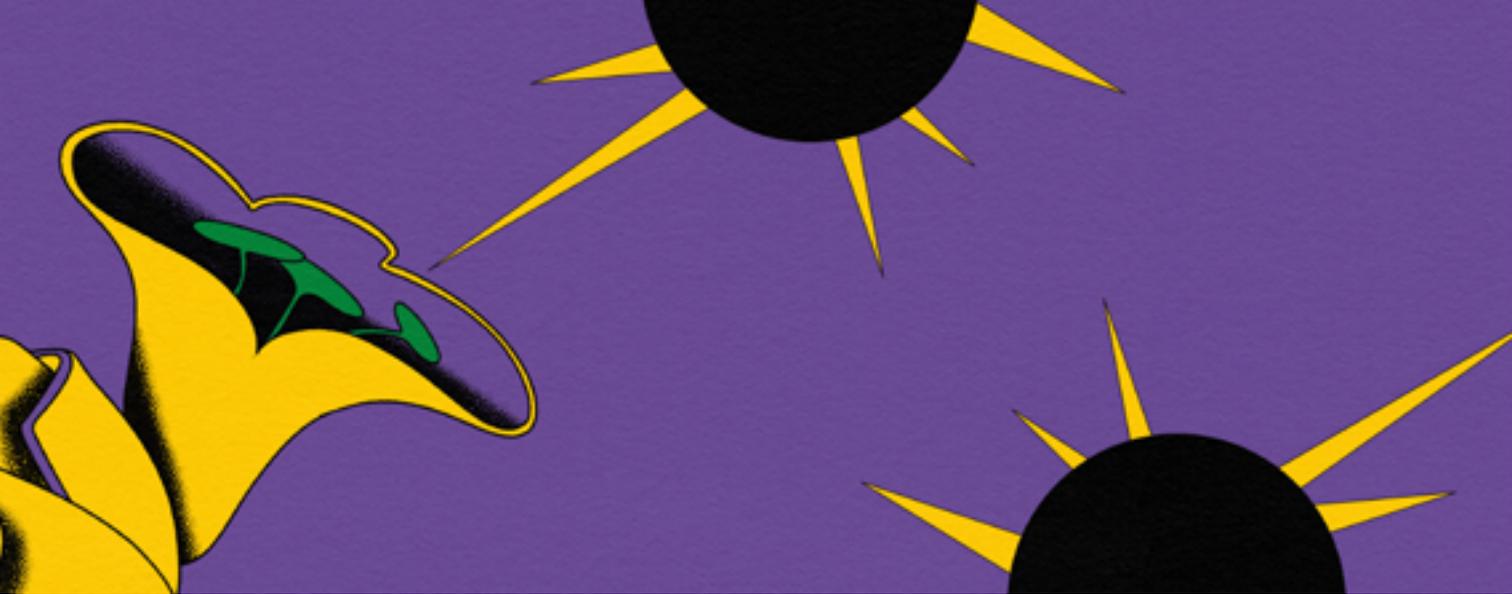
JUDITH DELLHEIM & HELGE PEUKERT

Im Kampf gegen die Klimakrise setzt Ulrike Herrmann auf Planung von oben. Doch ihr Konzept blendet Widersprüche des kapitalistischen Staates aus.

Ulrike Herrmanns Bestseller »Das Ende des Kapitalismus: Warum Wachstum und Klimaschutz nicht vereinbar sind – und wie wir in Zukunft leben werden« hat dem lange vergessenen bzw. verfeimten Konzept der Planwirtschaft neue öffentliche Aufmerksamkeit beschert. Das Buch verspricht neue Einsichten und Impulse zum Weiterdenken und Weiterkämpfen gegen kapitalistische Krisen und den drohenden ökologischen Kollaps. Aus der Lektüre lässt sich vieles lernen, doch sie fordert uns als Ökosozialist*innen auch zu Kritik heraus.

So stellt Herrmann klar, dass sie »keine Kapitalismuskritikerin« sei, sondern fasziniert von Wachstum und Wohlstand im kapitalistischen System (Herrmann 2023). Kapitalismus versteht sie als den Einsatz von Technik, um Waren herzustellen, die man mit

Gewinn verkaufen kann (Herrmann 2022, 11, 21–24). Die Maschinen würden aber bisher vor allem mit fossiler Energie laufen und daher das Klima zerstören. Diese fossile Energie könne – anders als es Anhänger*innen des »Grünen Kapitalismus« versprechen und auch viele Linke erhoffen – nicht voll durch »grüne Energie« ersetzt werden. Gleichwohl sieht sie im Kapitalismus die Ursache der Klimakrise (ebd., 11, 84–86, 99). Das Problem sind für sie dabei nicht die Kapitalverhältnisse, die das Streben nach Profit, die Ausweitung von Konkurrenz, die Steigerung von Ressourcenverbrauch, Stoff- und Energieumsätzen sowie die damit verbundene Gewalt gegen Mensch und Natur bewirken. Herrmann betrachtet vor allem deren Folge, das »Wachstum«, als problematisch. Aus Gründen der globalen Gerechtigkeit hält sie



eine wirtschaftliche Schrumpfung in den globalen Industriezentren für unvermeidlich – und findet lehrreiche Ansätze dafür in der britischen »Kriegswirtschaft« während des Zweiten Weltkriegs.

KRIEGSWIRTSCHAFT ALS VORBILD?

Doch inwieweit taugt die Kriegswirtschaft als Vorbild zum Umbau der Produktion? Dafür muss man sich eingehender mit dieser historischen Phase beschäftigen und insbesondere ihre Widersprüche betrachten.

In der britischen Kriegswirtschaft bestimmte der Staat, was produziert wurde. Die Eigentumsverhältnisse an den Unternehmen blieben jedoch unverändert. Herrmann verweist darauf, dass die britischen Behörden zu Beginn des Krieges ermittelten, dass 66 Prozent der Industriekapazitäten für die militärische Rüstung benötigt wurden. Die Herausforderung bestand also darin, schnellstmöglich die Rüstungsproduktion hochzufahren und die zivile Konsumgüterproduktion zu diesem Zweck zu schrumpfen und umzustellen. Das Ziel war, die Verteidigungsfähigkeit und die Versorgung der Soldaten und der Zivilbevölkerung sicherzustellen.

JUDITH DELLHEIM war Referentin für Solidarische Ökonomie in der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie ist Mitglied des Sustainable Europe Research Institute (SERI) und im Lenkungsausschuss der Arbeitsgruppe European Economists for an Alternative Economic Policy in Europe (EuroMemo).

HELGE PEUKERT baute als Professor den Masterstudiengang Plurale Ökonomik an der Universität Siegen mit auf. In Veröffentlichungen und Vorträgen kritisiert er die (inter)nationale Umweltpolitik und plädiert für eine radikale Postwachstumswende.

Die britische Regierung teilte den Unternehmen Rohstoffe, Kredite und Arbeitskräfte zu – »Manpower Budget« war das zentrale Steuerungsinstrument.

Dies wurde relevant dadurch erleichtert, dass dem Kriegsbeginn bereits anderthalb Jahrzehnte der Arbeit an Notfallplänen und der Produktionsentwicklung vorausgegangen waren. Man konnte sich auf Ressourcen aus dem Commonwealth und Planungsstrukturen aus dem Ersten Weltkrieg stützen. Zudem hatte die US-Regierung zur Vervollkommnung der Planung gedrängt. Die USA und Kanada lieferten Kriegsmaterial zum Nulltarif

(im Rahmen des *Land Lease Programme*, unter der Bedingung, dass Großbritannien seine Kolonien aufgab) und verhinderten den Bankrott des Landes, der sonst schon 1941 eingetreten wäre. Viele britische Rüstungsfabriken und Waffenmodelle existierten bereits. Während des Krieges wurden dann die Produktionslinien auf neue Fabriken ausgedehnt und die militärischen Produkte schrittweise verbessert. Während des Krieges gingen bis zu 75 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf Staatsausgaben zurück (Overy 2000 u. 2015).

Regierungseigene Firmen und die privat geleiteten, aber vom Staat errichteten und kontrollierten »Kommissionsfabriken« bzw. *shadow factories* (Forbes 2014) waren Unternehmen mit Staatsgarantien und bildeten das Rückgrat der britischen Kriegsrüstungswirtschaft. Mengenangaben, Planpreise und Kontrollen ersetzten weitgehend die viel zu langsame bzw. unmögliche Ressourcenallokation über Marktpreise (Milward 1979). Die Differenz zwischen Festpreisen, also Angebotspreisen, die für einen bestimmten Zeitraum gelten, und Gleichgewichtspreisen, zu denen alle Nachfrager die gehandelten Waren kaufen und die Anbieter ihr gesamtes Warenangebot absetzen können, sowie die Einhaltung von Verhaltensregeln wurden staatlich kontrolliert. Das sollte sowohl Wucherpreisen und Spekulation wie auch anderen gesellschaftlichen und ökonomischen Fehlanreizen entgegenwirken. Profite wurden mit temporären Übergewinnsteuern von bis zu über 60 Prozent belegt (Daunton 2002). Der Kreditzinssatz der Banken wurde auf etwa drei Prozent begrenzt, der Wechselkurs fixiert und eine restriktive Devisenbewirtschaftung eingeführt (Broad-

berry/Howlett 1998). Die vorübergehende Einhegung der mächtigen Kapitaleigentümer war jedoch nur möglich, weil ihnen eine Garantie ihrer Profite, ihrer Vermögen und ihres Eigentums im Falle des Sieges gegeben wurde. Die staatlichen Planungsbehörden kooperierten also mit den Unternehmern, sicherten ihr materielles Interesse am militärischen Erfolg und die Reproduktion von Kapitalverhältnissen.

Sie beschäftigten auch und insbesondere Geschäftsleute und Expert*innen aus den Bereichen Wissenschaft, Wirtschaft und Ingenieurwesen. Zur Planung und Leitung der Kriegswirtschaft beriefen Regierung und Behörden führende Kapitaleigentümer, ihre Manager und Partner in hohe Staatspositionen. So leitete der Industrielle Lord Nuffield die Flugzeuginstandsetzung und wird zitiert: »Industrielle, die entweder in ihren eigenen Betrieben arbeiteten oder zeitweise Ministerien zugeteilt waren, und nicht die Berufspolitiker [haben] die notwendige Wiederaufrüstung dieses Landes fertigungstechnisch geplant und durchgeführt.« (Overy 1977, 310ff)

Unterdessen wurden Nahrungs- und Konsumgüter stark rationiert. Herrmann (2022, 14) resümiert: »Die Briten erfanden [...] eine private und demokratische Planwirtschaft.« Der Begriff »demokratisch« wirft hier Fragen auf, denn die Beschäftigten und Verbraucher*innen waren nicht an den Entscheidungsprozessen beteiligt. Herrmann schreibt, dass der Bevölkerung pro Kopf täglich etwa 2800 Kalorien zur Verfügung standen. Fleisch, Käse, Fett, Zucker, Tee und Seife wurden rationiert. Für Konserven, Süßigkeiten und Trockenobst legten die Behörden eine maximale Anzahl von Punkten

fest, die den individuellen Bedarf bestimmen sollten. Dieses System galt auch für langlebige Massenkonsumgüter. So ging der Verbrauch schnell um ein Drittel zurück, während laut Herrmann der gesellschaftliche Zusammenhalt wuchs und die öffentliche Gesundheit abgesichert wurde (ebd., 239–241).

Im Widerspruch hierzu haben verschiedene Historiker*innen dokumentiert, dass die Rationen weniger als die Hälfte dieser Mengenangaben umfassten und für die ohnehin Wohlhabenden nicht voll zur Geltung kamen (May 1987; Zweiniger-Bargielowska 2017; Chandler 2002). Ganz harmonisch funktionierte die britische Kriegswirtschaft nicht. Breite Unzufriedenheit aufgrund der sozialen Privilegien für Wohlhabende, Streiks für bessere Arbeitsnormen und Arbeitszeiten, Sanktionen und Repressionen gegen Streikende, soziale Diskriminierung und Feindseligkeit gegen Jüdinnen und Juden sowie Kritiker*innen der Regierung gehörten zum Alltag (Overy 2015, 251; Bogg u. a. 2020; Goldman 1984). Die Masse der Beschäftigten und Soldat*innen musste funktionieren und sich maximal aufopfern. Die Abwahl des konservativen Ministerpräsidenten Churchill nach dem Krieg und auch die unpopulären späteren Versuche der Labor Partei, an die Kriegswirtschaft anzuknüpfen, verdeutlichen, dass sie für viele kein positiver Bezugspunkt war.

VERORDNETES SCHRUMPFEN?

Wir stimmen mit Herrmann in einem wichtigen Punkt überein: Sowohl die gesellschaftlichen Stoff- und Energieumsätze als auch die CO₂-Emissionen müssen in den globalen Industrieregionen drastisch – um den Faktor zehn – reduziert werden. Es

können nicht ausreichend echte erneuerbare Energien produziert werden, um einen stetig wachsenden Bedarf an fossiler Energie vollständig zu ersetzen. Ebenso ist Herrmann zuzustimmen, wenn sie »die reichen Länder« als die entscheidenden Verursacher der Klimakrise ausmacht. Aus globaler Verantwortung müsse Deutschland 2035 klimaneutral sein, was nach Herrmann heißt, dass nicht mehr als eine Tonne CO₂ pro Bewohner*in und Jahr ausgestoßen werden darf. Das bedeutet eine Reduktion um das Achtfache. Dafür wäre laut Herrmann eine drastisch schnellere Umstellung auf heimisch zu produzierenden Ökostrom vonnöten. Zudem müsse der durchschnittliche Pro-Kopf-Konsum an Ressourcen sozial gerecht gesenkt werden. So ließe sich ein wirtschaftliches Schrumpfen des BIP auf das Niveau von 1978 realisieren (Herrmann 2022, 241, 249ff).

Diese Zielvorgabe ist in zweierlei Hinsicht fragwürdig. Weder kann Herrmann überzeugend darlegen, wie eine solche Emissionsreduzierung bis 2035 realisiert werden soll, noch findet sich im Buch eine plausible Untermauerung des Ziels, das Niveau von 1978 zu erreichen. Sie behauptet lediglich, dass dies ein Schrumpfen der gegenwärtigen Wirtschaftsleistung auf die Hälfte bedeuten würde und der Lebensstandard und das Wohlstandsniveau von 1978 so hoch gewesen seien, dass »wir alle« gut leben konnten. Zum einen deckt sich das nicht mit den Wünschen und (klassenspezifisch unterschiedlichen) Erfahrungen vieler Menschen und gerade die Jüngeren haben zu diesem Ziel keinen Bezug. Zum anderen wurde auch in der BRD 1978 pro Kopf das 13-Fache der anvisierten einen Tonne CO₂ emittiert.

Das »Niveau 1978« ließe sich laut Herrmann nur über eine staatliche Rationierung des Ressourcenverbrauchs erreichen. Sie betont, dass die Rationierung in Großbritannien während des Krieges »so willig hingenommen wurde, weil sie für alle galt«. Der Klimaschutz habe »nur eine Chance, wenn alle gleich belastet werden« (ebd., 249). Das fasst sie arithmetisch: zulässiger Ressourcenverbrauch dividiert durch Bevölkerungszahl. Welche Belastung konkret notwendig sei, hänge von der Effizienz der Ökotechnik ab. Je mehr grüne Energie sie liefere, desto mehr der heutigen Wirtschaftsleistung könne erhalten werden: Urlaub, Smartphone, Restaurantbesuch. Flüge müssten hingegen weitgehend abgeschafft werden, Autos wären kaum noch unterwegs, Immobilien würden rationiert werden ebenso wie der Fleischkonsum (ebd., 250).

Wie ein solch umfassender und radikaler Umbau politisch durchgesetzt werden soll, bleibt in Herrmanns Buch eher nebulös. So finden sich keine Hinweise auf zu organisierende demokratische Suchprozesse. Herrmann geht davon aus, dass der Klimakollaps nur verhindert werden kann, wenn die Energie- und Wärmewende massiv beschleunigt werden und dazu auch ordnungspolitische Instrumente und insbesondere Mengenregulierung und Rationierung eingesetzt werden. Sie hofft auf die allgemeine Einsicht in die Notwendigkeit und fixiert sich auf den Staat und die verordnete Schrumpfung von oben.

Das Ziel sei, eine Kreislaufwirtschaft durchzusetzen, in der nur noch das verbraucht wird, was sich recyceln lässt. Herrmann erklärt, das komme gewissermaßen einer »Abschaffung des Kapitalismus« gleich, grenzt sich aber zugleich von Sozialist*innen

ab: »Ein Ökosozialismus ist [...] nicht gemeint«, denn darunter versteht sie, dass die zentrale Planung »fast das gesamte Eigentum abschafft« (ebd., 255). Herrmann unterscheidet die von ihr favorisierte Form der Planung fundamental vom »Sozialismus, der zeitgleich unter Stalin in der Sowjetunion praktiziert wurde. In dieser »zentralen Planwirtschaft sowjetischen Typs« waren alle Betriebe staatlich«, so Herrmann (ebd., 237). Diese Bezeichnung ist unseres Erachtens irreführend. Aus heutiger Sicht ist das zentralistische antikapitalistische System in der UdSSR nicht mit »Sozialismus« gleichzusetzen. Die ökosozialistische Debatte entstand in bewusster Abgrenzung vom sowjetischen Modell. Im Übrigen stimmt es nicht, dass dort »alle Betriebe staatlich« waren. So betrug beispielsweise der Anteil der Privatproduktion an konkreter sowjetischer Agrarproduktion bis zu 70 Prozent (Ioffe u. a. 2006, 21).

DER HANG ZUM TECHNOKRATISCHEN

Herrmanns Diagnose, dass die wachstumsfixierte Wirtschaftsweise nicht fortgeführt werden kann und es daher qualifizierter Planung und entschiedener ordnungspolitischer Maßnahmen, einschließlich Rationierung, bedarf, um in den globalen Industrienationen sozial wie global gerecht ökonomisch zu schrumpfen, ist richtig und wichtig. Doch ihr Verständnis von Gesellschaft, Staat und Kapitalismus weist blinde Flecken auf. Sie erscheinen eher als dingliche Entitäten denn als machtdurchzogene gesellschaftliche Verhältnisse. Daher werden ökologische Problemlösungen tendenziell entkoppelt von zu erkämpfenden gesellschaftlichen Veränderungen, insbesondere der Eigentumsverhält-

nisse. So wie Herrmanns Kapitalismus-Definition letztendlich von der gesellschaftlichen Form abstrahiert, in der Maschinen und fossile Energie eingesetzt und Wachstum produziert werden, sieht sie den Staat als neutrale Instanz. Doch mit Nikos Poulantzas wäre der Staat als umkämpfte Institution bzw. umkämpftes »strategisches Feld« zu begreifen, über das die Herrschenden die gesellschaftlichen Verhältnisse möglichst konfliktarm zu erhalten und verwalten suchen.

So soll der Staat auch gebrauchswertorientierte Reproduktionszusammenhänge organisieren und aufrechterhalten wie etwa digitalisierte Kommunikation. In diesem Sinne versteht Herrmann Planung vor allem als Angelegenheit eines technokratisch agierenden Staates. Im Kontrast dazu fassen wir Planung als Interessenkampf um den zielgerichteten Einsatz von Ressourcen, um Demokratisierung des Ressourceneinsatzes und um die Veränderung der gesellschaftlichen (Eigentums-)Verhältnisse. Die Herausforderung besteht darin, gleichzeitig drei Wege zu gehen, die miteinander verbunden werden müssen: erstens das Ringen um gesellschaftliche Standards, wozu Obergrenzen für klimaschädliche Emissionen und Plankenziele für die Produktion erneuerbarer Energie gehören; zweitens die Verteidigung, Demokratisierung und Mehrung des öffentlichen Eigentums, wobei es auch und insbesondere um die (Re-)Kommunalisierung der Energieversorgung geht, sowie drittens eine aktive Lokal- und Regionalentwicklung, die direkt auf die Erzeugung erneuerbarer Energie und die Planung der kommunalen Energie- und Wärmewende Einfluss nehmen kann.

LITERATUR

- Bogg, Alan/Collins, Jennifer/Freedland, Mark/Herring, Jonathan, 2020: *Criminality at Work*, Oxford
- Broadberry, Stephen/Howlett, Peter, 1998: *The United Kingdom: »Victory at all costs«*, in: Harrison, Mark (Hg.), *The Economics of World War II. Six Great Powers in International Comparison*, Cambridge, 43–80
- Chandler, Malcolm, 2002: *Britain in the Age of Total War, 1939–45*, München
- Daunton, Martin, 2002: *Just Taxes. The Politics of Taxation in Britain, 1914–1979*, Cambridge
- Forbes, Neil, 2014: *Democracy at a Disadvantage: British Re-armament, the Shadow Factory Scheme and the Coming of War, 1936–40*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 2/2014, 49–69
- Goldman, Aaron, 1984: *The Resurgence of Antisemitism in Britain during World War II*, in: *Jewish Social Studies* 1/1984, 37–50
- Herrmann, Ulrike, 2022: *Das Ende des Kapitalismus. Warum Wachstum und Klimaschutz nicht vereinbar sind – und wie wir in Zukunft leben werden*, Köln
- dies., 2023. »Wir wären so wohlhabend wie 1978«, Interview in der ZEIT vom 13.1.2023, <https://12ft.io/proxy?ref=&q=https://www.zeit.de/arbeit/2022-12/das-ende-des-kapitalismus-buch-gruenes-wachstum-ulrike-herrmann-interview/komplettansicht>
- Ioffe, Grigory/Nefedova, Tatyana/Zaslavski, Iliya, 2006: *The End of Peasantry? The Disintegration of Rural Russia*, Pittsburgh
- May, Trevor, 1987: *An Economic and Social History of Britain, 1760–1970*, New York
- Milward, Alan S., 1979: *War, Economy and Society, 1939–1945*, Berkeley
- Overy, Richard, 1977: *Die Mobilisierung der britischen Wirtschaft während des Zweiten Weltkrieges*, in: Forstmeier, Friedrich/Volkman, Hans-Erich (Hg.), *Kriegswirtschaft und Rüstung 1939–1945*, Düsseldorf, 287–313
- ders., 2000: *Die Wurzeln des Sieges. Warum die Alliierten den Zweiten Weltkrieg gewannen*, München
- ders., 2015: *Economies in Total War*, in: ders. (Hg.), *The Oxford Illustrated History of World War II*, Oxford, 232–257
- Zweiniger-Bargielowska, Ina, 2017: *Food Consumption in Britain during the Second World War*, in: Berghoff, Hartmut/Logemann, Jan/Römer, Felix (Hg.), *The Consumer on the Home Front: Second World War Civilian Consumption*, Oxford, 75–92

WER ENTSCHEIDET, WAS ICH ARBEITE?

DEMOKRATISCHE PLANUNG UND FREIE KOOPERATION

ALEX DEMIROVIĆ

Demokratisch und gemeinwohlorientiert – was einfach klingt, ist in der Praxis kompliziert. Es erfordert eine neue Aushandlung von individueller Freiheit und gesellschaftlichem Bedarf.

Als demokratisch bezeichnen sich die kapitalistischen Gesellschaften nur hinsichtlich ihrer politischen Verfassung, nicht aber ihrer ökonomischen und weiteren sozialen Prozesse. Um zu gewährleisten, dass nicht die Gewinnorientierung oder Macht von Wenigen die Willensbildung bestimmen, müssen die gesellschaftlichen Prozesse demokratisch gestaltet werden. Demokratie führt jedoch nicht notwendigerweise zu vernünftigen Ergebnissen. Diese sind das Ziel von Planung, also ein effizientes Erreichen von Zielen, eine reibungslose Koordination aller Beteiligten.

Planung muss nicht demokratisch sein. Es spricht jedoch vieles dafür, dass die demokratische Beteiligung vieler Individuen mehr Einsichten und Argumente in Planungsprozesse einbeziehen kann. Damit wächst die

Wahrscheinlichkeit, dass negative Folgen von Entscheidungen antizipiert werden können. Zudem erscheint es angemessen, dass, wenn alle zu positiven Erträgen und Folgen ihrer gemeinsamen Entscheidungen und Arbeiten beitragen, auch alle in deren Genuss gelangen müssen – aber auch im Fall von Fehlentscheidungen die negativen Folgen tragen müssen. Das wäre schon ein erheblicher Unterschied zu kapitalistischer Ökonomie und Politik, in der die negativen Folgen auf viele Menschen abgewälzt werden, während sich kleine Gruppen Gewinne und sonstige Gratifikationen wie hohe Bezahlungen oder Entscheidungsmacht aneignen. Letztere profitieren von den gesellschaftlichen Verhältnissen, die durch Eigentum, Verfügungsgewalt, Herrschaft, Monopolbildung entsprechend organisiert werden.



GESELLSCHAFTLICHE BEDARFSERMITTLUNG UND DEMOKRATISCHE KOORDINATION

In den Diskussionen über Sozialisierung, Räte- bzw. Wirtschaftsdemokratie oder Planung gibt es ein Defizit: Die individuelle Freiheit wird nicht thematisiert. Dies betrifft die freie Entscheidung über die Ausbildung der eigenen Kompetenzen und die konkreten Formen, in denen das individuelle Arbeitsvermögen ausgeübt wird. Das Ziel von Sozialisierung ist es, die Bedingungen für gesellschaftliche Planung zu schaffen. In der Planungsdiskussion geht es häufig darum, Modelle zu entwerfen und zu beweisen, dass makroökonomische Modelle funktionieren und nach vernünftigen Gesichtspunkten der Bedarf aller an Gütern und Dienstleistungen befriedigt werden kann. Alle sollen in den Genuss der Produkte ihrer Arbeit und des gesellschaftlichen Reichtums gelangen. Im besseren Fall zielt die politische Diskussion auf die Herstellung einer demokratischen Planung, also einer Planung, die alle Ebenen des wirtschaftlichen Prozesses einbezieht. Aber nach welchen Gesichtspunkten werden der Bedarf der Konsument*innen und der Bedarf der Betriebe an Vorprodukten (auch Rohstoffe, Energie, Transportlogistik) oder Arbeitskräften

ALEX DEMIROVIĆ ist Philosoph und Sozialwissenschaftler. Er lehrte unter anderem an den Universitäten in Frankfurt am Main und Berlin, ist Mitglied im Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Gründungsmitglied dieser Zeitschrift.

ermittelt? Und wie werden die Ressourcen verteilt, die zur ausreichenden Versorgung aller notwendig und hinreichend sind? Für die Planung und vor allem die demokratische Planung spielt der Wert – also die für die Herstellung einer Ware im Durchschnitt gesellschaftlich notwendige Arbeitsleistung – keine Rolle mehr. Denn abstrakte Arbeit als durchschnittliche Arbeit kommt nur durch Konkurrenz zwischen privat Produzierenden zustande, steht also der Vorstellung der Planung entgegen. Die Planung will das Wertgesetz außer Kraft setzen und die Prozesse im Prinzip nach Fähigkeiten und Bedürfnissen organisieren. Da aber Ressourcen (etwa Eisenerz, Getreide, Baumaterial oder Arbeitskraft) pro Zeiteinheit jeweils nur einmal eingesetzt werden können, stellt sich die Frage nach den Opportunitätskosten. Was ist für die gesellschaftliche Bedarfsbefriedigung besser geeignet: ein Schwimmbad, eine Straße

an diesem oder jenem Ort zu bauen, eine bestimmte Menge von Tellern, Hosen, Computern, Kühlschränken und Tischen zu erzeugen oder es zu lassen? Straßenbahnen und Züge in einem bestimmten Takt fahren zu lassen, die Kindergärten, Schulen und Krankenhäuser an bestimmten Orten anzusiedeln und mit einer bestimmten Menge an Personal auszustatten? Vielleicht wird all das doch nicht benötigt oder der Geschmack ändert sich, die Individuen ziehen andere Farben und Formen vor, sie wechseln den Wohnort oder sie haben weniger oder mehr Kinder als erwartet, sodass sich die Festlegung von Arbeitskraft und Material auf ein bestimmtes Produkt oder Quantum an Dienstleistungen auch unter Bedingungen von gesellschaftlicher Planung als ökonomischer Fehler erweisen kann.

Anspruchsvolle Planungsprozesse orientieren sich zu Recht am Gemeinwohl. Was das Gemeinwohl ist, also was für uns alle erzeugt werden soll und mit welchem Arbeitsaufwand, in welchem Umfang, an welchen Orten, mit welchen Ressourcen und ökologischen »Kosten«, wäre Gegenstand gesellschaftlicher Diskussion.

DAS ARBEITSVERMÖGEN ODER: WER ENTSCHEIDET, WAS ICH KANN?

In der sozialistischen Planung wird, wenn sie umfassend demokratisch und bedarfsorientiert ist, die Form eines Betriebes festlegt: der Ort, die Größe, die Produkte, der Umfang der Produktion, die Organisation der Arbeit, die Arbeitszeiten sowie der Anteil am Konsumtionsfonds, den die unmittelbaren Produzent*innen beziehen. Sie sind Teil des Entscheidungsprozesses, denn es ist ihre Arbeitskraft, ihre Produktionsintelligenz, ihre Lebenszeit, die sie

anderen zur Verfügung stellen, die dann das Produkt ihrer Arbeit konsumieren. Auch die Konsument*innen müssen mitentscheiden, denn Produktion und Dienstleistungen sollen ihre Bedürfnisse befriedigen. Nicht alles, was die Produzent*innen und Konsument*innen sich wünschen, wird direkt zu verwirklichen sein. Die Planung setzt beide Gruppen in ein Verhältnis zueinander und bemüht sich um Ausgleich: hier eine akzeptable, als sinnvoll angesehene, selbstbestimmte, kooperative Arbeit für alle, dort ein ausreichender, bedürfnisbefriedigender Konsum. Dies alles muss auf dem fortgeschrittenen Stand der Produktivkräfte stattfinden: also auf Basis wissenschaftlicher, ökologischer Einsichten, die Energie, Material sowie biologische Zusammenhänge betreffen und die Menschen mit deutlich weniger besser versorgen. Sozialistische Planung muss auch über die betriebliche Kooperation hinaus die gesellschaftliche Arbeitsteilung koordinieren: wie den Stoffwechsel mit der Natur organisieren, wie viele Betriebe an welchen Orten, in welcher Größe? Wie ist die Logistik zu organisieren? Gibt es genug Arbeitskräfte vor Ort? Wie werden sie ausreichend versorgt?

Es sind Fragen dieser Art, die in der sozialistischen und partizipatorischen Planungsdiskussion eine Rolle spielen. Die verschiedenen Ebenen des ökonomischen Gesamtprozesses werden kalkuliert: also der Umfang des Bedarfs, die Mengen des Inputs und Outputs, die notwendigen Branchen und Betriebe sowie ihr Beitrag zum Gesamtergebnis. Die Planung zielt darauf, dass diese Faktoren derart ineinandergreifen, dass für den Bedarf eine entsprechende Versorgung gewährleistet ist. Dafür müssen die Betriebe und Arbeitskräfte mit ihren jeweiligen Beit-

rügen zur Arbeitsteilung koordiniert werden. In den Diskussionen über Planung oder Wirtschaftsdemokratie wird dabei unterstellt, dass die Arbeitskräfte und ihre Kompetenzen einfach und in passenden Relationen vorhanden sind und dass die Individuen sich in die Funktionen, die die technische Arbeitsteilung für sie bereithält, aus Einsicht in die Notwendigkeit einfügen. Aber das ist nicht gewährleistet. Denn zur Freiheit und Selbstbestimmung würde nicht nur gehören, über Produktion und Konsum zu entscheiden, sondern auch darüber, welche Art von Kompetenzen man erwerben und welche Arbeiten man leisten will. Dies sind Entscheidungen, die das Leben von Individuen weitgehend prägen. Historisch vertrat Marx die Ansicht, dass die kapitalistischen Verhältnisse die Menschen immer weiter aus der Klammer beruflicher Festlegung freisetzen, sodass sie Distanz zu und Freiheit von den Produktionsprozessen gewinnen und universeller werden. Aber die Spannung zwischen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung einerseits und den Individuen andererseits, die in ihr einen Platz finden müssen, um in aller Freiheit ihren Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Arbeit zu leisten, bleibt.

LENKUNG VON OBEN: MARKT UND STAAT

Unter kapitalistischen Bedingungen scheint es eine solche Freiheit zu geben. Das Grundgesetz gewährleistet in Artikel 12 die Berufsfreiheit als eines der Grundrechte: »Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.« Die Freiheit der Individuen auf den Arbeitsmärkten ist

somit formal gewährleistet. Dies gilt zumeist auch dann, wenn es zu einem erheblichen Arbeitskräftemangel kommt. Von Zwangsbeschäftigung der Arbeitskraft wird im Regelfall abgesehen. Dem liegt die liberale Annahme zugrunde, dass der Markt die Nachfrage nach Arbeitskräften und das Angebot von Arbeitskräften in ein Gleichgewicht bringen wird. Als Mittel dazu werden Lohn- und Gehaltsanreize betrachtet, auch Arbeitsmarkt- und Migrationspolitik spielen eine große Rolle. Staatliche Stellen, Verbände und Medien bemühen sich aktiv darum, Individuen in bestimmte Berufe zu lotsen: durch schulische Abschlüsse, Berufsberatung, durch die Arbeitsämter und Jobagenturen mit ihren disziplinierenden Praktiken, mit konservativen Bildungs- und IQ-Diskussionen, mit Werbekampagnen für bestimmte Berufe, etwa in der Bundeswehr und im Handwerk. Die Erfahrung lehrt, dass Individuen nicht frei, sondern weitgehend den blinden Mechanismen des Marktes unterworfen sind, die immer wieder Fehlallokationen der Arbeitskräfte herbeiführen. Sie haben keine Möglichkeit, die Anordnung der gesellschaftlichen Aufgaben, deren Verteilung und Zuschnitt demokratisch mitzubestimmen. Wie viele menschliche Perspektiven werden vertan, weil Individuen ein langes Berufsleben tun, was sie gar nicht tun wollen?

Dieses Problem wurde auch in der DDR gesehen und diskutiert. Denn aus dem Blickwinkel der zentralen Planung durch Zentralsekretariat, Politbüro, Ministerium für Arbeit und Staatliche Plankommission war evident, dass auch der Arbeitskräfteeinsatz geplant werden muss. Denn es braucht ein entsprechend großes und qualifiziertes Arbeitskräftepotenzial, um die wirtschaftlichen Ziele zu erreichen. Die

Planung betrifft Löhne, Leistungen, Qualifikationen, die geografische Verteilung der Betriebe und der Arbeitskräfte, damit zusammenhängend die Nachfrage, Wohnungen, den Verkehr, die Schulen, die Einkaufsmöglichkeiten.

Angesichts technologischer Entwicklungen kommt es auch ständig zur Veränderung der Arbeitsteilung und zu neuen Anforderungen an die Verteilung von Individuen auf die arbeitsteiligen Funktionsstellen. So differenziert die Problemanalyse auch war, der Blick auf die Lohnarbeitenden blieb ein technokratischer: Es ging um die Planung und Steuerung des Produktionsfaktors Arbeit, also des Arbeitskräftepotenzials. In den ersten Jahren der DDR war die Lenkung der Arbeitskräfte mit Arbeitsbuch und Arbeitseinweisung autoritär. Auch danach wurde versucht, etwa durch den Bau der Mauer, unerwünschte Fluktuationsprozesse zu vermeiden und das Arbeitsvermögen möglichst effektiv und vollständig zu nutzen. Eine freie Entscheidung über die Arbeitsteilung und deren Gestaltung durch die beruflichen Entscheidungen der Einzelnen war nicht möglich.

ARBEITSKRÄFTEVERTEILUNG IN FREIHEIT?

Es ist kein selbstverständlicher Vorgang, dass sich Individuen in eine arbeitsteilige Struktur eingliedern. Historisch handelt es sich um einen entscheidenden Moment von Herrschaft: die Individuen von klein auf derart zu formieren, dass sie sich in die gesellschaftlichen Funktionen einfügen und ihnen unterordnen. In einer Assoziation freier Individuen, in der die freie Entfaltung einer jeden Person die Bedingung für die freie Entfaltung aller anderen wäre, würde es sich anders verhalten. Eine sozialistische, demokratische Planung würde gerade nicht auf Ein- und Unterordnung abziel-

en. In demokratischen Planungsprozessen, also unter der vollen Mitsprache der Individuen, die nach Marx auch individuelle Eigentümer der Produktionsmittel sind, würden diese auch entscheiden, welcher arbeitsteiligen Funktionen eine komplexe Gesellschaft überhaupt bedarf. Die vorhandene Arbeitsteilung würde kritisch überprüft und eine neue geschaffen. Denn viele der Funktionen, die sich unter kapitalistischen Bedingungen herausgebildet haben, würden sich unter vergesellschafteten Lebensverhältnissen als überflüssig erweisen – andere würden aufgewertet und neue ermöglicht werden. Dies führt zu einem weiteren demokratischen Spannungsverhältnis, das bisherige Gesellschaften kaum kennen. Nicht nur müssten Konsument*innen und Produzent*innen sich darüber verständigen, wie viel gesellschaftliche Arbeit für ein Gut oder eine Dienstleistung aufgewendet werden soll, wobei nicht nur die Bedürfnisse der Konsument*innen zählen würden, sondern auch die Produktivität der Produzent*innen und der Natur. Individuen hätten als assoziierte Mitglieder das Recht, über ihren Anteil an den arbeitsteiligen Funktionen mitzuentcheiden. Damit würden sie auch entscheiden, welche Kompetenzen sie für sich erwerben, welche Art von Arbeiten, an welchem Ort und in welchem Umfang sie ausüben wollen.

Das kann aber nicht jeweils spontan geschehen, denn dann drohen die Arbeits- und Konsumprozesse abzureißen oder problematische Unwuchten und Fehlallokationen zu entstehen. Die Individuen können nicht zu jedem Zeitpunkt die Gesamtheit der arbeitsteiligen Verhältnisse bestimmen und verändern. Vielmehr bedarf es der spezifischen und langfristig angelegten Koordination der

gesellschaftlichen Aufgabenteilung. Dabei müssten einige Menschen zumindest temporär die Aufgabe innehaben, die Verteilung und Organisation der Arbeitsabläufe über einen gewissen Zeitraum zu steuern: um Kontinuitäten zu sichern, wenn die Einzelnen in andere Tätigkeiten wechseln, an andere Orte ziehen wollen oder sich aus sonstigen Gründen zeitweise nicht an der gesellschaftlichen Arbeit beteiligen. Da Arbeiten innerhalb der Arbeitsteilung in bestimmten Proportionen ausgeübt werden, werden Arbeitende mit bestimmten Qualifikationen in entsprechenden Größenordnungen benötigt. Deswegen sind eine angemessene Verteilung der Bevölkerung und die Ausbildung entsprechend qualifizierter Individuen notwendig. Demokratie würde in diesem Stadium der Vergesellschaftung bedeuten, dass sich alle Mitglieder der Assoziation über den Grad der Arbeitsteilung, die Aufgaben, die Verteilung und das Quantum der Arbeiten und Qualifikationen verständigen können.

Das führt zu besonderen Herausforderungen: Es ist anzunehmen, dass die meisten Individuen entsprechend dem gesellschaftlichen Anspruch auf Freiheit, Demokratie und intellektuelle Kompetenz eine avancierte Bildung erwerben würden. In der Folge würde es das, was unter kapitalistischen Bedingungen als ausbildungsadäquate Entlohnung angesehen wird, nicht mehr geben, denn die meisten wären hoch qualifiziert. Auch so etwas wie Leistungsgerechtigkeit und Abstandsgebot kann es nicht mehr geben, denn die gesellschaftliche Gesamtarbeit setzt sich zusammen aus der durch alle frei bestimmten Arbeitsteilung zwischen kooperativen Tätigkeiten. Diejenigen, die in einigen Hinsichten hoch qualifiziert wären, würden in anderen

Hinsichten vermeintlich einfache Tätigkeiten ausüben. Dabei würde sich erweisen, dass das, was unter dem kapitalistischen Gesichtspunkt der Wertzusammensetzung der Arbeitskraft als einfach gilt (etwa eine handwerkliche oder eine Sorgetätigkeit), durchaus anspruchsvoll ist. Eine neue, demokratisch gestaltete Arbeitsteilung würde zu einer Neuzusammensetzung der Individuen, also zu besonderen körperlichen, technischen, emotionalen, intellektuellen und demokratischen Kompetenzen führen. Wenn die Individuen sich an der Bestimmung der Arbeitsteilung und an der Festlegung von Funktionen beteiligen können, entsteht eine historisch bislang nicht gekannte Form von Demokratie. Das Allgemeine der gesellschaftlichen Arbeitsteilung wäre den Menschen nicht mehr übergeordnet, sie müssten sich den ihnen entgegenstehenden gesellschaftlichen Naturgesetzen nicht mehr unterordnen; vielmehr zielt das Freiheitsverständnis der freien Assoziation darauf, dass die Individuen das Allgemeine ihrer Aufgaben und Kompetenzen gemeinsam demokratisch koordinieren. Die Arbeitsteilung müsste im Ganzen dann so beschaffen sein, dass alle sich an den Arbeiten beteiligen, dass sie die Aufgabenbereiche konkret gestalten und dass alle in den Genuss der Produkte ihrer gemeinsamen Arbeit gelangen können. In einem solchen Verständnis geht es nicht wie im Fall von kapitalistischer oder staatssozialistischer Planung um Planung von oben, auch nicht allein um funktionierende ökonomische Modelle, sondern darum, die Freiheit der Einzelnen und ihrer Beteiligungsrechte mit der Allgemeinheit der Selbsterhaltung aller zu versöhnen. Gemeinsame Planung des Gemeinsamen verlangt die umfassende Freiheit der Einzelnen – und umgekehrt.

KONFLIKTE OHNE ENDE?

WAS WIR LERNEN MÜSSEN, UM DEMOKRATISCH ZU PLANEN

JENNY STUPKA

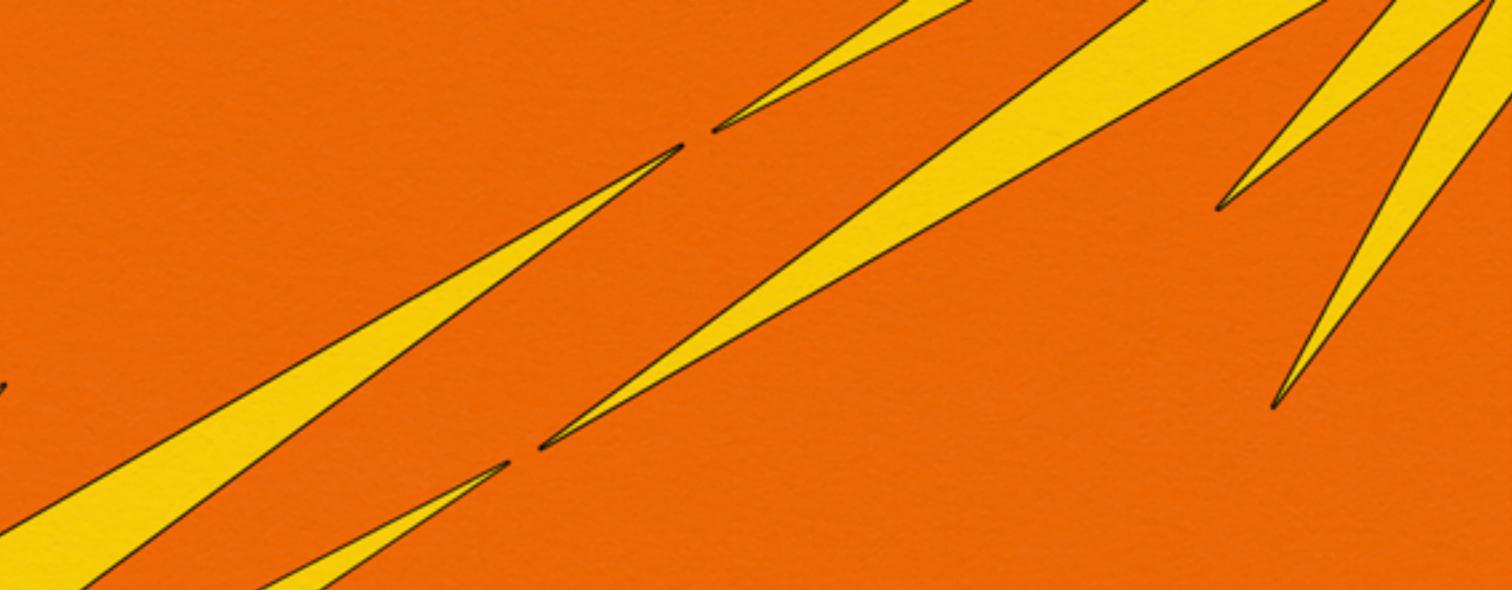
In gemeinsamen Entscheidungsprozessen prallen Unterschiede aufeinander. Wie werden wir kollektiv konfliktfähig?

Kritisiert zu werden kann weh tun und in Konflikten behaupten sich alle unterschiedlich gut. Was so persönlich klingt, betrifft auch die Fähigkeiten, die wir brauchen, um uns an Formen ambitionierter Demokratie beteiligen zu können. Die Utopie einer demokratischen Planung von Wirtschaft scheitert, wenn die Individuen ihre Rollen darin nicht ausfüllen können – wie auch immer sie sich je nach angestrebtem Modell gestalten.

Von Entscheidungen, wer in leerstehende vergesellschaftete Wohnungen ziehen darf, ob der Hinterhof für Autostellplätze genutzt wird oder wie hoch die Mieten sind, sind nicht nur Mieter*innen, sondern auch Verwaltungsmitarbeiter*innen und im weiteren Sinne auch die Stadtgesellschaft betroffen. In einem subsidiären Räteystem, wie wir es mit Deutsche Wohnen & Co enteignen für die

Wohnungsversorgung in Berlin anstreben, sollen möglichst viele Entscheidungen dort getroffen werden, wo die Probleme auftreten (vgl. DWe 2023). Dabei ist mitunter konfrontative Aushandlung zu erwarten.

Doch über welche Fähigkeiten müssen wir verfügen, um uns an Formen der Selbstverwaltung und Mitbestimmung aktiv zu beteiligen? Die Frage ist auch angesichts der autoritären Tendenzen, die wir aus historischen Beispielen ökonomischer Planung kennen, relevant. Bei diesen Überlegungen müssen wir uns Individuen so vorstellen, wie sie gerade sind: mit Mehrfachbelastungen und Sorgeverpflichtungen, mit verschiedenen kulturellen und politischen Verortungen sowie politischen und aktivistischen Vorerfahrungen. Wie lassen sich Menschen zum aktiven Mitmachen materiell, psychologisch



und durch Wissen befähigen, damit in den demokratischen Gremien nicht nur die Leute sitzen, die auch heute schon politischen Aktivismus betreiben? Dabei müssen wir das Zusammenspiel mit den möglichen Arbeits- und Abstimmungsverfahren diskutieren, die die Einzelnen in ihren Rollen unterstützen und entlasten können.

DEMOKRATIEBILDUNG – EINE BESTANDSAUFNAHME

Diese Fragen sind eng mit der Frage der Bildung verbunden. Eine Traditionslinie von Rousseau über Kant zu Dewey verortet die Herausbildung »gute[r] Bürger« in der Schnittmenge von Bildungstheorie und politischer Philosophie und sucht dort nach den Voraussetzungen eines demokratischen Gemeinwesens (vgl. Honneth 2012, 430). Im Neoliberalismus wird Demokratie vor allem als Aushandlungsprozess mit offenem Ausgang verstanden, an dem sich die Bürger*innen beteiligen können sollen. Dabei wird nachgeordnet oder sogar ignoriert, dass Demokratie immer substanzielle Wertvorstellungen voraussetzt – allen voran die Überzeugung, dass alle Menschen gleich sind.

JENNY STUPKA ist bei der Initiative Deutsche Wohnen & Co enteignen aktiv. Sie promoviert an der Freien Universität Berlin zu sozialphilosophischer Kritik privater Eigentumsordnungen.

Heute soll die schulische Demokratiebildung auf die aktive Beteiligung an einer parlamentarischen bürgerlichen Demokratie vorbereiten. Die Aktivität wird am Akt des Wählens gemessen, was die bloß regelmäßig Wählenden zu Ausübenden des aktiven, die entscheidungsbefugten Politiker*innen zu Ausübenden des passiven Wahlrechts erklärt. Diese Politiker*innen repräsentieren vermeintlich nicht Interessen, sondern »die Allgemeinheit« oder »das Gemeinwohl« (vgl. Demirović 2009) und sind entsprechend in ihren Mandaten nicht gebunden. Zwar betont die Politikdidaktik die aktive Bürger*innenrolle, allerdings zielt sie damit eher auf eine aktive Inaktivität, etwa im Sinne eines kritischen Publikums, das beobachtet, kritisiert und sich im Zweifel zivilgesellschaftlich einmischt. Folgerichtig ist die Politikdidaktik auf die Fähigkeit der Urteilsbildung fokussiert (vgl. de Moll u. a. 2013, 157) und

weniger auf Handlungsfähigkeiten oder gar -routinen. Genau diese benötigen wir aber für eine wirklich demokratische Verwaltung unserer Wohnungen.

In der Didaktik ist seit dem »Pisa-Schock« 2003 der Kompetenzbegriff leitend, der Lernprozesse relativ unmittelbar an ihrer Nützlichkeit für die spätere Lohnarbeit bemisst. Begrüßenswert ist, dass der Kompetenzbegriff den Fokus auf Intelligenz und Begabung zurückgedrängt hat (vgl. ebd., 299), doch er legt zugleich immer schon fest, zu welchen Zwecken das Lernen stattfindet. Demokratiefähigkeit sollte aber zu einem Handeln führen, dessen Ziele und Charakter erst in der gemeinsamen Aushandlung konkretisiert werden. So können wir als Initiative für die Vergesellschaftung zwar die Vision einer demokratischen Verwaltung entwickeln, die

»Wer immer am Limit, weil erschöpft oder überanstrengt ist, lässt sich kaum kritisieren.«

ökologische, antirassistische, feministische und weitere Belange einbezieht, doch welche Perspektiven, Themen und Probleme wir dabei verkennen, wird erst in einem noch ambitionierteren und breiteren Aushandlungsprozess in den späteren demokratischen Strukturen deutlich werden.

Kritik- und Konfliktkompetenz werden in der gegenwärtigen *kritischen* Politikdidaktik als zentrale demokratische Kompetenzen benannt. Ich möchte beiden eine zusätzliche aktive Wendung geben, um so eine vorläufige Vorstellung davon zu entwickeln, welche Fähigkeiten wir brauchen, um in tiefergehend demokratischen Strukturen tätig zu werden.

DOPPELTE KRITIKFÄHIGKEIT

Die kritische politische Bildung baut in jüngerer Zeit auf Theorien radikaler Demokratie auf und fokussiert auf die Kompetenz der »Unterbrechung« (ebd., 302). Die kritisch politisch Handelnden werden in einer politisch minoritären und randständigen Rolle gesehen und sollen zum kritischen Einspruch befähigt und ermächtigt werden. Es geht um die Wahrnehmung und Kritik von Ausschlüssen und Wirkungsweisen von Herrschaft.

Doch wir stellen uns Mieter*innen oder Arbeiter*innen vor, die weit mehr als kritisches Publikum sein sollen und wollen. In demokratischen Mit- und Selbstbestimmungsstrukturen geht es nicht mehr nur darum, Ausschlüsse zu erkennen und zu skandalisieren, sondern darum, die betreffenden Personen und Themen mit verstärkenden Artikulationsmöglichkeiten auszustatten. Denkbar wäre zum Beispiel in manchen Fällen ein privilegiertes Vetorecht. In der gemeinsamen Praxis müssen wir Ausschlüsse und Hierarchien erkennen, die aus den unterschiedlichen Vorerfahrungen und der Normalisierung bestimmter Rhetoriken und Argumentationsmuster folgen. Kritikfähigkeit muss dann auch in die kollektive kreative Gestaltung und Umgestaltung der eigenen Arbeitsweise und -kultur übergehen.

Der klassische Begriff der Kritikfähigkeit muss nicht nur aktiv gewendet, sondern zusätzlich in einem doppelten Sinne verstanden werden: Die Einzelnen müssen selbst kritikfähig, also kritisierbar werden. Damit Kritik nicht als Verletzung der eigenen Person empfunden wird, benötigen Menschen ein stabiles Selbstwertgefühl. Das hat auch materielle Voraussetzungen. Wer immer

am Limit, weil erschöpft oder überanstrengt ist, lässt sich kaum kritisieren, da doch stets im Rahmen der Möglichkeiten das Beste versucht wurde. Kritikfähigkeit erfordert eine Infrastruktur, etwa durch die Übernahme von Kinderbetreuung und anderen Sorgetätigkeiten oder Sitzungsgeld, das die Lohnarbeitslast etwas verringert. Joyce Rothschild-Whitt weist in einer bemerkenswerten Studie von 1979 darauf hin, dass die Beziehungen in kollektivistischen Organisationen den Einzelnen mehr versprechen, dadurch aber zugleich Konflikte und Kritik als gefährlicher empfunden werden (Rothschild-Whitt 1979, 521). Die emotionale Intensität macht es mitunter schwieriger, mit Kritik umzugehen, weil die Kritik besondere Autorität hat. Ein imperatives Mandat kann entlasten, weil es zu bestimmten Positionierungen, Prioritätensetzungen oder Abstimmungsverhalten verpflichtet und den Spielraum für selbstverantwortete Entscheidungen begrenzt. Die Mandatsträger*innen sind dann nicht mehr dafür zuständig, die eigenen Interessen oder diejenigen der anderen zu bestimmen, sondern dafür, die Anliegen ihrer Interessengruppe auch in konfliktiven Entscheidungssituationen zu vertreten.

WELCHER KONFLIKT?

Die Politikdidaktik sieht Konfliktkompetenz als die angemessene Kompetenz im Umgang mit Pluralität – aufseiten der Bürger*innen durch eine Haltung der Toleranz und aufseiten der Parlamentarier*innen in Form von Kompromissbereitschaft. Kompromissbereitschaft gilt im Parlamentarismus als Reifemerkmale für die konstruktive politische Arbeit. Um Konfliktfähigkeit tatsächlich aktiv zu verstehen, müssen wir zunächst klären, mit welchem Konflikt

wir es in ambitionierten demokratischen Strukturen zu tun haben. Solange wir uns keine umfassend demokratisierte Wirtschaft, sondern lediglich die Vergesellschaftung von Teilssektoren vorstellen, bleibt die Reibung zwischen verschiedenen Prinzipien eine Quelle von Konflikten: Radikale demokratische Strukturen kollidieren mit den sie umgebenden politisch-parlamentarischen, marktwirtschaftlichen und verwaltungstechnischen Vorgängen unter anderem aufgrund ihrer sehr unterschiedlichen Transparenzansprüche und ihres unterschiedlichen Arbeitstempos. Demokratische Konfliktfähigkeit bedeutet also gerade in Übergangsphasen, Informationsstände einzuklagen und eine eigene Zeitlichkeit durchzusetzen. Letzteres ist entscheidend,

»Radikale demokratische Strukturen kollidieren mit den politisch-parlamentarischen, marktwirtschaftlichen und verwaltungstechnischen Vorgängen, die sie umgeben.«

um zwischen radikal demokratisch verfassten Strukturen und rationalisiert-bürokratischen Abläufen den Spielraum für eine interne, wirklich demokratische Aushandlung offenzuhalten. Damit haben wir in der Arbeit mit Deutsche Wohnen & Co enteignen reichlich Erfahrungen gesammelt: Die regierenden Parteien und ihre führenden Vertreter*innen versuchen immer wieder, Sprechsituationen zwischen ihnen und einzelnen Aktiven herzustellen, in denen unter der Bedingung der Vertraulichkeit ein Entgegenkommen in Detailfragen angeboten wird. Der Anspruch, Entscheidungen kollektiv und demokratisch zu treffen, wird so vermeintlich zum Hindernis für eine Zusammenarbeit.

Doch welche Konfliktkonstellation ergibt sich *innerhalb* einer umfassend demokratisierten Wirtschaft oder eines vergesellschafteten Sektors, etwa in der gemeinsamen Vertretung von Mieter*innen, Beschäftigten und der weiteren Stadtgesellschaft? Die frühen theoretischen Auswertungen der Räteerfahrungen bieten hier nur wenig Anhaltspunkte, da sie dem Proletariat einen einheitlichen Willen unterstellten. So schrieb etwa der niederländische Astronom und Rätekommunist Anton Pannekoek (2023 [1946], 70), mit der Vergesellschaftung der Wirtschaft sei das Verschwinden von Politik zu erwarten. Eine interessante Ausnahme bilden einige Texte von Karl Korsch, so »Sozialisierung und Arbeiterbewegung« von 1919. Darin beschreibt er, wie der Interessenwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit abgelöst werde durch den Widerspruch zwischen Produzent*innen und Konsument*innen sowie zwischen den Produzent*innen eines bestimmten Betriebs oder Wirtschaftssektors und der Gesamtheit der Produzent*innen (Korsch 1980 [1919], 90). Bislang habe der Kapitalist »vorgegeben«, die jeweils anderen Interessen zu vertreten. »Durch den Wegfall dieses überflüssigen Zwischengliedes [gemeint ist der Kapitalist] kommt der notwendige und natürliche Interessengegensatz zwischen Produzenten und Konsumenten, Arbeitern und Genießern erst recht zur Geltung.« (Ebd., 90f) Es ist also eine Entfesselung des Konflikts zu erwarten, wenn an die Stelle des verhärteten Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit die Artikulation von lebendigen Bedürfnissen tritt.

Im Falle der Vergesellschaftung von Wohnraum lässt sich gleich eine ganze Reihe von Interessenkonflikten antizipieren, etwa zwischen dem Interesse der Mieter*innen der

vergesellschafteten Wohnungen an möglichst niedrigen Mieten und dem Interesse der Wohnungssuchenden an höheren Mieten, die Neubau ermöglichen oder auch Wohnungen für Obdachlose oder Geflüchtete finanzieren könnten. Das Interesse an niedrigen Mieten kann zudem mit dem gesamtgesellschaftlichen Ziel der energetischen Modernisierung und dem Interesse der Mitarbeiter*innen der Wohnungsverwaltung an höheren Löhnen und kürzerer Arbeitszeit kollidieren (vgl. DWe 2023).

NEUE KONFLIKTFÄHIGKEIT

Was macht vor diesem Hintergrund Konfliktfähigkeit der Einzelnen aus? Sich nicht zu fügen oder gerade sich willentlich fügen zu können? Ist Konfliktfähigkeit eine Form der Durchsetzungs- oder eigentlich der Kompromissfähigkeit? Prinzipiell die eigene starke Interessenvertretung zu ermöglichen, dafür sprechen laut Michael Albert (2006, 100) mindestens drei gute Gründe: Letztlich kennt und versteht man doch die eigenen Interessen am besten. Außerdem kann man sich nicht zu jedem Zeitpunkt in alle anderen gut hineinversetzen. Zuletzt irrt man sich in der Einschätzung anderer Interessenlagen – auch bei gutem Willen. Albert fragt auch, wie Strukturen aussehen könnten, die diesen Problemen begegnen, und weist darauf hin, dass Individuen und Interessengruppen sich umso weniger selbst zurücknehmen müssen, je mehr das Verfahren bereits ihre jeweilige Betroffenheit berücksichtigt. Es müssen also Strukturen und Verfahren gefunden werden, die den Konflikten Orte »außerhalb« der Individuen geben, sodass sie guten Gewissens ihre eigenen Interessen vertreten können. Denkbar sind gewichtete Stimmabgaben oder

bei besonders ungleicher Betroffenheit auch Exklusiventscheidungen durch bestimmte Gruppen (vgl. ebd., 93). Die eigenen Interessen stark und auch gegen andere Interessen artikulieren zu können, stellt als Konfliktresistenz gerade auch in radikaldemokratischen Strukturen eine Machtressource dar. Sie ist nicht nur eine charakterliche und biografisch erworbene Disposition, sondern erfordert starke Netzwerke und Allianzen.

Für Albert ist ein weiteres wesentliches Merkmal der Konsensbildung, dass sich im Vorfeld einer Entscheidung alle über die Interessen aller anderen informieren. Diese »partizipatorische Vorbereitung« sei zu unterscheiden von einer »Forderung nach Einstimmigkeit« (ebd., 95). Die notwendigen »Informationstechniken« für die Vorbereitung auf strittige Konsensentscheidungen könnten auch für andere Abstimmungsverfahren wertvoll sein. Für die längerfristige Effizienz von Entscheidungsverfahren ist es sinnvoll, die Komplexität der anderen Positionen wirklich zu verstehen, da sonst in jedem Konfliktfall Entscheidungen durch die gleichen Missverständnisse gelähmt werden.

Eine neue Konfliktfähigkeit müsste also gerade auch die Metafähigkeit umfassen, über angemessene Entscheidungsverfahren für unterschiedliche Konfliktkonstellationen zu entscheiden, etwa darüber, ob ein Mehrheitsvotum in einer strittigen Frage wirklich langfristig Bestand haben kann. Nur wenn Mandatsträger*innen die Konflikte verstehen und nachvollziehen, lassen sich angemessene Verfahrenslösungen finden und legitimieren. Dafür ist der Aufbau von vielfältigem Erfahrungswissen notwendig. All diese Überlegungen zeigen, dass wir auch ein neues Verständ-

nis und neue Praxen des emanzipatorischen Kompromisses brauchen, denn aktuell haben wir es ständig mit hegemonialen Setzungen zu tun, die uns als Kompromisse verkauft werden.

Im Hinblick auf Entscheidungsstrukturen und -verfahren müssen wir an ambitionierten demokratischen Modellen arbeiten, die Selbstbestimmung und Repräsentation kombinieren, da es immer Individuen und Gruppen geben wird, die sich selbst nicht beteiligen können oder wollen. Die Frage nach den individuellen Fähigkeiten verweist zudem ganz unbedingt auf umfassendere Fragen der Bildung: Wie demokratisieren wir auch die Diskussion, was Bildung für radikale Demokratie umfassen muss? Welche Art der Bildung kann auf welchen Wegen diese Ziele erreichen?

LITERATUR

- Albert, Michael, 2006: Parecon. Leben nach dem Kapitalismus, Frankfurt a. M.
- Demirovic, Alex, 2009: Rätedemokratie oder das Ende der Politik, in: PROKLA Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 39/155, 181–206.
- DWe – Deutsche Wohnen & Co enteignen, 2023: Gemeingut Wohnen. Eine Anstalt öffentlichen Rechts für Berlins vergesellschaftete Wohnungsbestände, https://content.dwenteignen.de/uploads/Gemeingut_Wohnen_3a03fa4c87.pdf
- Honneth, Axel, 2012: Erziehung und demokratische Öffentlichkeit. Ein vernachlässigtes Kapitel der politischen Philosophie, in: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 15, 429–442
- Korsch, Karl, 1980 [1919]: Sozialisierung und Arbeiterbewegung, in: ders., Gesamtausgabe, Bd. 2: Rätebewegung und Klassenkampf, Frankfurt a. M.
- Möll, Frederick de/Kirschner, Christian/Riefling, Markus/Rodrian-Pfennig, Marhit, 2013: Überlegungen zu einem Modell radikaldemokratischer politischer Bildung. Eine Dezentrierung des Kompetenzbegriffs, in: Kleemann-Göhring, Mark/Bremer, Helmut/Teiwes-Kügler, Christel/Trumann, Jana (Hg.), Politische Bildung zwischen Politisierung, Partizipation und politischem Lernen. Beiträge für eine soziologische Perspektive, Weinheim, 293–314
- Pannekoek, Anton, 2023 [1946]: Arbeiterräte. Texte zur sozialen Revolution I, Moers
- Rothschild-Whitt, Joyce, 1979: The Collectivist Organization: An Alternative to Rational-Bureaucratic Models, in: American Sociological Review 4/1979, 509–527

WAS WAR & WAS IST



ANTIFASCHISTISCHE MASSENDEMONSTRATIONEN, UND NUN?

PODIUMSDISKUSSION, 2. MÄRZ 2024 IN BERLIN

Seit Veröffentlichung der Correctiv-Recherchen sind bundesweit Millionen Menschen auf die Straße gegangen und haben ihre Wut und ihren Dissens zum Ausdruck gebracht. Unter dem Hashtag #WirSind-dieBrandmauer fanden (und finden) unzählige Demonstrationen und Veranstaltungen statt, die eine Abgrenzung zur AfD und zu ihren Forderungen verlangen. Welche Wirkkraft kann diese neue Bewegung gegen den Rechtsruck entfalten, und welche Strategien und Anknüpfungspunkte braucht es dafür von links? Darüber diskutierten der Soziologe und Fellow der Stiftung Thomas Goes und Anika Taschke, Referentin für Neonazismus bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Die Podiumsdiskussion fand im Rahmen von de:luxe, dem Frühlingsfest der Rosa-Luxemburg-Stiftung, statt.

SIE KANN NACHGEHÖRT WERDEN UNTER:

www.rosalux.de/mediathek/media/collection/484

ARMUTSZEUGNIS

START DES NEUEN WIRTSCHAFTSPODCAST

Warum haben wenige so viel und viele so wenig? Stimmt, was man uns immer predigt: »Ohne Fleiß kein Preis«, oder: »Jeder ist seines Glückes Schmied«? Sind die Reichen wirklich smarter? Reichtum und Armut sind gleichermaßen von Mythen umrankt. Der neue Podcast Armutszeugnis will damit aufräumen. Einmal im Monat diskutieren Eva Völpel, Referentin für Wirtschafts- und Sozialpolitik bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung, und Sabine Nuss, freie Autorin und Publizistin, über die Verteilungskrise. In jeder Folge präsentieren sie Ergebnisse von Studien, die die Augen öffnen, und gewähren zusammen mit Expert*innen einen Einblick in das Eigenleben der Ökonomie und die Zumutungen der herrschenden Politik. Zu Gast in Folge 1 sind Natalie Schöttler von der Stiftung OneWorryLess und Marlene Engelhorn von taxmenow – der Initiative für Steuergerechtigkeit.

DIESE UND WEITERE FOLGEN KÖNNEN NACHGEHÖRT WERDEN UNTER:

www.rosalux.de/armutszeugnis

ZWEI JAHRE KRIEG, ZWEI JAHRE FEMINISTISCHER WIDERSTAND

FRIEDENSPodcast DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

In der 12. Folge ihres Podcasts dis:arm wagen Linda Peikert und Jan van Aken gemeinsam mit zwei Frauen aus Russland und der Ukraine einen feministischen Blick auf das Leben im Krieg. Beleuchtet wird die soziale Situation beider Länder, insbesondere das Erstarken der alten Rollenmuster. Aber auch der Widerstand in Russland, der, soweit er angesichts der Repression überhaupt noch möglich ist, vor allem ein weiblicher ist. »Women voices are always in the shadow«, sagt Nina Potarska aus der Ukraine. Mit dieser Folge erhalten ihre Stimmen ein wenig mehr Öffentlichkeit.

NACHHÖREN:

www.rosalux.de/mediathek/media/element/2480

WAS KOMMT



DIE UTOPIE DES SOZIALISMUS – KOMPASS FÜR EINE NACHHALTIGKEITSREVOLUTION

VORTRAG UND DISKUSSION MIT KLAUS DÖRRE, 28. MAI 2024 IN HAMBURG

Nachhaltig kann eine Gesellschaft nur sein, wenn sie den Zwang zu immer neuen Landnahmen bricht, der im kapitalistischen Besitz als Strukturprinzip angelegt ist. Eine Gesellschaft, die dieses expansive Prinzip auf demokratische Weise überwindet, muss eine sozialistische sein. Um wieder Strahlkraft zu gewinnen, muss der Sozialismus jedoch von seinem dogmatisch erstarrten Anspruch abrücken und nochmals zu einer attraktiven Utopie werden. Inhalt dieser Utopie kann nicht mehr die Befreiung der Produktivkräfte aus den Fesseln hemmender Produktionsverhältnisse sein. Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts, der die eigene Geschichte und sein vielfältiges Scheitern reflektiert und mitdenkt, steht für die Suche nach einer Notbremse, die den mit Hochgeschwindigkeit auf einen Abgrund zurasenden Zug zum Halten bringt. Noch ist Zeit, die Weichen so zu stellen, dass andere Auswege aus der epochalen ökonomisch-ökologischen Zangenkrise möglich werden. Im Mittelpunkt dieser Entwicklung wird eine grundlegend veränderte Beziehung zwischen Gesellschaft und Natur stehen, die feministische, öko-

logische wie auch indigene Strömungen kapitalismuskritischen Denkens miteinbezieht.

Klaus Dörre, Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Universität Jena und Autor von »Die Utopie des Sozialismus«, wird am 28. Mai seine zentralen Thesen an der Universität Hamburg zur Diskussion stellen. Die Veranstaltung ist Teil der Reihe »System Change not Climate Change! – Wege in den Grünen Sozialismus« der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg, die sie in Kooperation mit dem Fachschaftsrat Sozialökonomie der Universität Hamburg organisiert.

WEITERE INFOS:

www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/5TX85/

RATSCHLAG ZUR TRANSFORMATION DER MOBILITÄTSINDUSTRIEN

KONFERENZ, 31. MAI BIS 1. JUNI 2024 IN KASSEL

Die sozial-ökologische Transformation kommt nicht voran, die Klimaziele im Verkehrssektor werden seit Jahren weit verfehlt. Die deutschen Autokonzerne halten an Verbrenner-Technologie, an teuren SUVs und an ihrer Luxusstrategie fest, ignorieren die Klimakrise. Im komplexen System des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs, der Bahnindustrie und der Infrastruktur fehlt es andererseits an Geld, Kapazitäten und Arbeitskräften. Klimabewegung und Gewerkschaften weisen auf diesen Anachronismus hin, während die Industrie und die Regierung den Niedergang der Autoindustrie nicht aufhalten, den Ausbau und die Modernisierung der Bahnindustrie, des ÖPNV und der dazugehörigen Infrastruktur jedoch blockieren.

Wie kann diese desaströse Entwicklung überwunden werden? Die Rosa-Luxemburg-Stiftung lädt zu einem Ratschlag zur Transformation der Mobilitätsindustrien ein und diskutiert mit Expert*innen aus Wissenschaft und Politik, Aktiven aus Betrieben und der Klimabewegung konkrete Überlegungen, wie unsere Mobilität transformiert werden kann. Der Ratschlag findet vom 31. Mai bis 1. Juni in Kassel statt – um Anmeldung wird gebeten.

WEITERE INFOS:

www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/19SJ3

DIE GEGENWART DES FASCHISMUS

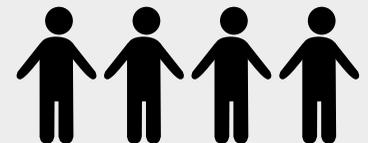
VORTRAG UND DISKUSSION, 23. MAI 2024 IN BERLIN

Der Begriff des Faschismus ist angesichts weitreichender Autoritarisierungstendenzen in den letzten Jahren wieder verstärkt in der Diskussion. Doch was genau verbirgt sich hinter ihm und inwiefern kann er zur Analyse heutiger Tendenzen beitragen? Diesen Fragen widmet die Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Veranstaltung am 23. Mai mit der österreichischen Politikwissenschaftlerin und Expertin für Rechtsextremismus, Natascha Strobl. Zentrale Fragen für die kommenden politischen Entwicklungen werden diskutiert: Wie sind die Erfolge rechter Akteur*innen in Europa und darüber hinaus zu bewerten? Haben wir es mit autoritären Entwicklungen zu tun, die als Faschisierung zu bezeichnen sind? Müssen wir den Begriff des Faschismus, der lange Zeit von links gemieden wurde, wieder in die Analyse der Gegenwart einbeziehen und aktualisieren? Was muss eine Analyse autoritärer Entwicklungen im 21. Jahrhundert berücksichtigen? Und welche Gegenstrategien lassen sich entwickeln?

ANMELDUNG UND WEITERE INFOS:

www.rosalux.de/veranstaltung//faschisierung

MIT WEM



RECHT AUF STADT

STADTPOLITISCHES FORUM, 7. BIS 9. JUNI 2024 IN BERLIN

Hinter dem 10. Recht-auf-Stadt-Forum liegen viele Jahre stadtpolitischer Bewegung in unterschiedlichen Städten mit kleinen und großen Erfolgen. Trotz dieser Erfolge setzt Katerstimmung ein: Viel Er kämpftes ist nur von begrenzter Dauer oder Reichweite. Viele kommunale Regierungen sind für die Forderungen der Bewegung nicht ansprechbar, Umsetzungen von Beschlüssen werden oft verschleppt, verwässert oder wieder rückabgewickelt. Die Bundespolitik betreibt ungeachtet aller Proteste eine Baupolitik im Sinne der Vermögenden, der Immobilienwirtschaft und Investoren, hält sich aus einer sozialen Stadtentwicklungs-, Mieten- und Wohnungspolitik weitgehend heraus. Obwohl Wohnungs-, Care- und Klimakrise sich weiter verschlimmern, scheint es immer schwieriger zu werden, für das Recht auf Stadt zu mobilisieren.

Wie also soll es weitergehen mit der stadtpolitischen Bewegung? Zur Diskussion dieser Fragen will das 10. Recht-auf-Stadt-Forum einen Raum der politischen Diskussion schaffen, in dem aus dem Wissensaustausch über lokale Kämpfe gemeinsame Zielsetzungen, Forderungen und Strategien entstehen – auch jenseits des Themas Wohnen. Das Forum wird gefördert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

WEITERE INFOS:

<https://rechtaufstadt-forum.de>

BEYOND MOLOTOVS

HANDBUCH ZUR KUNST DES WIDERSTANDS

Autoritarismus wirkt eher auf der Gefühlsebene, als dass er sich auf Argumente stützt. Wie können wir autoritären Affekten entgegenwirken? Frisch bei Transcript erschienen, versammelt »Beyond Molotovs – A Visual Handbook of Anti-Authoritarian Strategies« 50 Berichte von antiautoritären Bewegungen, Aktivist*innen, Künstler*innen und Wissenschaftler*innen aus aller Welt, die sich auf die sinnliche und emotionale Dimension ihrer Strategien konzentrieren. Von der kollektiven Kunst und Ästhetik feministischer Bewegungen in Indien, Iran, Mexiko und Polen

bis hin zu Nähkollektiven und subversiver Internetkunst in Hongkong eröffnen die Beiträge neue Perspektiven auf Momente des Widerstands, der Subversion und der Kreativität. Das Handbuch ist so selbst ein Werk antiautoritärer Kunst.

Herausgegeben wird es von der International Research Group on Authoritarianism and Counter-Strategies, einer Forschungsgruppe der Rosa-Luxemburg-Stiftung, gemeinsam mit dem Kollektiv orangotango.

DOWNLOAD UND BESTELLUNG:

www.transcript-verlag.de/978-3-8376-7055-4/beyond-molotovs-a-visual-handbook-of-anti-authoritarian-strategies

WER SCHREIBT



»HAT DIE LINKE ›DIE ARBEITER‹ VERLOREN?«

STUDIE ZU KLASSENZUSAMMENSETZUNG UND POTENZIELLEN WÄHLER*INNEN

Immer wieder wird konstatiert, die LINKE würde die Stimmen »der Arbeiter« verlieren. Aber stimmt das wirklich? In der von Mario Candeias herausgegebenen

Studie wurden 2500 Menschen gefragt, in welchen Branchen und Berufen die potenziellen Wähler*innen der LINKEN arbeiten, sofern sie berufstätig sind. Welche Probleme sehen sie als prioritär an, welche Forderungen zur Verbesserung der Lage finden sie besonders wichtig? Wie unterscheiden sich Lage und Einschätzungen nach Geschlecht, Einkommen, Qualifikation? Das Ergebnis ist vielstimmig, aber im Fazit eindeutig: Die LINKE hat »die Arbeiter« nicht verloren, aber die Welt der Arbeit hat sich verändert. Außer den Beschäftigten in der Industrie mit einem deutlich höheren Lohnni-



veau dominieren Menschen mit niedrigen Nettohaushaltseinkommen das linke Wähler*innenpotenzial. Eine Verschiebung zugunsten stärker akademischer Milieus lässt sich anhand der Befragung nicht bestätigen, vielmehr zugunsten einer weiblicheren und migrantischeren Arbeiter*innenklasse, die stark im Dienstleistungssektor vertreten ist. Gewissermaßen bildet sich darin die Neuzusammensetzung der Klasse der Lohnabhängigen ab.

DOWNLOAD:

www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Onl-Studie_9-23_DieLinke_Potenzial.pdf

»ÜBERGEWINNE RICHTIG BESTEUERN«

STUDIE ZEIGT, WIE ES GEHEN KANN

Christoph Trautvetter hat im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung die Gewinnentwicklung und Besteuerung großer Konzerne für das Jahr 2022 analysiert. Danach haben vor allem große Unternehmen in konzentrierten Branchen von Krisenentwicklungen profitiert und Rekordrenditen erzielt. Allein bei den Mineralölkonzernen summierten sich die Übergewinne in Deutschland im untersuchten Jahr auf etwa 70 Milliarden Euro. Die Studie plädiert dafür, solche hohen Gewinnmargen dauerhaft und branchenübergreifend mit einer Übergewinnsteuer zu belegen. Damit könnte unsere Gesellschaft widerstandsfähiger gegen die zahlreichen Krisen gemacht werden und wachsender Marktmacht entgegenwirken.

DOWNLOAD:

www.rosalux.de/publikation/id/51548/uebergewinne-richtig-besteuern

»KAPITALISMUS AM LIMIT«

NEUES BUCH ZU TRANSFORMATIONSKONFLIKTEN VON ULRICH BRAND UND MARKUS WISSEN

Mit »Imperiale Lebensweise« gelang den Politikwissenschaftlern Ulrich Brand und Markus Wissen vor einigen Jahren eine fundamentale Kritik an der bestehenden globalen sozial-ökologischen Ungleichheitsordnung und ihrer Verankerung in Alltagspraxen, die weit über Fachkreise hinaus diskutiert wurde. In ihrem neuen Buch unterziehen sie unsere Gegenwart erneut einer kritischen Diagnose. Die Autoren zeichnen nach, wie der Kapitalismus an seine Grenzen gerät, unter Druck gesetzt von sozialen und ökologischen Krisen, aber auch von denjenigen, die die Ausbeutung von

Mensch und Natur nicht länger mittragen wollen. Vielfältige Kämpfe entscheiden über die Zukunft der Menschheit, und der Ausgang ist alles andere als gewiss. Wird der Status quo verteidigt und nehmen damit autoritäre Tendenzen zu? Wird sich in Europa ein »grüner Kapitalismus« entwickeln und welche Folgen hätte dieser für den Rest der Welt? Oder finden wir eine gerechtere, bessere Art des Wirtschaftens und Lebens?

LESEPROBE:

www.oekom.de/_files_media/titel/leseproben/9783987260650.pdf

»HÄLT DIE BRANDMAUER?«

STUDIE ZU KOOPERATIONEN MIT DER EXTREMEN RECHTEN IN OSTDEUTSCHEN KOMMUNEN

Eine Kooperation mit der extremen Rechten (auf kommunaler Ebene) ist brandgefährlich, denn damit wird der Normalisierung extrem rechter Parteien und ihrer Positionen Vorschub geleistet. Was es eigentlich bräuchte, ist eine Brandmauer. In der vorliegenden Studie wird die Kooperation zwischen demokratischen Parteien/Fraktionen und extrem rechten Parteien/Fraktionen auf der kommunalen Ebene in Ostdeutschland untersucht. Im Rahmen dieser Studie konnten 121 konkrete Fälle solcher Kooperationen im Zeitraum Sommer 2019 bis Ende 2023 recherchiert werden. Regional ist Sachsen mit mehr als einem Drittel der Fälle am stärksten vertreten. Bei der extremen Rechten spielt die AfD eine zentrale Rolle, dies spiegelt sowohl ihre Stellung in dieser politischen Strömung als auch ihr gesamtgesellschaftliches Gewicht wider. Laut den Ergebnissen ist es die CDU, die mit Abstand am häufigsten mit der extremen Rechten kooperiert.

Ziel der von Steven Hummel und Anika Taschke herausgegebenen Studie ist es, mehr Öffentlichkeit für das Problem zu schaffen und demokratische Parteien mit Handlungsempfehlungen zu unterstützen, wie sie auf der kommunalen Ebene eine Zusammenarbeit mit der extremen Rechte vermeiden können.

DOWNLOAD:

www.rosalux.de/publikation/id/51762

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG



Steven Hummel, Anika Taschke
HÄLT DIE BRANDMAUER?

Studie zu Kooperationen mit
der extremen Rechten
in ostdeutschen Kommunen

36 Seiten, Broschur
ISBN 978-3-948250-80-5

 Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/51762



Stephan Kaufmann
**GELD ALLEIN MACHT
NICHT GLÜCKLICH**
Mythen und Irrtümer
zum Reichtum

luxemburg argumente Nr. 21
36 Seiten, Broschur
Dezember 2023, ISSN 2193-5831

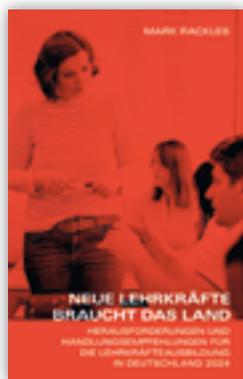
 Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/51425

Dieter Klein
GEMEINSAME SICHERHEIT - TROTZ ALLEDDEM!

Das lange verdrängte Konzept
ist die einzige Alternative
zu imperialen Machtkämpfen

39 Seiten, Online-Studie 7/2023
September 2023, ISSN 2567-1235

Download unter: 
www.rosalux.de/publikation/id/51014



Mark Rackles
**NEUE LEHRKRÄFTE
BRAUCHT DAS LAND**
Herausforderungen und Handlungs-
empfehlungen für die Lehrkräfte-
ausbildung in Deutschland 2024
64 Seiten, Broschur, Februar 2024
ISBN 978-3-948250-82-9

 Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/51720

PODCASTS DER ROSA-LUXEMBURG- STIFTUNG

ARMUTSZEUGNIS

Wirtschaftspodcast mit
Sabine Nuss und Eva Völpel

DIS:ARM

Friedensgespräche mit
Linda Peikert und Jan van Aken

tl;dr

Theoriepodcast

ManyPod

Podcast für die Gesellschaft
der Vielen

Rosalux History

Geschichtspodcast mit Albert
Scharenberg und Anika Taschke

Zu hören auf der Webseite
der Rosa-Luxemburg-Stiftung,
auf Soundcloud, Spotify und überall
sonst, wo es Podcasts gibt.

[www.rosalux.de/
podcasts](http://www.rosalux.de/podcasts)





2/2023 ZEIT DER MONSTER

Wie paralyisiert starren wir auf die Krisen unserer Zeit. Rechte Kulturkämpfe haben Konjunktur. Law and Order bedrohen die Grundlagen der Demokratie. Das Heft will diese Phänomene verstehen. Was sind die Monster unserer Zeit? Wo wird um die Richtung der Entwicklung gerungen, um Produktion und Ökologie, um Geschlechterfragen und Arbeitszeit, um Friedenspolitik und Migration? Wie analysieren wir Kulturkämpfe von links?

BEITRÄGE VON: Lia Becker | Ulrich Brand | Clara Bünger | William Callison | John Clarke | Alex Demirović | Richard Detje | Philipp Frey | Gianna Gurngowski | Bernd Kasperek | Stephan Krull | Nicole Mayer-Ahuja | Sandro Mezzadra | Benjamin Opratko | Guillaume Paoli | Maximilian Pichl | Thomas Sablowski | David Salomon | Birgit Sauer | Tatjana Söding | Linus Westheuser | Markus Wissen | Joanna Wuest u. a.

Dezember 2023, 140 Seiten

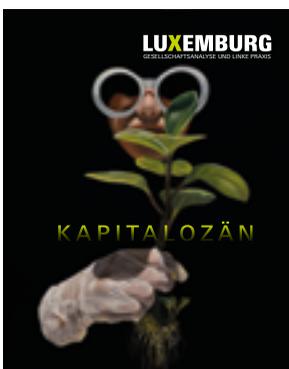


1/2023 WAS BLÜHT IM OSTEN?

Auch über 30 Jahre nach der Wende hält die Stigmatisierung der »Ossis« an. Von den Löhnen über Erbschaften bis zur Verteilung der Führungspositionen: Die Ungleichheit zwischen Ost und West ist nicht kleiner geworden, die Nach-Wende-Zeit kaum aufgearbeitet. Ein Heft über industrielle Umbrüche, neue Streiks, rechte Bedrohung, migrantische Allianzen, »Ost-Identität«, mutige Politik von unten und eine LINKE zwischen Krise und Aufbruch. Wie ist ein linker Osten möglich?

BEITRÄGE VON: Katja Barthold | David Begrich | Laura Boemke | Lutz Brangsch | Katharina Dahm | Klaus Dörre | Trong Do Duc | Paul Georgi | Lena Güngör | Tine Haubner | Sarah Hinz | Renate Hürtgen | Stefanie Hürtgen | Gesine Langlotz | Mike Laufenberg | Grit Lemke | Doris Liebscher | Sören Pellmann | Manja Präkels | Oliver Preuss | Stefan Schmalz | Claudia Sprengel | Danilo Starosta | Mandy Tröger | Isabelle Vandre | Katharina Warda u. a.

Mai 2023, 140 Seiten



3/2022 KAPITALOZÄN

Krieg, Erderwärmung, Inflation: Eine Krise jagt die nächste. Wie bringt man eine Zeit auf den Begriff, die sich selbst überschlägt? Wir nennen es das Kapitalozän: das Erdzeitalter, das von der kapitalistischen Ausbeutung der Natur geprägt ist. Aber wie kommen wir im Katastrophenkapitalismus ins Handeln, wie sehen Lösungswege aus? LuXemburg 3/2022 ist ein Dialog: zwischen den Generationen und Kämpfen, zwischen Analyse und Strategie und zwischen dem, was ist, und dem, was noch werden kann, trotz alledem.

BEITRÄGE VON: Leon Burghardt | Alex Demirović | Felix Dorn | Lara Eckstein | Nancy Fraser | Lucie Hammer | Franziska Heinisch | Sarah-Lee Heinrich | Olena Lyubchenko | Birgit Mahnkopf | Jason W. Moore | Roland Ngam | Nam Duy Nguyen | Hans Rackwitz | Salvage Collective | Ingar Solty | Nathalie Steinert | Rahel Süß | Frank Voigt | Fanny Zeise | Karla Zierold

Oktober 2022, 128 Seiten



2/2022 UNANGEPASST

Die Zukunft wird uns mehr Hitzewellen, Extremwetter und Umweltkrisen bringen. Vielerorts ist die Heizeit bereits Realität. In der Politik scheint dies noch nicht angekommen zu sein, wir sind an die enormen Herausforderungen des Klimawandels vollkommen UNANGEPASST. Zeit, eine längst überfällige Debatte anzustoßen und die Möglichkeiten linker Politik ausloten: Wie sehen unsere Städte in 30 Jahren aus? Zahlt der globale Norden für seine »Klimaschulden«? Wie könnte eine solidarische Anpassung aussehen? Kurz: Für welche Zukunft lohnt es sich zu kämpfen?

BEITRÄGE VON: Sybille Bauriedl | Ulrich Brand | Nick Buxton | Alex Demirović | Barbara Fried | Dorothee Häußermann | Kai Imsande | Imeh Ituen | Rhonda Koch | Steffen Kühne | Tetet Nera-Lauron | Onke Ngucuka | Nick Reimer | Hannah Schurian | Ingo Tebbe | Katja Voigt | David Samuel Williams | Markus Wissen | Uwe Witt | Ivonne Yanez u. a.

Juni 2022, 124 Seiten



IMPRESSUM

LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 1/2024
ISSN 1869-0424

Herausgeber: Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Vi.S.d.P.: Hannah Schurian, hannah.schurian@rosalux.org, Tel: +49 (0)30 443 10-225

Kernredaktion: Harry Adler, Barbara Fried und Hannah Schurian

Redaktion: Lia Becker, Rabea Berfelde, Lutz Brangsch, Mario Candeias, Judith Dellheim, Alex Demirović, Justus Henze, Inga Lamprecht, Samia Mohammed, Katharina Pühl, Rainer Rilling, Thomas Sablowski, Ingar Solty, Simon Sutterlütli, Eva Völpel, Moritz Warnke und Uwe Witt

Kontakt zur Redaktion: luxemburg@rosalux.org

Redaktionsbüro: Harry Adler, harry.adler@rosalux.org

Straße der Pariser Kommune 8A, 10243 Berlin

Telefon: +49 (0)30 443 10-157

Fax: +49 (0)30 443 10-184

www.zeitschrift-luxemburg.de

Join us on Facebook: www.facebook.com/zeitschriftluxemburg

X: www.x.com/luxemburg_mag

Abonnement: Seit 2014 erscheint die *LuXemburg* kostenfrei.

Bestellen unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/abo

Copyright: Alle Beiträge, sofern nicht anders ausgewiesen, laufen unter den Bedingungen der Creative Commons License: 

Bildnachweise:

S. 56–65: »Sand Castles II«, © Markel Redondo, www.markelredondo.com

S. 124: »Hongkong Protest Art, Kwai Fong Lennon wall«, aus »Beyond Molotovs« transcript 2024, Foto: © Studio Incendo 2019

Titelgestaltung und Illustrationen: © Jonathan Hoffboll, www.jonathanhoffboll.de

Lektorat: TEXT-ARBEIT. Lektorats- und Textbüro für Politik, Wissenschaft und Kultur www.text-arbeit.net

Grafik und Satz: Matthies Weber & Schnegg – Ausstellung, Kommunikation, Design www.matthies-weber-schnegg.com

Druck: DRUCKZONE GmbH & Co. KG, Cottbus



**01
24**

Rabea Berfelde | Lutz Brangsch | Samuel Decker | Judith Dellheim | Alex Demirović | Barbara Fried | Katalin Gennburg | Jan Groos | Justus Henze | Ulrike Herrmann | Jakob Heyer | Andrej Holm | Bernhard Knierim | Kalle Kunkel | Heide Lutosch | Samia Mohammed | Philipp Möller | Sabine Nuss | Helge Peukert | Dominique Plihon | Christoph Sorg | Jenny Stupka | Simon Sutterlütti | Eva Völpel | Alex Wischnewski | Uwe Witt | Raul Zelik

Das Gespenst der Planwirtschaft
Sozialismus und Schlendrian
Das große Schrumpfen
Lernen von der Kriegswirtschaft?
Wohnutopien von Wien bis Belgrad
Ist Sorgearbeit planbar?
Bahn mit Plan

**DIE ZEITSCHRIFT DER
ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**
ISSN 1869-0424